

# Preußische Allgemeine



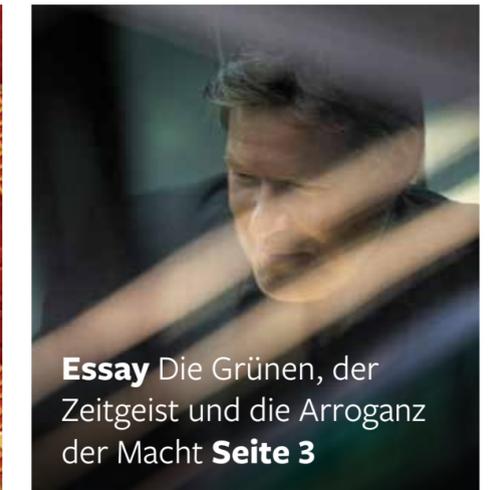
Nr. 19 · 10. Mai 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Pekings Griff nach Arabien

Wie China nach und nach seinen Einfluss im Nahen Osten ausbaut Seite 2



Essay Die Grünen, der Zeitgeist und die Arroganz der Macht Seite 3



Jubiläum Die Ursprünge der Familie des Philosophen Kant in Memel Seite 23

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

## Friedrich Merz bleibt ein Gefangener der Ära Merkel

Die CDU hat sich ein neues Grundsatzprogramm gegeben. In der Praxis dürfte sie noch lange mit den Hinterlassenschaften der letzten Jahre zu kämpfen haben

Die CDU ist wieder da.“ Mit dieser Botschaft stimmte Friedrich Merz zu Beginn des 36. Bundestagsparteitags die Delegierten auf die Europawahl sowie auf die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen ein. In seiner programmatischen Rede zu Beginn der Zusammenkunft, deren Ziel die Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms war, erklärte er zudem, dass die CDU damit bereit sei, sofort Regierungsverantwortung für Deutschland übernehmen zu können. Und ohne auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr einzugehen, machte Merz auch klar, wer aus seiner Sicht dann Kanzlerkandidat der Union sein wird.

In der Tat kann man den Auftritt des CDU-Vorsitzenden durchaus als staatsmännisch bezeichnen. In der Tonlage moderat, streichelte er die Seele der Partei, listete er die jüngsten Wahlerfolge der CDU in den Bundesländern und Kommunen auf, erwähnte er stolz, dass die Union in aktuellen Umfragen so stark ist wie SPD und Grüne zusammen, und vergaß dabei nicht, innerparteiliche Rivalen wie die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, Hendrik Wüst und Daniel Günther, lobend zu erwähnen.

### Abkehr von der Ära Merkel

Sowohl Merz' Rede als auch das neue CDU-Grundsatzprogramm markieren in vielen Punkten eine deutliche Abkehr von der Ära Merkel. So beinhaltet die Forderung des Vorsitzenden, dass die Union wieder unterscheidbar von den politischen Wettbewerbern werden müsse, die unverhohlene Feststellung, dass es diese Unterscheidbarkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer weniger gab.

Eine deutliche Abkehr von der Ära Merkel stellt auch Merz' mehrfaches Bekenntnis zu den ländlichen Räumen und zur kommunalen Ebene dar. Während unter seiner Vorgängerin grün-schwarze Strategie

gen mit der Forderung, die Union müsse „Großstadtkompetenz“ bekommen, nachhaltig Stammwähler in den kleinen und mittleren Städten sowie auf dem Land verprellten, zeigen Merz und sein Generalsekretär Carsten Lindemann ein Gespür dafür, wo ihre Partei lange Zeit zu Hause war.

Inhaltlich kehrt die CDU zu den Grundsätzen zurück, mit denen sie seit Gründung der Bundesrepublik wie kaum eine zweite Partei das Land geprägt hat. Der zentrale Begriff der neuen Programmatik ist die *Freiheit*. In diesen Kontext gehört für Merz auch eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen den Bürgern und dem Staat, in dem es zuletzt eine „Funktionsstörung“ gegeben habe. Für Merz hat der Staat den Interessen der Bürger zu dienen, nicht umgekehrt.

Besonders deutlich wurde der CDU-Vorsitzende in seinen wirtschaftspolitischen Aussagen. Er bekannte sich klar zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft und damit zu einer Wirtschaftspolitik, die Unternehmen fördert, anstatt sie zu gängeln oder gar zu vertreiben, sowie zu einem Sozialstaat, der Bedürftigen hilft, jedoch keine Hängematten für diejenigen bereithält, die nicht arbeiten wollen. Ebenso klar erteilte Merz eine Absage an „Degrowth“-Phantasien, deren Ziel die Schrumpfung der Wirtschaft und damit eine Verringerung des Wohlstands ist.

In für Unionsverhältnisse lange nicht mehr gehörter Klarheit setzte sich Merz

auch von den Grünen ab. Deren Handeln sei das Gegenteil einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik. Mit der Verteufelung der Kernenergie und des technischen Fortschritts sei Deutschland zum „klimapolitischen Geisterfahrer“ geworden, „und wir werden“, so Merz, „diese Geisterfahrt beenden“.

### Das eigentliche Problem

Wohin die Reise für die CDU tatsächlich geht, bleibt indes trotz aller Worte unklar. So sprachen – obwohl Merz seine Partei doch nur dort verortet, wo sie vor der Ära Merkel lange gestanden hatte – zahlreiche Medien umgehend von einem „konservativen Kurs“ oder gar einem „Rechtsruck“ und drohten damit schon mal mit einer Abschiebung der Partei in die Schmutzdecke des Politikbetriebs. Zugleich bekamen ewiggestrige „Merkelianer“ wie Daniel Günther breiten Raum für ihre Warnung vor einer Abkehr vom Kurs der Merkel-Zeit – ohne freilich zu erwähnen, dass diese angeblich glorreiche Epoche für die CDU mit dem mit Abstand schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik geendet hatte.

Das Ziel dieses Manövers ist klar. Mit der Abkehr der Union von zahlreichen ihrer klassischen Programmpunkte und der gleichzeitigen Übernahme gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Forderungen von SPD und Grünen in der Ära Merkel konnte das rot-grüne Lager in den letzten

zwei Jahrzehnten weitaus mehr von seiner Programmatik durchsetzen, als es die realen Kräfteverhältnisse vorgesehen hätten. Dass SPD und Grüne sowie die ihnen nahestehende Mehrheit der Medien daran auch unter einer neuen CDU-Spitze festhalten wollen, ist durchaus verständlich.

Die weitaus nachhaltigste Hinterlassenschaft der Ära Merkel ist indes die Zersplitterung des politischen Spektrums. Wo früher Union und FDP stabile Mehrheiten hatten, die allenfalls durch einen Koalitionswechsel der Liberalen gefährdet werden konnten, tummeln sich heute mit AfD, Freien Wählern, BSW (das von links kommt, aber auch zahlreiche bürgerliche Forderungen abdeckt) und anderen Parteien Wettbewerber, die zwar kräftemäßig (mit Ausnahme der AfD in einigen Ost-Bundesländern) nicht an die CDU heranreichen, ihr aber in jeder Wahl entscheidende Stimmen wegnehmen.

Und da es für die CDU auf absehbare Zeit nicht zu schwarz-gelben Mehrheiten reicht, sie jedoch eine Zusammenarbeit mit den neuen Wettbewerbern (insbesondere der AfD) ausgeschlossen hat, wird sie auch künftig auf Koalitionen mit SPD und Grünen angewiesen sein, die inhaltlich weit vom neuen Grundsatzprogramm der CDU entfernt stehen. Und so dürfte die Union trotz ihrer personellen und inhaltlichen Neuaufstellung noch lange in den Hinterlassenschaften der Ära Merkel gefangen bleiben.

IN DIESER AUSGABE

### Politik

Gewerkschaften, SPD und Grüne fordern einen höheren Mindestlohn Seite 4

### Kultur

Zwei Ausstellungen zu Ehren Sophies von Sachsen-Weimar-Eisenach Seite 9

### Das Ostpreußenblatt

Wie die Russen in Königsberg in schwierigen Zeiten den Geburtstag Kants feiern Seite 13

### Lebensstil

Vor 750 Jahren wurde Rothenburg ob der Tauber zur Reichsstadt erhoben Seite 21



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 19  
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

**Das Reich der Mitte** spielt in einer neuen multipolaren Weltordnung eine immer bedeutendere Rolle. Im Großmachtkonflikt mit den USA könnte es den Kampf um Einflussphären für sich entscheiden

## „Unser bester Freund ist China“

Peking unterstützt arabische Staaten im Nahen und Mittleren Osten und bietet sich als Verbündeter an

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen dem Gazastreifen und Peking liegen rund 6400 Kilometer. Dennoch verfolgt die Volksrepublik China strategische Ziele im Nahen und im Mittleren Osten. Sie ist vor allem bestrebt, das Machtvakuum zu füllen, welches durch die Schwäche der einstigen globalen Ordnungsmacht USA entstanden ist. So gebärdet sich Peking nun als Anwalt der arabisch-islamischen Völker, um Verbündete in der neuen multipolaren Welt beziehungsweise dem Großmachtkonflikt mit den Vereinigten Staaten zu finden.

In diesem Zusammenhang beharrt China auch gern auf Frieden. Beispielsweise veröffentlichte die Regierung in Peking Ende November 2023 ein Positionspapier zum Gazakrieg, in dem sie eine sofortige Waffenruhe und Gespräche zur politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts anmahnte.

Damit schlug sich das Reich der Mitte faktisch auf die Seite der Palästinenser, die es lange Zeit durch umfangreiche Lieferungen von Waffen und Munition unterstützte, was der Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), George Habasch, voller Dankbarkeit quittierte: „Unser bester Freund ist China.“ Heute äußert sich die Rückendeckung Pekings dahingegen eher in der Forderung nach „der Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina, der auf der Grundlage der Grenzen von 1967 volle Souveränität genießt und dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem ist“, wie es unter anderem in dem erwähnten Positionspapier heißt.

### Kooperation mit der Hamas

Vor diesem Hintergrund kooperiert China auch mit der palästinensischen Terrororganisation Hamas, deren erklärtes Ziel darin besteht, Israel zu vernichten, und die mit ihrem Angriff auf den jüdischen Staat den Gazakrieg auslöste. Hier geht die Zusammenarbeit ebenfalls schon einige Jahrzehnte zurück. So erhielten Angehörige der Hamas eine Ausbildung an chinesischen Militärakademien. Aktuell fanden Treffen zwischen dem Pekinger Diplomaten Wang Kejian, ehemals Botschafter im Libanon, und dem Hamas-Anführer Ismail Haniyya in

Katar statt. Letzterer lobte dabei „die Rolle, die China im Sicherheitsrat, bei den Vereinten Nationen und dem Internationalen Gerichtshof spielt“, wenn es um die Wahrung der Interessen der Palästinenser gehe. Angesichts dessen ist Peking der Beifall und Rückhalt der arabischen Welt gewiss, wie nicht zuletzt die Reaktion Ägyptens zeigt, das sich neuerdings immer stärker an China bindet. Und dies könnte bei künftigen Abstimmungen in den UN von großer Bedeutung für die Volksrepublik sein, weil Ägypten da manchmal die Rolle des Züngleins an der Waage spielt.

Einfluss im Nahen und Mittleren Osten ist für China aber nicht nur wichtig, um im geopolitischen Ringen mit dem Westen Vorteile zu erlangen. Denn natürlich verfolgt die Volksrepublik auch handfeste wirtschaftliche Ziele in der Region. Mittlerweile sind immerhin mehr als 20 arabische Staaten Mitglied der Belt-and-Road-Initiative (BRI) Pekings, die der Schaffung einer „Neuen Seiden-

straße“ zwischen Ost und West dienen und den Absatz chinesischer Produkte rund um die Welt erleichtern soll. Außerdem geht es um den Zugang zu Rohstoffen – allen voran Erdöl und Erdgas. Das erklärt auch die guten Beziehungen Chinas zu der international stark isolierten Islamischen Republik Iran.

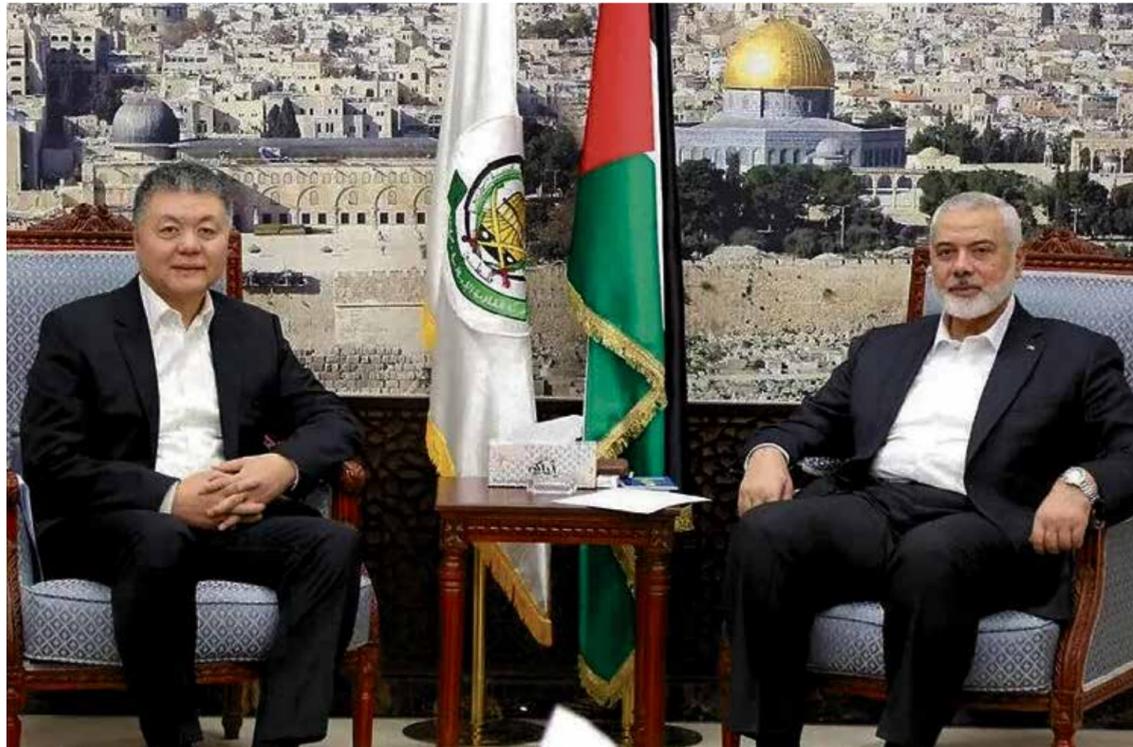
### Ölimporte aus dem Iran

Peking bezieht mittlerweile ein Zehntel seiner Ölimporte aus dem Reich der Mullahs und konterkariert damit die westlichen Sanktionen gegen die schiitische Theokratie, die ganz unverhohlen nach der Atombombe greift. Und auch sonst sind die Handelsbeziehungen zwischen der kommunistischen und der islamischen Diktatur ausgesprochen eng.

Daher war es nur logisch, dass der Iran Anfang dieses Jahres die Möglichkeit erhielt, dem von China, Russland und Indien angeführten Staatenbund BRICS beizutreten. Im Gegenzug erwartet Peking von Teheran nun allerdings

eine Bändigung der Huthi-Rebellen im Jemen, die zwar der vom Iran geführten „Achse des Widerstandes“ gegen den Westen und Israel angehören, dabei neuerdings aber auch den Interessen Chinas schaden.

In diesem Fall obsiegt wieder einmal der Pragmatismus, den Peking in wirtschaftlichen Belangen an den Tag legt. Ein weiteres Beispiel für diesen sind die Beziehungen zu Israel. Auf der einen Seite kritisiert China den jüdischen Staat wegen der Angriffe auf Gaza und seine Palästinenserpolitik im Allgemeinen und setzt ganze Heerscharen von Cyberkriegern ein, um israelische Unternehmen oder Behörden virtuell zu attackieren. Auf der anderen Seite wird aber demonstrativ Interesse an der Fortsetzung der bilateralen wirtschaftlichen Kooperation signalisiert. So will Peking einen modernen Hafen in Haifa errichten, der dann sicherlich auch als Teil der „Neuen Seidenstraße“ fungieren soll.



Treffen in Katar: Der Pekinger Diplomat und ehemalige chinesische Botschafter im Libanon, Wang Kejian, führt Gespräche mit dem Hamas-Anführer Ismail Haniyya  
Foto: Screenshot@soupalastina/X/Twitter

### ABKOMMEN MIT TALIBAN

## Interesse an den reichen Bodenschätzen

Offiziell wird die seit August 2021 in Kabul herrschende Regierung des Islamischen Emirats Afghanistan von keinem Staat der Welt anerkannt. Faktisch hat Peking aber bereits diplomatische Beziehungen zu dem Regime unter der Führung von Mawlawi Hibatullah Achundsada aufgenommen. Das zeigt unter anderem die formelle Akkreditierung des Taliban-Botschafters Asadullah Bilal Karimi durch den chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping in der Großen Halle des Volkes Anfang Februar – ein Vorgang, den das Außenministerium der Volksrepublik auf Rückfrage mit den ausweichenden Worten kommentierte, Afghanistan solle „nicht aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werden“.

Tatsächlich geht es Peking aber wohl weniger um die außenpolitische Integration des Islamischen Emirats als um die reichen Bodenschätze des Landes am Hindukusch, deren Wert auf bis zu drei Billionen US-Dollar geschätzt wird. Denn Afghanistan verfügt sowohl über beachtliche Öl- und Gasvorkommen als auch über gewaltige Mengen an Kupfer, Kobalt, Zink, Gold, Eisen und Kohle sowie etliche Lagerstätten des neuen strategischen Rohstoffes Lithium.

2023 schlossen China und Afghanistan bereits mehrere bilaterale Abkommen über die Ausbeutung von Gold-, Eisen- und Zink-Minen im Umfang von umgerechnet sieben Milliarden Dollar. Dazu kommt nun noch ein Vertrag zwischen der Taliban-Regierung und dem chinesischen Großkonzern Xinjiang Central Asia Petroleum and Gas Company (CAPEIC). Dieser sieht vor, dass das Unternehmen während der nächsten 25 Jahre in riesigem Umfang Öl in der Amudarja-Region im Norden Afghanistans fördern darf. Dafür investiert die CAPEIC in den ersten vier Jahren eine runde Milliarde Dollar. 20 Prozent der Anteile an dem Projekt sollen an die Taliban fallen. Nach dem aktuellen Ölpreis beläuft sich der geschätzte Wert der Vorkommen am Amudarja auf mindestens sieben Milliarden Dollar. W.K.

### HUTHI-REBELLEN

## Terrorgruppen bedrohen Handelsordnung

Einerseits bildet China Huthi-Kämpfer militärisch aus, andererseits verurteilt es die Angriffe auf Schiffe

Die sogenannten Huthi-Rebellen, die seit 1994 im Jemen agieren, sind genau genommen Angehörige der schiitischen Terrorgruppe Ansar Allah (Helfer Gottes), die vom Iran gesteuert und mit Waffen aller Art bis hin zu Mittel- und Langstreckenraketen beliefert wird. Vor den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 kämpften sie zunächst gegen die Zentralregierung in Sanaa und anschließend gegen eine Allianz aus zehn sunnitischen arabischen Staaten unter der Führung Saudi-Arabiens. Dann begannen die Huthi auch mit dem Raketenbeschuss israelischen Territoriums und starteten Attacken auf Handelsschiffe im Roten Meer.

Das wiederum führte zu einem Konflikt mit der Volksrepublik China, die bislang auf Seiten der Anhänger des 2004 getöteten Hussein Badreddin al-Huthi stand und diese auch insgeheim unterstützte. So wurde jetzt bekannt, dass der Sprecher der Huthi-Streitmacht, Brigadegeneral Yahya Sarie, eine militärische Ausbildung an der Shijiazhuang Army Academy der chinesischen Volksbefreiungsarmee erhalten hatte – wie etliche seiner Kampfgefährten auch.

Die Angriffe der Huthi auf den Schiffsverkehr im Roten Meer schaden natürlich den Interessen Chinas, denn 60 Prozent aller Exporte des Reiches der Mitte passieren dieses Gewässer sowie den nördlich

angrenzenden Suezkanal. Vielfach laufen die Schiffe dabei den Hafen von Piräus nahe Athen an, der mehrheitlich der chinesischen Reederei Cosco gehört und ein wichtiger Teil der „Neuen Seidenstraße“ ist. Durch die Attacken der Schiitenmiliz explodierten die Versicherungsprämien und es kam zu einem Mangel an Containern, weil etliche Frachter die deutlich zeitaufwendigere Route um Afrika herum nahmen und so länger auf See blieben.

Angesichts dessen verlautbarte das Pekinger Außenministerium am 19. Januar im ultimativen Ton: „Wir fordern ein Ende der Bedrohungen ziviler Schiffe, um das reibungslose Funktionieren der globalen Lieferketten zu gewährleisten und

„Wir fordern ein Ende der Bedrohungen ziviler Schiffe, um das reibungslose Funktionieren der globalen Lieferketten zu gewährleisten ...“

Verlautbarung  
Pekinger Außenministerium

die internationale Handelsordnung aufrechtzuerhalten.“

Darauf reagierten die Huthi im März mit der Zusicherung, weder russische noch chinesische Schiffe anzugreifen, was wohl in wesentlichem Maße die Folge des Umstandes war, dass sich diese beiden Großmächte nicht an den Militäraktionen gegen die Terrormiliz beteiligten. Dennoch ist Peking nun offenbar mit seiner Geduld am Ende, denn es forderte den Iran in ungewöhnlich barscher Weise auf, die Glaubenskrieger im Jemen zu zügeln. Ansonsten müsse Teheran mit einer Verschlechterung der bilateralen Geschäftsbeziehungen rechnen. W.K.

# Die grüne Arroganz der Macht

Obwohl die Grünen wie kaum eine zweite Partei regelmäßig an der Wirklichkeit scheitern, bestimmen sie seit Jahrzehnten den Zeitgeist. Das führt kurzfristig zu Ignoranz gegenüber Kritik – und langfristig in den Niedergang von Partei und Land

VON WERNER J. PATZELT

**A**rroganz meint Überheblichkeit und Anmaßung. Das ist etwas sehr anderes als Freude darüber, dass man etwas geschafft hat, oder als Stolz auf eine Leistung. Anmaßen kann man sich nämlich auch Qualitäten, die man gar nicht hat; und überheblich ist meist, wer gar nicht merkt, dass er weniger kann als andere.

Wenn es um derlei Arroganz in der deutschen Politik geht, fallen einem zuerst die Grünen ein. Anscheinend haben sie von jener marxistischen Linken, aus der ein Teil ihrer Gründer stammt, das Zutrauen geerbt, sie – und niemand anderes – durchschaue das, was die Welt im Innersten zusammenhält. Also wisse niemand besser als sie, auf welchen Kurs man Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Politik bringen müsse, wenn es gut weitergehen solle. Womöglich färbte auch von jenen evangelischen Pfarrhäusern oder Jugendkreisen, wo viele Grüne prägende Erfahrungen machten, vielerlei auf sie ab. Etwa die Neigung zum Predigertum und zum Rechtfertigen aus bloßem Glauben auch dort, wo andere auf Wissen ausgehen. In den Jahren Helmut Kohls, deren gesicherter Wohlstand die älteren Grünen prägte wie wenig anderes, erlebten sie mannigfache Freude am aufmerksamkeitshirschenden Revoltieren, etwa an den Baustellen von Atomkraftwerken.

## Eine Partei in ihrem goldenen Zeitalter

Die gleiche Grünen-Generation labte sich in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studierendenkreisen an jenem, bis vor Kurzem so selbstverständlichen Gefühl, dass man nicht nur klüger sei als alle anderen, sondern auch – und zwar im wechselseitigen Wissen um diese Gnade – moralisch besser als der Rest der politisierenden Menschheit. Und vor allem war zu merken, dass man irgendwie die Mehrheit auf seiner Seite hatte. Zunächst war das die gefühlte Mehrheit derer, die zu den eigenen Behauptungen Beifall klatschten. Später war das die reale Mehrheit – zunächst an woken Universitäten, dann in Koalitionen mit Sozial- und Christdemokraten. Wie schön auch, dass man gar angeschmachtet wurde – teils aus Opportunismus, teils aus angewöhnter Überzeugung.

Dann begann, nach Kohls politischem Ende, das goldene Zeitalter der Grünen. Zwar hatte man bis dahin nicht mehr geleistet, als dass die Realos die Fundis besiegt hatten, weshalb Joschka Fischer bei Gerhard Schröder kellnern konnte. Mächte aber auch nichts, denn Geistesverwandte seit Unizeiten hatten inzwischen fast schon die Mehrheit in den Redaktionen von Presse, Hörfunk und Fernsehen errungen. Bald war ein hingabebereites Publikum für grüne Politik im Entstehen.

Das spürten auch viele in der CDU, machten sich rasch ans generationsverbindende schwarz-grüne Netzwerken, und bekamen dann Deutschlands erste grüne Kanzlerin beschert. Dass die – wie sie später formulierte – der CDU „nahestehe, äh, ihr angehöre“, erkannte man auf Seiten der Grünen schnell als großen Vorteil. So nämlich konnte die CDU-Chefin höchstselbst beglaubigen, was man bei den Grünen immer schon wusste: dass die Kernenergie des Teufels wäre, militärische Rüstung benachbarte Freundstaaten bloß provoziere und die Rettung des Weltklimas endlich die historischen Bewährungsaufgaben fürs deutsche Verbrecherland erfülle.

## Erlösung durch Buße

Vielleicht empfand mancher Grüne sogar, nach den kommenden Erfolgen eigener Politik könne man wieder berechtigt sein, mit Deutschland „etwas anfangen“ zu dürfen. Oder wäre deutscher Erbschuld ohnehin ledig, sobald niemand mehr eingebürgerten



Jüngster Arroganzanfall: Wirtschaftsminister Habeck nach den Enthüllungen des Magazins „Cicero“, wie Strippenzieher der Grünen 2022 die Entscheidung über die Laufzeitverlängerung der letzten deutschen Kernkraftwerke manipuliert haben

Syern oder Afrikanern eine Schuld am Holocaust zuschreiben könne. Zumal dieser ohnehin schon mit dem deutschen Kolonialismus begonnen habe, der – recht besehen – auch keinen Vergleich mit dem kriminellen Kolonialismus der Engländer oder Franzosen scheuen müsse.

Wer beobachtet, wie gierig heutige Grüne die Lehren von Postkolonialismus und „critical whiteness“ aufsaugen, der erkennt leicht: Es ist der Glaubenskern der Grünen wirklich das Zusammenwirken von Schuld und abzuleistender Sühne, von Sündenfall und bußfertig erlangbarer Erlösung. Also jenes christliche Drama, aus dessen Gegenwartigkeit sich erklärt, weshalb protestantische Kirchentage so nahtlos in grüne Liturgien übergehen. Und das verstünden hierzulande viel mehr Leute, wenn sie nur bessere Kenntnisse vom Christentum hätten.

## Kunstvoll angelegte Minenfelder

Jedenfalls ist es kein Wunder, dass die Grünen nun schon jahrelang über das politische Parkett tanzen wie von der Faktenwelt unbeschwerter Erlöste. Und dass sie jubelt werden als Verkünder einer lichten Zukunft. Genau die zu schaffen, und zwar als alternativloses Projekt eines alternativlosen Akteurs, ist nämlich das attraktive Politikangebot der Grünen. Umgesetzt wird das ins konkrete Machtspiel durch den folgenden Imperativ: Handle so, dass die Maxime deines Handelns zur Grundlage eines plausiblen Kampfs gegen deine Gegner erhoben werden kann! Wobei variabel nicht ist, wer als Gegner ins Visier kommt – sondern das, was man in der jeweiligen Medienwirklichkeit als plausibel durchsetzen kann. Gestern war das der Fundamentalpazifismus, heute der ukrainische Kampf bis zum Endsieg.

Was für ein Hochgefühl muss jene tragen, die sich und ihre politische Mission so verstehen können! Wie schön mag sich ein politischer Weg anfühlen, auf den die Medien Blumen streuen, und der von links wie rechts

mit Hosianna beschallt wird! Und an dessen Ende, nun fast schon erreicht, dann wieder Anstand unsere Politik prägen wird, und zwar mit Weltoffenheit, Zukunftsfähigkeit, Überwindung der Geschlechterschranken – und trotzdem auch viel Weiblichkeit. Schön frisiert etwa bei der außenpolitischen Arbeit an einer besseren Welt, und besonders kraftvoll, nicht zuletzt in sportlichen Frauenkreisen, beim Auftritt als Transfrau. Und wie gut tut es vor allem, dass man selbst alle möglichen Grenzen, die einen stören, beifallsträchtig aufheben darf – und es einem zugleich gelingt, anderen ihre Grenzen zu setzen, ja sie gar mit Brandmauern zu versehen!

Denn genial war es tatsächlich, eine Gleichsetzung von „politisch korrekt“ mit „grün“ hinzubekommen. Und noch genialer, die ohnehin dem Guten, Wahren und Schönen – also den Grünen – zugeneigte Merkel-CDU dahin zu bringen, dass sie einen Großteil ihrer früheren Anhängerschaft sogar gerne der AfD zutrieb. Und am genialsten war, wie man die Union glauben machte, es werde gerade die Distanzierung von vormerkelscher Migrations-, Energie- und Familienpolitik die AfD kleinhalten. Und die CDU endlich auch für Linke achtbar machen – selbst wenn nur als Stimmviehtrieblerin im grünen Staatsbetrieb. Das Ergebnis: Es kann die Union heute nicht einmal mehr auf Ex-CDUler in der AfD zugehen, ohne dass derlei Emissäre im kunstvoll angelegten Minenfeld den politischen Heldentod sterben müssten. So gelang dem grünen Schwanz das Kunststück, nun schon jahrelang mit dem schwarzen Hund zu wedeln – und ihn das sogar als im eigenen Interesse liegend empfinden zu lassen. Zumindest bis zum Wahljahr 2024 und dessen Voraus- beziehungsweise Nachwirkungen.

## Endstation: Selbstgefälligkeit

Wie sollte es nach solchen politischen Leistungen zu einer anderen Haltung als einer der Selbstgefälligkeit kommen! Doch wieviel

an diesen Leistungen war wirklich selbst erbracht? Und Großes leistet ohnehin nicht, wer jahrzehntelang – wie die Grünen – einfach mit dem Zeitgeist segelt, sondern diesem dann widersteht, wenn er in die falsche Richtung treibt. Wie in ganz Deutschland nach dem Ersten, in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch was haben die Grünen politisch schon geschafft, ohne dass man anschließend mit Friedrich Schiller anmerken müsste: „Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang“?

Gewiss, von Anfang an haben die Grünen auf den „Ausstieg aus der Atomenergie“ hingearbeitet – und ihn über die grüne Kanzlerin im schwarzen Kostüm erst eingeleitet, dann mit „friends & family“ im Wirtschafts- und Energieministerium durchgesetzt. Doch dafür haben wir auch Europas höchste Energiepreise, vertreiben energieintensive Industrien aus dem Land – und wissen nicht, wie eine stabile Energieversorgung für elektrifizierten Individualverkehr sowie für jene riesigen Rechenzentren hinzubekommen wäre, die wir zur alltäglichen Nutzung von künstlicher Intelligenz brauchen werden. Als der Ukraine noch durch den Aufbau militärischer Abschreckungskraft zu helfen war, haben die Grünen Waffenlieferungen in Spannungsbereiche strikt abgelehnt – als ob man nicht gerade dort Werkzeug zur Selbstverteidigung bräuchte! Natürlich wird dieser Fehler auch nicht dadurch wettgemacht, dass die Grünen jetzt nicht mehr Verhandlungen als Weg zum Frieden sehen, sondern die bedingungslose Finanzierung eines langen Krieges.

## Was stimmt nicht mit unserem Land?

Und ob der Ausbau grünelieferiger Vorfeldorganisationen für den „Kampf gegen rechts“ wohl einhergeht mit der Verbesserung eines Bildungssystems, das doch weiterhin jene tüchtigen Ingenieurinnen und Ingenieure hervorbringen müsste, die allein jene technologisch-wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern können, die unseren Sozialstaat überhaupt erst aufrechterhalten macht? Vom mehr als nur ein Jahrzehnt währenden Wahn grüneliebter Migrationspolitik sei ohnehin geschwiegen, denn in den kommenden Jahrzehnten der Reue wird man jene Irrungen und Wirrungen noch genug erörtern. Jedenfalls ist es wohlverdient, dass man vom Ausland her unser ergrüntes Land als migrantenseligen Hippie-Staat beträchtelt, als in Sachen Staatsraison wenig trittsicher beargwöhnt, auch bemitleidet als traditionell befangen in deutscher Lust am selbstschädigenden Übertreiben.

Auf solche Ergebnisse grüner Politik stolz zu sein ist nicht nur überheblich, sondern auch dumm. Derlei Politik anderen gar als vorbildlich anzudienen ist anmaßend. Vermutlich sind Leute wie Annalena Baerbock, Ricarda Lang und Claudia Roth zwar gutwillig, doch überfordert von Dingen, auf die sie nichts im Studium oder Leben wirklich vorbereitete. Oder sie sind nett, ohne Ratgeber aber sachlich hilflos wie Robert Habeck. Dann bleibt immer noch zu klären, was in einem Milieu wohl falsch läuft, in dem man mit solchen Qualifikationen zum Hoffnungsträger und gar Teil der deutschen Machtelite werden kann. Und was nicht stimmt mit einem Land, das derlei mit sich so geschehen lässt, als würde nun alles neu und alles gut?

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „CDU, AfD und noch mehr politische Torheiten. Neue Analysen, Interviews und Kommentare 2019–2024“ (Weltbuch 2024) sowie „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023).

wjpatzelt.de

## ● MELDUNGEN

## Geld vom Bund für Correctiv

Berlin – Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion geht hervor, dass die Rechercheplattform Correctiv, die kürzlich Meldungen über angebliche Pläne rechtsgerichteter Kräfte zur Massendeportation von Immigranten verbreitet hatte, wie im vergangenen auch in diesem Jahr finanzielle Zuwendungen von der Bundesregierung erhält. 2023 lag die Höhe der Zahlungen aus dem Programm „Demokratie leben!“ bei 61.000 Euro, und im laufenden Jahr sollen es 69.000 Euro sein. Außerdem stellte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth (Grüne), Correctiv 2023 weitere 198.500 Euro zur Verfügung, die in der Auflistung der Bundesregierung nicht verzeichnet sind. Dahingegen findet sich diese Summe auf der Internetseite von Correctiv mit dem Zusatzvermerk „Mittel des Bundes“.

W.K.

## Geheimtreffen beim MDR

Dresden – Am 25. und 27. März fanden zwei Gespräche zwischen Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen (LfV SN) und des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) statt. Dies teilte der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU) auf Anfrage der AfD-Landtagsfraktion mit. Die Zusammenkünfte seien auf Initiative des Mitteldeutschen Rundfunks erfolgt, in dessen Zuständigkeit auch die journalistische Verwertung der Gesprächsinhalte liege. Der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD, Carsten Hütter, äußerte den Verdacht, dass bei den Treffen vor allem das bislang geheim gehaltene Gutachten des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen über die AfD im Freistaat thematisiert worden sei, und meinte: „Sollte der MDR in den nächsten Monaten negativ über die AfD berichten, müssen wir im schlimmsten Fall davon ausgehen, dass der Inlandsgeheimdienst den Redakteuren belastendes Material geliefert hat, das er ansonsten unter Verschluss hält.“

W.K.

## In Europa verloren

Berlin/Brüssel – Europaweit werden derzeit 51.433 Immigranten, die sich als sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in staatlicher Obhut befinden, vermisst. Dies hat eine Datenrecherche des internationalen Journalistennetzwerks „Lost in Europe“ ergeben. Laut einer Anfrage des Evangelischen Pressedienstes beim Bundeskriminalamt sind in Deutschland aktuell 2018 UMF als vermisst gemeldet. Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) berichtet, suchen die Behörden in Berlin derzeit 61 und in Brandenburg 72 UMF. Vor drei Jahren waren europaweit 19.292 UMF vermisst worden. Die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, sprach im Zusammenhang mit den Vermisstenzahlen von einem „kaputten Migrationssystem“ in Europa und warnte, dass UMF Opfer von Menschenhändlern werden.

H.M.



Sie, die von ihr geleitete Mindestlohnkommission und die von dieser beschlossene letzte Anpassung des Mindestlohns werden von Links kritisiert: Die Arbeitsmarktpertin Christiane Schönefeld  
Foto: imago/Chris Emil Janßen

## WIRTSCHAFT

## Mehr Mindestlohn gefordert

SPD, Grüne und Gewerkschaften fordern statt unter 13 mindestens 14 Euro

VON PETER ENTINGER

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt in Deutschland seit Jahresbeginn 12,41 Euro. Anfang nächsten Jahres soll er auf 12,82 Euro steigen. Die Gruppe der Linkspartei im Deutschen Bundestag wollte nun von der Regierung wissen, wie viele Menschen derzeit in Deutschland nach Mindestlohn bezahlt werden.

Wie die Bundesregierung auf diese parlamentarische Anfrage mitteilte, sind derzeit mehr als acht Millionen Menschen in Beschäftigungsverhältnissen, in denen weniger als 14 Euro bezahlt werden. Besonders hoch ist die Zahl im Handel. 1,6 Millionen Menschen befinden sich derzeit in diesem Verdienbereich.

Hierbei wurden Beschäftigte in Kfz-Instandhaltung und -Reparatur mitgezählt.

Nach Auffassung der Linkspartei ist besonders die Situation im Gastgewerbe dramatisch. Dort verdienen 1,1 Millionen Angestellte weniger als 14 Euro. Das sind 65,5 Prozent der Gesamtbeschäftigten dieser Branche. Der geringe Verdienst ist ein maßgeblicher Grund für den eklatanten Personalmangel, der seit Jahren in der Branche herrscht.

## Die Kluft wächst

Die Mindestlohnkommission müsse beim nächsten Mal „eine deutliche Erhöhung“ vorschlagen, fordert der SPD-Vorsitzende Lats Klingbeil. Ihn ärgere „es bis heute, dass die Arbeitgeber beim letzten Mal einseitig eine stärkere Erhöhung

des Mindestlohns blockiert haben, obwohl die Inflation dies erfordert hätte“.

Im Einklang mit dem „Wirtschaftsweisen“ Achim Truger fordert er 14 Euro. Die Gewerkschaften erneuerten unterdessen ihre Forderung, dass sich die Mindestlöhne in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an 60 Prozent des jeweiligen Medianlohns orientieren sollten, was in Deutschland zwischen 14 und 15 Euro bedeuten würde. Das sieht auch eine Richtlinie der Europäischen Union vor, die bis Ende des Jahres umgesetzt werden soll.

Kritiker einer neuerlichen Anhebung verweisen darauf, dass der Mindestlohn zum Jahresbeginn 2022 noch bei 9,82 Euro gelegen habe und seitdem bereits überdurchschnittlich stark angestiegen

sei. Die Kluft zwischen Gering- und Topverdienern in der Bundesrepublik sei aufgrund der deutlichen Erhöhung ohnehin kleiner geworden. Im April 2023 verdienten Besserverdiener im Schnitt das 2,98-Fache des Bruttostundenverdienstes von Geringverdienern. Im April 2022 war es noch das 3,28-Fache. In den Jahren zuvor hatte sich der Abstand kaum verändert. Die Verdienste der untersten Einkommensgruppe erhöhten sich um 12,4 Prozent, die der oberen dagegen lediglich um 1,9 Prozent. Als Besserverdiener zählt in Deutschland, wer einen Stundensatz von mehr als 36 Euro erhält.

Experten sehen diese Entwicklung zwiespältig. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat zwar eingeräumt, dass eine Erhöhung des Mindestlohns der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken könnte, auf der anderen Seite bestünde jedoch die Gefahr, dass dadurch Leistungsanreize wegfallen könnten. „Werden dadurch beispielsweise die Lohnunterschiede zwischen unqualifizierten Aushilfskräften und qualifizierteren und berufserfahrenen Stammkräften zu weit reduziert, kann dies zu Unmut in der Belegschaft führen und dazu, dass die Lohnverteilung nicht mehr als leistungsgerecht wahrgenommen wird“, erklärte das IW.

## DGB fordert 13,50 Euro

Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in Deutschland seit dem 1. Januar 2015. Über die Anpassung entscheidet nach dem Gesetz alle zwei Jahre eine unabhängige Kommission der Tarifpartner, die sich aus Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften zusammensetzt und von Wissenschaftlern beraten wird.

Um diese Kommission gab es zuletzt heftigen Ärger. Erstmals war die Gewerkschaftsseite mit der Stimme der unabhängigen Vorsitzenden überstimmt worden, die mit den Arbeitgebern gestimmt hatte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte mindestens 13,50 Euro gefordert. Derzeitige Vorsitzende ist die Arbeitsmarktpertin Christiane Schönefeld. Die Juristin hatte zuvor verschiedene Führungspositionen in der Bundesagentur für Arbeit inne.

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken hat sich daher für eine Reform der Kommission ausgesprochen. „Wir sollten die gesetzlichen Vorgaben für die Mindestlohnkommission so verändern, dass dort Entscheidungen nur im Konsens getroffen werden können. Man muss sich einigen, die eine Seite kann die andere nicht überstimmen. Das wäre auch beim Mindestlohn sinnvoll.“ Das sei auch bei Tarifverhandlungen üblich.

## SPIONAGE

## Wurde AfD-Europapolitiker Opfer einer Intrige?

Verfassungsschützer hatten Jian Guo schon früh auf dem Schirm, aber warnten Maximilian Krahn nicht

Am 23. April wurde der Deutsch-Chinese Jian Guo, seit 2019 Assistent des Spitzenkandidaten der AfD für die nächste Europawahl Maximilian Krahn, in Dresden verhaftet. Die Festnahme erfolgte nach Angaben der Generalbundesanwaltschaft aufgrund von „Erkenntnismittelungen des Bundesamts für Verfassungsschutz“. Guo wird Agententätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst in einem besonders schweren Fall vorgeworfen. Er soll im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit der Volksrepublik China (ZRGGA) chinesische Oppositionelle in Deutschland ausspioniert haben. Dazu kommt angeblich noch die Übergabe von sensiblen Dokumenten aus dem EU-Handelsausschuss.

Einen Tag nach Guos Inhaftierung leitete die Generalstaatsanwaltschaft Dresden zwei Vorermittlungsverfahren

gegen Krahn zur Prüfung des Anfangsverdachts auf Abgeordnetenbestechung ein. Damit geriet die AfD im Vorfeld der EU-Wahlen erneut unter Druck, nachdem vorher bereits Anschuldigungen gegen die Nummer 2 der AfD für die Europawahl, Petr Bystron, laut geworden waren, bei denen es um angebliche Geldzahlungen aus Russland ging.

Am 27. April meldete die „Bild“-Zeitung, dass Guo von Dezember 2007 bis August 2018 als Informant des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen) fungiert habe. Zunächst sei der damalige Germanistik- und Geschichtsstudent der TU Dresden vergeblich an den Bundesnachrichtendienst herangetreten, um sich als geheimer Mitarbeiter zu verdingen, bevor er bald darauf zum Kontaktmann des LfV Sachsen avanciert sei. In dieser Eigenschaft habe

Guo, der parallel ein kleines Importunternehmen für Leuchten betrieben habe und bis 2015 Mitglied der SPD gewesen sei, wohl vor allem über in Deutschland und Europa tätige Personen, Firmen, Vereine und Gruppierungen mit möglichen Kontakten zu chinesischen Nachrichtendiensten berichtet.

Allerdings sei der 2014 eingebürgerte Immigrant dann nach Informationen aus Sicherheitskreisen in Verdacht geraten, ein Doppelagent zu sein. Daraus habe 2016 eine „konfrontative Befragung“ durch den Inlandsgeheimdienst resultiert, die ohne Ergebnis geblieben sei. Dennoch habe das Landesamt in Dresden 2018 beschlossen, Guo „abzuschalten“. Und im Dezember des Folgejahres sei sich der Verfassungsschutz schließlich sogar ganz sicher gewesen, dass der Deutsch-Chinese für das ZRGGA spioniert habe.

Diverse Fragen lässt allerdings auch dieser „Bild“-Beitrag unbeantwortet: Wieso wurde Guo nicht schon Ende 2019 verhaftet? Wie konnte er die obligatorische Sicherheitsüberprüfung anlässlich seiner Einstellung bei Krahn ohne Probleme überstehen? Wieso hat das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen den EU-Abgeordneten nicht vor seinem dubiosen Mitarbeiter gewarnt?

Laut dem früheren Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen finden in ähnlich gelagerten Fällen normalerweise „Sensibilisierungsgespräche“ mit den betroffenen Parlamentariern statt. Krahn zieht hieraus folgenden Schluss: „Die Sicherheitsbehörden haben offensichtlich Kenntnisse gehabt, haben mich nicht informiert und lassen die Bombe kurz vor dem Wahltermin platzen.“

Wolfgang Kaufmann

## DEMOKRATIE

# Wenn Widerspruch zur „Sabotage“ wird

Berlins Justizsenatorin wendet sich mit heiklem Vorschlag an die Bundesregierung

VON HERMANN MÜLLER

Nach den Spionagevorwürfen gegen einen Mitarbeiter von Maximilian Krahe, dem AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, hat Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg eine Reform des Strafrechts gefordert. Die parteilose Senatorin hat die Ampelregierung aufgefordert, Desinformation und Propaganda als „Sabotage der Demokratie“ zur Straftat zu erklären. „Die Sabotage des Meinungsbildungsprozesses muss unter Strafe gestellt werden“, sagte sie in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“. Sie sehe „die Bundesregierung in der Verantwortung, eine entsprechende Regelung vorzulegen“.

Dass mit Berlins Justizsenatorin eine Landespolitikerin die Bundesregierung auffordert, „Sabotage der Demokratie“ unter Strafe zu stellen, mutet nur auf den ersten Blick erstaunlich an. Bevor Badenberg vergangenes Jahr in Berlin das Justizressort übernahm, arbeitete sie beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln. Nachdem sie durch Innenministerin Nancy Faeser (SPD) Mitte 2022 zur BfV-Vizepräsidentin berufen worden war, bildete Badenberg gemeinsam mit dem in der Türkei geborenen Vizepräsidenten Sinan Selen und dem Präsidenten Thomas Haldenwang sogar die Leitung des Amtes.

## Karriere bei Faeser und Haldenwang

In der Behörde hatte die aus dem Iran stammende Felor Badenberg zuletzt die Abteilung für Rechtsextremismus geleitet. Bei der Beförderung Badenbergs hatte Innenministerin Faeser ausdrücklich erwähnt, dass diese sich bereits als Abteilungsleiterin im Bereich Rechtsextremismus für die Aufklärung der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ engagiert habe.

Nach Berlin vorausgeeilt war Badenberg auch der Ruf, eine „AfD-Jägerin“ zu sein. Kommentatoren werteten ihre Berufung durch den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) im vergangenen Jahr sogar als „politisches Statement“. Badenberg selbst erklärte: „Ich stehe klar für eine Abgrenzung gegen rechts.“

Badenbergs Forderung an die Ampelregierung, „Sabotage des Meinungsbil-



„AfD-Jägerin“: Justizsenatorin Badenberg mit Berlins Regierendem Bürgermeister Wegner

Foto: Pa/Jörg Carstensen

lungsprozesses“ unter Strafe zu stellen, passt zu Darlegungen ihres ehemaligen Chefs Thomas Haldenwang. Dieser hatte im April in der „FAZ“ in einem Gastbeitrag erklärt, die Meinungsfreiheit sei kein „Freibrief“. Auch „unterhalb der strafrechtlichen Grenzen“ und „unbeschadet ihrer Legalität können Meinungsäußerungen verfassungsschutzrechtlich von Belang sein“, so Haldenwang in dem Beitrag. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hatte dem Geheimdienstchef daraufhin vorgeworfen, die Bundesregierung und nachgeordnete Behörden dürften sich nicht dazu aufschwingen, für die Menschen im Land „richtig“ und „falsch“ zu definieren.

Der Vorstoß von Berlins Justizsenatorin könnte in diesem Zusammenhang möglicherweise als Versuch gewertet werden, dem von Haldenwang angedeuteten zulässigen Meinungskorridor durch einen strafrechtlichen Rahmen abzustecken. Zudem will man offenbar die Einflussnahme ausländischer Regierungen und Organisationen auf Debatten in Deutschland besonders ins Visier nehmen.

Doch sollte die Ampel die Idee tatsächlich aufgreifen, sind bereits massive Probleme abzusehen. Es sind nicht nur Staaten wie Russland oder China, die versuchen, über Propaganda Einfluss auf die Meinungsbildung in Deutschland zu nehmen. Beim Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“ wurde vergangenes Jahr beispielsweise bekannt, dass das Rekord-Budget der Klimaaktivisten auch durch eine Großspende aus Übersee zustande gekommen war. Der „Geldregen aus den USA“ war für Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) Anlass für die Ankündigung, ausländische Spender, die Einfluss auf die Gesetzgebung in Deutschland nehmen wollen, genauer untersuchen zu wollen.

## Auch US-Institutionen im Visier?

Spranger wurde daraufhin das Ziel scharfer Kritik von Politikern der Grünen und der Linkspartei. Niklas Schrader, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, warf der Innensenatorin vor, mit ihrer „unglaublichen Aussage“ rücke sie „demokratische

Initiativen wie den Klimaneustart ins kriminelle Licht“.

Extrem viel Arbeit hätten Ermittler, wenn sie untersuchen müssten, ob und in welchem Umfang Spenden der Bill & Melinda Gates Foundation oder der Open Society Foundations des US-Milliardärs George Soros die hiesige Meinungsbildung beeinflussen. Auch Staaten, die als Verbündete Deutschlands gelten, verzichten nicht darauf, den Meinungsbildungsprozess vom Ausland aus zu beeinflussen. Tom Curley, seinerzeit Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur AP, hatte beispielsweise 2009 der Bush-Regierung vorgeworfen, das Pentagon mit seinen 27.000 Mitarbeitern für Öffentlichkeitsarbeit in eine globale Propaganda-Maschine verwandelt zu haben.

Israel betreibt mit seinem Ministerium für strategische Angelegenheiten weltweit Öffentlichkeitsarbeit. Ebenso haben Daten des US-Justizministeriums ergeben, dass im März 2023 allein aus den USA 25 PR-Agenturen für ukrainische Regierungsstellen aktiv waren.

## BILDUNG

# Gewalt an Schulen dürfte Lehrermangel verschärfen

Berlin und Brandenburg suchen händeringend nach Lehrkräften – Doch Meldungen schrecken ab

Die Länder Berlin und Brandenburg suchen händeringend nach Lehrern. Die Landesregierung in Potsdam will zur Milderung des Lehrermangels nun Lehrkräften ab 63 Jahren eine Prämie von fast 11.000 Euro zahlen, wenn sie über die Pensionsgrenze hinaus weiter unterrichten. Berlin hat bereits vergangenes Jahr die Verbeamtung von Lehrern wiedereingeführt. Doch solchen Anreizen wirkt eine Entwicklung entgegen, die auf potentiell Lehrpersonal sehr abschreckend wirken dürfte: Bundesweit kommt es immer öfter zu Gewalt an Schulen. Und diese richtet sich inzwischen auch in zunehmendem Maß gegen Lehrer.

Laut einer Umfrage der Robert-Bosch-Stiftung klagen deutschlandweit 47 Prozent der Lehrkräfte über psychische oder physische Gewalt. Berlins Ver-

waltungsgericht hat sich vor Kurzem mit einem Fall beschäftigt, bei dem zwei Lehrkräfte von einem verhaltensauffälligen Schüler mit einer Schere angegriffen wurden. Seiner Klassenlehrerin soll der Junge eine Schere an den Hals gehalten haben, eine andere Lehrerin erhielt mit einer Schere sogar einen Stich in den Rücken. Der Schüler mit Autismus hatte die 5. Klasse besucht, war seit Anfang März aber wegen des Angriffs vom Unterricht ausgeschlossen gewesen.

Nachdem die Eltern des Schülers jedoch gegen den Unterrichtsausschluss geklagt hatten, entschied das Berliner Verwaltungsgericht am 25. April, dass der Junge vorläufig wieder am Unterricht teilnehmen darf. Zur Begründung verwies das Gericht auf das Fehlen einer Rechtsgrundlage für den Unterrichtsausschluss.

Berlins Schulgesetz sieht allerdings durchaus die Möglichkeit vor, die Schulpflicht „vorübergehend ganz oder teilweise ruhen“ zu lassen.

Das Verwaltungsgericht sieht in dem Unterrichtsausschluss des Jungen allerdings „einen erheblichen Eingriff in das verfassungsrechtlich geschützte Recht des Schülers auf Bildung“. Der entsprechende Passus des Schulgesetzes sei nicht mit verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbar, also rechtswidrig, argumentieren die Richter.

Ein Gewaltvorfall in Cottbus ist sogar zum Thema einer Sondersitzung des Bildungsausschusses im Landtag von Brandenburg geworden. In der Stadt war eine Lehrerin bei dem Versuch, einen Streit zu schlichten, krankenhaushausreif geprügelt worden. Am Vormittag des 20. April hat-

ten sich zunächst vier Jugendliche, die laut einem Bericht selbst keine Schüler der Schule sind, Zutritt zum Schulhof einer Oberschule im Cottbuser Stadtteil Schmellwitz verschafft. Dort entwickelte sich ein Streit mit einem 17-jährigen Schüler.

Die Auseinandersetzung verlagerte sich nach kurzer Zeit vor das Schulgelände und eskalierte. Am Ende waren bis zu 30 Personen an dem Streit beteiligt. Neben der Lehrerin, die versucht hatte, zu schlichten, landete auch der 17-Jährige mit Verletzungen im Krankenhaus. Zwei der Beteiligten der Schlägerei nahm die Polizei vorübergehend in Gewahrsam. Laut Recherchen der „Jungen Freiheit“ handelt es sich bei den vier Tatverdächtigen und dem Opfer um deutsche, syrische und libysche Staatsbürger. H.M.

## KOLUMNE

## Wer kommt?

VON THEO MAASS

Die Berliner Verkehrssenatorin Manja Schreiner hat ihren Rücktritt erklärt. Nach dem überraschend gutem Abschneiden der CDU bei der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus wurde die Christdemokratin am 27. April 2023 Teil des neuen CDU-SPD-Senats. Sie trat nach den beiden grünen Verkehrssenatorinnen Regine Günther (2016 bis 2021) und Bettina Jarasch (2021 bis 2023) ein schweres Erbe an.

Acht Jahre hatten die Grünen Gelegenheit, in der Senatsverwaltung Personalpolitik zu betreiben und jede andere Politik zu erschweren. Zwar setzte Schreiner der Autoverkehrspolitik ein Ende, aber die Fehlentwicklung mit Fahrrad- und Busspuren konnte sie in der kurzen Dauer ihrer Amtsführung nicht rückgängig machen. Den Autobahntunnel an der Schlängenbader Straße, den ihre Vorgängerin Jarasch wenige Tage vor dem Ende ihrer Tätigkeit hatte schließen lassen, ließ Schreiner bis zum heutigen Tage geschlossen.

Beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs wollte sie das U-Bahn-Netz großzügig ausbauen. Der weiteren Vernichtung von Parkraum stand Schreiner ablehnend gegenüber. Dies machte sie zur Hassfigur der extremen Linken in Berlin. Trotzdem kann man nicht davon sprechen, dass sie eine echte Verkehrswende bewirkt habe. Aber immerhin hat sie eine weitere Fehlentwicklung erst einmal aufgehalten.

Schreiner hat nach den erhobenen Plagiatsvorwürfen gegen ihre Doktorarbeit mit ihrem Rücktritt dem Parlament und den Bürgern Berlins Respekt erwiesen. Damit unterscheidet sie sich wohltuend von ihrer bisherigen Senatskollegin Franziska Giffey von der SPD, die bei gleichlautenden Vorwürfen weiter amtiert. Es wäre zu wünschen, dass Schreiners Nachfolger nicht auch noch hinter die bescheidenen Ansätze zurückfällt, die Schreiner immerhin gesetzt hat. Der nächste Verkehrssenator sollte sich nicht von den Forderungen der Hauptstadt-Pressen beeindruckt lassen, die öffentliche Meinung hat wenig mit der veröffentlichten Meinung zu tun.

## MELDUNG

## Harte Kritik an der Ampel

Potsdam – Anlässlich des 6. Ostdeutschen Unternehmertages hat Burkhardt Greiff, Präsident des Unternehmerverbandes Brandenburg-Berlin, scharfe Kritik an der Politik der rotgrün-gelben Bundesregierung geübt. Der Verbandschef sagte: „Statt einer erhofften Stabilisierung zeichnet sich die Politik der Ampelregierung durch einen bisher nicht gekannten Kompetenz- und Realitätsverlust aus, die Folgen sind insbesondere für die mittelständischen Unternehmen dramatisch.“ Sein Verband engagiere sich dafür, „endlich Lösungen statt schöner Worte auf den Weg zu bringen“, so Greiff. Hauptthema der Tagung am 30. April in Potsdam war die bessere Nutzung des vorhandenen Fachkräftepotentials in den neuen Bundesländern. Die Schirmherrschaft über das Treffen hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz übernommen. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Polen: Druck auf Ukrainer

**Warschau** – Die Ukraine verschärft den Druck auf wehrpflichtige Männer, die im Ausland leben. Das Außenministerium in Kiew kündigte an, konsularische Dienste für Wehrpflichtige auszusetzen. Ukrainische Männer, die derzeit im Ausland leben, würden damit die Möglichkeit verlieren, beispielsweise ihren Reisepass zu verlängern. Regierungsvertreter in Polen und Litauen sicherten der ukrainischen Regierung ihre Unterstützung bei dem Vorhaben zu, ukrainische Männer, die sich im Ausland aufhalten, dem Dienst in den Streitkräften zuzuführen. Als möglichen Hebel sehen Beobachter eine Neuregelung, mit der Ukrainer in Polen nur noch dann staatliche Leistungen beantragen können, wenn sie einen gültigen Reisepass vorlegen. Als Alternative zur Rückkehr in die Ukraine hätten betroffene Wehrpflichtige allerdings immer noch die Möglichkeit, einen Asylantrag in einem anderen Land zu stellen, also auch in Deutschland. *H.M.*

## Klagen gegen von der Leyen

**Brüssel** – Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) in Luxemburg hat Ermittlungen gegen die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen aufgenommen. Dabei geht es um das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen der EU und dem Pharmakonzern Pfizer über die Lieferung von 1,8 Milliarden Corona-Impfstoffdosen im Wert von über 20 Milliarden Euro im Zuge von persönlichen Verhandlungen zwischen von der Leyen und dem Pfizer-Chef Albert Bourla. Von der Leyen wird vorgeworfen, eigenmächtige Entscheidungen zulasten des Budgets der EU getroffen und die Beweise dafür vernichtet zu haben. Daher wurde von der Leyen inzwischen von Polen und Ungarn sowie zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen verklagt. Vor der EPPO ermittelten bereits belgische Staatsanwälte wegen des Impfstoff-Deals. Diese wollen das Verfahren wieder an sich ziehen, wogegen die EPPO Widerspruch einlegte. *W.K.*

## Neuer Sender für Slowaken

**Pressburg** – Auf Antrag der slowakischen Kulturministerin Martina Šimkovičová hat die seit Oktober 2023 amtierende Regierung in Pressburg unter Premierminister Robert Fico von der als links- und nationalpopulistisch geltenden Partei Smer beschlossen, den öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender RTVS aufzulösen und durch ein neues Unternehmen namens Slovak Television and Radio (STVR) zu ersetzen. Dem RTVS wird vorgeworfen, politisch einseitig zu berichten und abweichende Meinungen zu zensieren, was insbesondere während der Corona-Pandemie der Fall gewesen sein soll. Die von der EU-Kommission unterstützte Opposition in der Slowakei kritisiert das Vorhaben ebenso wie die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová von der sozialliberalen Partei Fortschrittliche Slowakei. Im Juni wird das Parlament in Pressburg über die Pläne der Regierung Fico abstimmen. *W.K.*

## RUMÄNIEN

## Mit Dracula nach Brüssel

Bei den EU-Wahlen wirbt eine rechtskonservative Allianz mit dem Konterfei des transsylvanischen Fürsten

VON BODO BOST

In Bukarest und anderswo in Rumänien werben auf riesigen Plakaten die Kandidaten nahezu aller Parteien für die Europawahl mit ihren Gesichtern. Die rechtskonservative Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR) hat jedoch ganz andere Motive gewählt: so etwa das von Vlad III. Drăculea, dem Fürsten der Walachei im 15. Jahrhundert und Sohn von Vlad II. Dracul.

Die AUR stellt sich als Anti-System-Allianz dar. Nach eigenen Angaben kämpft sie gegen „ausländische Unternehmen, die Ressourcen stehlen, und gegen korrupte Eliten, ob in Rumänien oder in Brüssel“. Bei der Vorstellung ihrer Kandidaten für die Europawahlen Anfang April verglichen deren Redner die Europäische Kommission mit der osmanischen „Erhabenen Pforte“, dem Erzfeind von Vlad, auch genannt Tepes, der Pfähler.

Drăculea inspirierte im 19. Jahrhundert den irischen Autor Bram Stoker zu seiner Figur des blutsaugenden Vampirs Dracula. Dessen Porträt findet sich auf AUR-Plakaten neben denen Stephans des Großen, des Fürsten der Moldau, und Michaels des Tapferen, eines Woiwoden, der als erster Vereiniger der drei rumänischen Regionen mit Transsylvanien gilt.

Das Schloss Törzburg/Bran, das als Dracula-Schloss gilt, liegt im historischen Siebenbürgen bei Kronstadt. Vlad III. wurde um 1431 angeblich in Schäßburg – ebenfalls in Siebenbürgen – geboren. Von 1448, 1456 bis 1462 und im Jahr 1476 war er Woiwode des Fürstentums Walachei im Auftrag der Osmanen, gegen die er sich jedoch auflehnte. Aus der Walachei erwuchs im 19. Jahrhundert Rumänien.

## Der Pfähler als Heldengestalt

Der Beiname Drăculea (zu Deutsch: „Der Sohn des Drachen“, von lateinisch draco

= Drache) leitet sich nach der von Historikern akzeptierten These von der Mitgliedschaft seines Vaters Vlad II. Dracul im Drachenorden Kaiser Sigismunds ab. Dieser Beiname wurde bisweilen auch als „Sohn des Teufels“ (miss-)verstanden, da das rumänische Wort drac auch ein Fluchbegriff ist und so viel wie „Teufel“ heißt.

Die deutschen Siedlungen in Siebenbürgen, die im 13. Jahrhundert entstanden sind, konnten dank ihrer zu Wehrburgen ausgebauten Kirchen von den Osmanen nie erobert werden, deshalb dienten sie auch den Walachen, wie die Rumänen damals hießen, als Rückzugsräume bei den osmanischen Vergeltungsschlägen.

Während historische Erzählungen, insbesondere siebenbürgisch-sächsische und osmanische, Vlad Tepes als blutrünstigen und grausamen Tyrannen darstellen, ist Vlad der Pfähler in der nationalen Erzählung Rumäniens eine Heldengestalt. Im 19. Jahrhundert, als sich das heutige

Rumänien mithilfe Russlands und des Königshauses Hohenzollern-Sigmaringen vom Osmanischen Reich endgültig löste, nahmen ihn die rumänischen Nationalisten in das Pantheon der Helden auf. Er kämpfte mit seiner kleinen Armee gegen den Sultan und pfählte ihn.

Die Büste des Pfählers steht am Eingang der Nationalen Antikorruptionsbehörde in Bukarest. In den slawischen Erzählungen wurde seine gerechtfertigte Gewalt, mit der er für Ordnung sowie Gerechtigkeit sorgte und die Korruption bekämpfte, als nahezu göttlich empfunden.

## 2024 ist Super-Wahljahr

Es ist erstaunlich, dass die AUR, welche die christlich-orthodoxe Religion besonders hervorhebt, unter anderem mit Kriegern wirbt anstatt mit Heiligenfiguren, welche die im Lande verwurzelte Orthodoxie repräsentieren. Allerdings war auch Vlad der Pfähler weder besonders christlich noch wählerisch: Er pfählte sowohl Muslime als auch Christen. Als ein ähnlicher Systemsprenger tritt die AUR auf.

Der populistische Diskurs dieser Allianz zieht die von der derzeitigen politischen Klasse Enttäuschten an. In Rumänien ist sie die einzige politische Kraft, der das gelingt. Für die AUR ist es aufwendig, sich auch das Bild des Pfählers anzueignen. Es vermittelt das Bild eines Rumänen, das eine Heldengeschichte mit mächtigen Führern hatte, was man im 20. Jahrhundert nicht sagen konnte, denn allein im Zweiten Weltkrieg hat Rumänien drei Mal die Seiten gewechselt, um immer zu den Gewinnern zu gehören.

Die Allianz AUR liegt derzeit in Umfragen hinter dem liberal-sozialistischen Bündnis PSD-PNL auf dem zweiten Platz. Für 2024 sind in Rumänien drei weitere Wahlen geplant: die Kommunalwahlen zusammen mit den Europawahlen, dann die Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen am Ende des Jahres. Bei den Präsidentschaftswahlen darf Klaus Johannis nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Die AUR, die laut Prognosen bei allen Wahlen unter den drei führenden Parteien ist, wird bevorzugt von jungen Menschen gewählt.



Werbung mit Vlad Tepes alias Dracula: Wahlplakat der AUR-Allianz für die EU-Wahlen im Juni

Foto: action press

## SCHOTTLAND

## Quittung für „woke“ Politik

Ministerpräsident Humza Yousaf ist gescheitert – Die Unabhängigkeit wird immer unwahrscheinlicher

Der erste muslimische Ministerpräsident Schottlands, Humza Yousaf, steht nach nur 13 Monaten als „First Minister“ vor den Scherben seiner Karriere – und ebenso blickt seine Partei, die links-nationale Scottish National Party (SNP), auf einen Scherbenhaufen. Yousaf erklärte vergangene Woche seinen Rücktritt, um einer Abwahl per Misstrauensvotum zuvorzukommen. Zuvor hatte er unerwartet die Koalition mit den Grünen beendet.

Mit ihnen war es zu permanentem Streit über teure und illusorische Klimaziele gekommen. Ohne die Grünen hat die SNP im Regionalparlament keine Mehrheit. Yousaf zog widerwillig die Konsequenz: Rücktritt. Der bärtige Politiker mit pakistanischen Wurzeln, der in der Bevölkerung hochgradig unpopulär wurde, ist rundweg gescheitert.

Seit 17 Jahren regiert die SNP nun in Schottland. In Umfragen hat sie aber deutlich verloren und muss zittern, nicht von der Labour-Partei überholt zu werden, die früher Schottland dominierte. Als

Yousafs Nachfolger wird jetzt John Swinney, ein erfahrener, langjähriger SNP-Parlamentarier und Ex-Minister, installiert. Er soll das Schiff der Schottenpartei in ruhigere Gewässer lenken. Doch schon bald, bei den bevorstehenden britischen Parlamentswahlen, dürfte es die Quittung für die SNP geben für die vielen Skandale, Konflikte und Fehler in den vergangenen Jahren.

Wie eine dunkle Wolke hängt über ihr der Finanzskandal um den mysteriösen Verbleib von Spendengeldern. Im Raum steht der Vorwurf der Veruntreuung von 600.000 Pfund, die für eine Unabhängigkeitskampagne gedacht waren, aber verschwunden sind. Die frühere Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon, Yousafs politische Ziehleiterin, und ihr Ehemann Peter Murrell, der Ex-Parteigeschäftsführer, wurden von der Polizei stundenlang verhört. Murrell muss sich bald vor Gericht wegen der Spendenaffäre verantworten.

Die SNP hat bei den Schotten viel Vertrauen verspielt, auch mit ihrer aggressiv-

progressiven Politik für ein Transgender-Gesetz, das aber die Regierung in London blockiert hat. Eine große Kontroverse gab es zudem um das „Hass-Sprache“-Gesetz, das nach Ansicht von Kritikern die Mei-

nungsfreiheit gefährdet. Erbittert hat die in Edinburgh lebende „Harry Potter“-Autorin J. K. Rowling, eine scharfe Transgender-Kritikerin, dagegen angekämpft. Die Zerrissenheit der Partei zeigte sich nicht nur im Konflikt über das umstrittene Transgender-Gesetz. Ein Teil wollte statt Yousaf und Swinney lieber die sozial-konservative, christliche Kate Forbes an der Spitze sehen.

Über die Jahre hat die SNP einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht: Von einer nationalistischen Partei traditioneller Schotten, kerniger Männer (wie Alex Salmond, der im Streit schied und die Alba-Konkurrenzpartei gründete), die Dudelsack-Musik lieben und den Ölreichtum der Nordsee zur Finanzierung der Unabhängigkeit einsetzen wollten, hin zu einer linken, „woken“ Bewegung, die grün-progressive Ziele verfolgt. Das alte Ziel der schottischen Unabhängigkeit durch ein zweites Referendum rückt dabei weit in die Ferne. Laut Umfragen gibt es dafür keine Mehrheit. *Claudia Hansen*



FOTO: PAEMPICS

Ins politische Aus regiert: Humza Yousaf

VON PETER ENTINGER

Es gibt Worte, für die können sich die Betroffenen nun wirklich nichts kaufen. „Wir alle haben gekämpft und uns eingesetzt“, schrieben Insolvenzverwalter Stefan Denkhaus sowie die Galeria-Geschäftsführer Olivier Van den Bossche und Dirk Mager an die Beschäftigten von Deutschlands letzter Warenhauskette.

Es gibt Fachleute, die sehen die Belegschaft mit einem blauen Auge davongekommen. Immerhin 76 der bislang 92 Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof sollen fortgeführt werden, lediglich 1400 Mitarbeiter ihren Job verlieren. Man werde sich bemühen, die Kündigungen sozialverträglich zu gestalten, teilte das Unternehmen mit.

Seit 2020 befindet sich die Tochter des nunmehr pleite gegangenen Investors Signa des Immobilien-Jongleurs René Benko in ihrer dritten Insolvenz. Es gibt nicht wenige Branchenkenner, die sagen, für Karstadt gelte das Motto: „Nach der Insolvenz ist vor der Insolvenz.“ Nun soll ein Konsortium aus der US-Investmentgesellschaft NRDC Equity Partners und dem Unternehmer Bernd Beetz Galeria Karstadt Kaufhof übernehmen. Die Verträge sind unterschrieben, der Sanierungskurs war Grundvoraussetzung der Übernahme. Denkhaus will am 28. Mai in der Messe Essen über den Insolvenzplan abstimmen lassen. Im Spätsommer soll dann die offizielle Übergabe erfolgen.

#### Gesundshrumpfen war vergeblich

Ursprünglich lieferten sich die einstigen Konkurrenten Kaufhof und Karstadt einen erbitterten Konkurrenzkampf. Nach der Fusion 2019 sollte alles besser werden. Damals hatte der verschmolzene Konzern noch 174 Filialen. Nach mehreren Runden des Gesundshrumpfens blieben zuletzt noch 92. Nun werden bis Ende August die Standorte Augsburg, Berlin Ringcenter, Berlin Spandau, Berlin Tempelhof, Chemnitz, Essen, Köln Breite Straße, Leonberg, Mainz, Mannheim, Oldenburg, Potsdam, Regensburg Neupfarrplatz, Trier Fleischstraße, Wesel und Würzburg geschlossen.

Messlatte für die Entscheidung über die Fortführung jeder Filiale sei es gewesen, dass sie bereits heute oder in absehbarer Zeit die notwendige Profitabilität erziele, heißt es bei Galeria. Doch zuletzt wurden auffallend viele Filialen verschont, die sich in Immobilien befinden, die zur Signa-Gruppe gehören. Auch von den 16 nun betroffenen Häusern sind nur vier im bisherigen Benko-Besitz. Denkhaus sagte der Zeitschrift „Capital“, man habe als Ziel einen „marktüblichen Mietkorridor“ von sieben bis elf Prozent des Umsatzes angestrebt, um die jeweilige Filiale



Räumungsverkauf: Filiale von Galeria Karstadt Kaufhof in Krefeld vor der Schließung

Foto: imago/imagebroker

#### GALERIA KARSTADT KAUFHOF

## „Nach der Insolvenz ist vor der Insolvenz“

Nach der Signa-Pleite – Eine US-Investmentgesellschaft und der Unternehmer Bernd Beetz wollen 76 Filialen der Warenhauskette

rentabel betreiben zu können. Andere Medien hatten zuvor berichtet, die Signa-Häuser hätten zwischen 20 und 30 Prozent des Umsatzes als Miete eingestrichen. Man habe „sehr hart“ verhandelt. „In vielen Fällen mit Erfolg“, so Denkhaus.

Warum es am Ende die ausgesuchten Filialen erwischt hat, darüber darf getrost spekuliert werden. Es heißt, die Signa-Häuser seien von ihrer Bausubstanz her im Schnitt jünger gewesen. Auf der anderen Seite ist in Mannheim eine bisherige Filiale in einer Benko-Immobilie auf der Streichliste. Der künftige Miteigentümer Beetz stammt aus der kurpfälzischen Stadt und ist Präsident des ortsansässigen Fußball-Clubs SV Waldhof. Möglicherweise haben die Immobilienverwalter neue Betreiber oder Käufer in der Hinterhand. 160 Kilometer weiter war die

Überraschung ebenfalls groß. In der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken hatte man sich bereits auf eine Schließung eingestellt, doch die Filiale bleibt am Netz. Die Landespolitik hatte dort ordentlich Druck ausgeübt und darauf verwiesen, dass vor zwei Jahren erst ein Kaufhof dicht machen musste.

#### Landespolitik in Saarbrücken übte Druck aus

Anderswo ist die Empörung groß. Nach Jahrzehnten soll die Karstadt-Filiale in der Spandauer Altstadt in Berlin schließen. Spandaus Bezirksbürgermeister Frank Bewig (CDU) will das Aus nicht einfach hinnehmen. Er fordere den neuen Eigentümer auf, seine Entscheidung zu revidieren und den Spandauer Standort weiterzubetreiben.

Doch es stellt sich die Frage, wie die verbliebenen Häuser marktgerecht weitergeführt werden können. Vom Sterben auf Raten ist oft die Rede. Handelsexperte Gerrit Heinemann von der Hochschule Niederrhein ist skeptisch.

Zwar hätten die Kaufhäuser in Deutschland dabei etwa 200 Millionen Kundenbesuche, es seien aber viele ältere Menschen. Ein neues, modernes Konzept müsse her. „Zwei, maximal drei Jahre, und dann war's das“, glaubt Heinemann. Insolvenzverwalter Denkhaus hält dagegen. „Die wirtschaftlichen Perspektiven von Galeria sind gut. Ich habe da keine Zweifel“, erklärte er. Das Risiko einer erneuten Insolvenz in naher Zukunft sei gering und bewege sich „im Rahmen des allgemeinen wirtschaftlichen Risikos“.

#### EU-POLITIK

## Macron ruft nach der Schuldenunion

Der Franzose will eine Mandatserweiterung der EZB – Berlin reagiert verhalten

Deutschlands wirtschaftliche Lage ist so schlecht, dass es wie schon zur Jahrtausendwende erneut als „kranker Mann Europas“ bezeichnet wird. In dieser Situation legt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Vorschläge zur Zukunft der EU vor, die in Deutschland nicht sonderlich populär sind. Neben Forderungen zum Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsindustrie und einer vertieften Energieunion inklusive einer Atomallianz präsentierte Macron auch die Idee zur Reform der Europäischen Zentralbank (EZB). Er schlug unter anderem vor, das Mandat der EZB so zu erweitern, dass sie neben der Kontrolle der Inflation auch das Wirtschaftswachstum und die sogenannte Dekarbonisierung fördern kann. Bei der Spitze der EZB kann Macrons Vorschlag mit viel Sympathie rechnen. Ohne dass dies vom Mandat

abgedeckt ist, hat die EZB-Präsidentin Christine Lagarde bereits vor einiger Zeit Klimaschutz zu einem Anliegen der Geldpolitik erklärt.

#### Dekarbonisierung und „Klimaschutz“

In Berlin fiel die Reaktion auf den Vorschlag zur Mandatserweiterung der EZB eher verhalten aus. Wenige Tage nach Macrons Sorbonne-Rede sagte ein Sprecher der Bundesregierung vor Journalisten: „Es gibt einzelne Punkte natürlich, in denen wir weiterhin – und das haben Sie mit Blick auf die EZB ja auch schon genannt – sehr unterschiedliche [Standpunkte] haben.“ Weiter sagte der Sprecher, ihm seien innerhalb der Bundesregierung „solche Überlegungen“, das Mandat der EZB zu ändern oder zu erweitern, nicht bekannt.

Der Streit zwischen Berlin und Paris, wie weit das Mandat der EZB gehen soll, ist so alt wie der Euro selbst. Die deutsche Seite hatte ursprünglich durchgesetzt, dass sich die EZB in der Tradition der Deutschen Bundesbank primär auf die Erhaltung der Geldwertstabilität konzentrieren solle. Frankreich zielte bei den Verhandlungen zur Währungsunion wiederum darauf ab, die gemeinsame Zentralbank auch für wirtschaftspolitische Ziele einzuspannen. In einem Kompromiss einigten sich beide Seiten darauf, dass die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU unterstützen soll, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Preisstabilität möglich ist.

Faktisch wurde durch die gigantischen Anleihekäufe der EZB in der Amtszeit von Lagarde allerdings unter Inkaufnahme hoher Inflationswerte massiv billiges Geld

für Unternehmen und Staaten bereitgestellt. Die von Macron geforderte Erweiterung des EZB-Mandats auf die Förderung von Wirtschaftswachstum und Dekarbonisierung würde dieses Vorgehen ganz offiziell absegnen.

Allerdings weckt Macrons Vorgehen den Eindruck, dass es ihm vor allem um die Erschließung neuer Geldquellen geht, während die angeführten Begründungen recht variabel erscheinen. Macron hatte bereits am 11. März bei einem informellen Gipfeltreffen des Europäischen Rates eine gemeinsame Schuldenaufnahme auf EU-Ebene vorgeschlagen. Bei dieser Gelegenheit hatte er nicht auf das Ziel der Dekarbonisierung verwiesen, sondern angeführt, mit den gemeinsamen Krediten sollten die ökonomischen Konsequenzen der Russland-Sanktionen abgedeckt werden. H.M.

#### • MELDUNGEN

## Staatshilfe für Kernreaktoren

Brüssel – Die EU-Kommission hat am 26. April Frankreich die Genehmigung erteilt, mit staatlichen Geldern die Erforschung und Entwicklung kleiner modularer Kernreaktoren zu unterstützen. Nach Angaben der Kommission ist die Höhe der staatlichen Förderung mit 300 Millionen Euro angemessen. Die Behörde erklärte, dass Vorkehrungen getroffen würden, um den Wettbewerb nicht übermäßig zu verfälschen. Empfänger der Staatshilfe ist das Unternehmen Nuward, eine Tochtergesellschaft des französischen Staatskonzerns Electricité de France. Nuward entwickelt kleine modulare Druckwasserreaktoren mit einer Leistung von maximal 300 Megawatt. Bereits vergangenes Jahr hatte Electricité de France mit dem polnischen Unternehmen Respect Energy eine Vereinbarung zur Entwicklung von Kernkraftwerksprojekten in Polen unterzeichnet. Bei diesen gemeinsamen Projekten soll die Reaktortechnik von Nuward zum Einsatz kommen. H.M.

## Solarwatt legt Werk still

Dresden – Der Hersteller Solarwatt wird im August seine Modulfertigung in Deutschland einstellen und die Produktion nach China verlagern. Nach Angaben des Geschäftsführers Detlef Neuhaus wird das Werk in Dresden nicht geschlossen, sondern erst einmal stillgelegt. Von dem Produktionsstopp in Dresden sind nach Angaben des Betriebsrates rund 190 Beschäftigte betroffen. Laut dem Solarwatt-Geschäftsführer Neuhaus ist es momentan für das Unternehmen nicht mehr möglich, kostenneutral zu produzieren. Zudem wies er auf eine starke Verzerrung des Wettbewerbs hin, die nicht eingedämmt werden konnte. Wie Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) gegenüber dem MDR erklärte, müsse das Aus der Modul-Produktion bei Solarwatt Konsequenzen haben. Deutschland und Europa müssten dem ruinösen Wettbewerb aus China endlich etwas entgegensetzen. H.M.

## Gewinn bricht ein

Stuttgart – Der Autobauer Mercedes-Benz hat im ersten Quartal 2024 bei schwächerem Absatz einen Gewinneinbruch erlitten. Wie das Unternehmen mitteilte, sank das Betriebsergebnis von Januar bis März um fast 30 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro. Der Pkw-Absatz sank um acht Prozent auf 463.000 Autos. Mit über 105.000 Fahrzeugen verkaufte Mercedes-Benz dagegen 6,6 Prozent mehr Vans. Gebremst wurde das Pkw-Geschäft von Mercedes-Benz durch Modellwechsel und Engpässe in der Lieferkette. Nach Angaben von Finanzchef Harald Wilhelm hat sich zudem vor allem in China die Nachfrage nach Luxusautos abgeschwächt. Für die kommenden Quartale sagt der Finanzchef einen steigenden Absatz voraus. Im vergangenen Jahr hat Mercedes-Benz laut einer Untersuchung der Wirtschaftsberatung EY so profitabel wie keiner seiner Konkurrenten gearbeitet. Demnach blieb von 100 Euro, die der Autobauer einnahm, ein operativer Gewinn von 12,80 Euro. H.M.

## ANALYSE

## Gelähmtes Land

FRANZ BACCHUS

Der Gazasteifen hatte sich vor dem Einmarsch der Israelis zum „Hamastan“ entwickelt. Jetzt droht der Libanon, der seit mehreren Jahren ohne oberste staatliche Amtsträger ist, und wo die Hisbollah immer mehr die eigentliche Macht im Staate ist, zu einem „Hisbollahistan“ zu werden. Die Hisbollah muss dazu nicht einmal mehr, wie die Hamas 2005 in Gaza, einen Bürgerkrieg gegen andere führen, denn im Libanon sind derzeit fast alle obersten staatlichen Spitzen vakant.

Der Libanon leidet unter einem vierfachen Machtvakuum. Das Land ist nicht nur ohne Staatspräsident, sondern auch ohne Regierung. Das Land befindet sich seit drei Jahren in einer Wirtschafts- und Finanzkrise. 80 Prozent der Libanesen leben unterhalb der Armutsgrenze. Dabei war der Libanon einst die Schweiz des Nahen Ostens. Der Gouverneur der Zentralbank, Riad Salamé, trat nach fast zwei Jahrzehnten ohne Nachfolger von seinem Amt zurück. Seine rechte Hand, Wassim Mansouri, ein Schiit, übernahm die kommissarische Leitung der Institution, die für das immer weiter abwertende libanesische Pfund verantwortlich ist.

Das Land hat seit dem Ende der syrischen Besatzung im Jahr 2005 mehrere institutionelle Vakanzen erlebt. Zwischen 2005 und 2022 gab es drei Präsidenten, zwei Präsidentenvakanz, fünf Premierminister, zehn Regierungen und fast fünf Jahre Regierungsvakuum. Die derzeitige institutionelle Krise und die zahlreichen Herausforderungen, mit denen das Land konfrontiert ist, sind jedoch etwas völlig Neues.

Seit dem Ablauf der Amtszeit von Präsident Michel Aoun am 31. Oktober 2022 ist der Libanon ohne Präsidenten. Das Parlament, das mehrmals zu einer Sitzung einberufen wurde, war wegen der Blockadepolitik der schiitischen Hisbollah und der mit ihr verbündeten schiitischen Amal-Bewegung nicht in der Lage, einen Nachfolger zu wählen. Dieser muss gemäß dem Nationalpakt von 1943 ein maronitischer Christ sein, da die Ämter nach Volksgruppen verteilt werden. Deshalb ist das Ergebnis eines Konsenses zwischen den verschiedenen Parteien immer seltener möglich.

Dabei gab es mit dem Christen Sleiman Frangié diesmal einen Kandidaten,

der von der Hisbollah unterstützt wurde, jedoch nicht die Zustimmung der beiden größten christlichen Parteien, der Forces Libanaises und des Courant patriotique libre, erhielt. Es wurden zwölf Wahlsitzungen abgehalten, die letzte am 14. Juni 2023, die aufgrund einer fehlenden politischen Einigung und der fehlenden Beschlussfähigkeit nicht zustande kamen. Die Angelegenheit ist nun Gegenstand regionaler und sogar internationaler Verhandlungen.

**Hisbollah hat das Sagen**

Ein Quintett aus den Botschaftern Frankreichs, der USA, Saudi-Arabiens, Ägyptens und Katars trifft sich in regelmäßigen Abständen mit Akteuren der politischen Szene im Libanon, um die Blockaden zu beenden. Dieser Druck bleibt bislang ohne Wirkung. Im Februar wurde von sunnitischen Abgeordneten eine Dialoginitiative ins Leben gerufen. Diese sieht (informelle) parlamentarische Beratungen vor, gefolgt von einer offenen Wahlsitzung mit aufeinanderfolgenden Abstimmungsrounden, bis das Land ein neues Staatsoberhaupt hat.

Da die Hisbollah die einzige Partei ist, die über Waffen und eigene Territorien im Süden des Landes verfügt, hat sie de facto ein Vetorecht in der libanesischen Politik. Erst kürzlich hat der letzte Staatspräsident Aoun das Rücktrittsdekret von Premierminister Najib Mikati unterzeichnet, womit er ihm das Recht, das Land zu führen, streitig machte und die Lähmung der Institutionen bestätigte. Mikati, der im September 2021 nach einer 13-monatigen Regierungsvakanz ernannt worden war, scheiterte aufgrund politischer Differenzen daran, nach den Parlamentswahlen im Mai 2022 ein neues Kabinett zusammenzustellen. Seitdem beruft er von Zeit zu Zeit einen Ministerrat ein, um laufende Geschäfte zu erledigen.

Der letzte, der das Ruder in der Hand hält und eine Zeit lang als Staatspräsident im Gespräch war, ist der Oberbefehlshaber der libanesischen Armee, Joseph Aoun. Er sollte am 10. Januar 2024 in den Ruhestand gehen, doch seine Amtszeit wurde durch ein in letzter Minute abgesegnetes Gesetz um ein Jahr verlängert. Die libanesischen Armee ist jedoch längst nicht mehr die stärkste Armee im Land. Sie muss tun, was die Hisbollah will.



Nach dem Kosovokrieg sollten KFOR-Truppen im Kosovo für Frieden sorgen: Auch Bundeswehrkräfte wurden wie hier in Prizren im Juni vor 25 Jahren von der Bevölkerung noch freudig empfangen

Foto: imago/Markus Matzel

## HINTERGRUND

## Kein Frieden im Kosovo

BODO BOST

Am 24. März 1999 hatte die NATO ihre Luftschläge gegen Ziele in Serbien, Kosovo und Montenegro begonnen. Der NATO-Einsatz dauerte bis zum 10. Juni 1999. Es war der erste Kampfeinsatz des Militärbündnisses. Auch für deutsche Soldaten war es vor 25 Jahren der erste Kampfeinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg.

Nur wenige Monate nach dem NATO-Einsatz wurde der serbische Präsident Slobodan Milošević durch einen unblutigen Volksaufstand von der eigenen Bevölkerung von der Macht verdrängt, der NATO-Einsatz war also auch höchst unsinnig gewesen. Dennoch hatten viele Länder des Westens 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo, das heute ein Zentrum von Kriminalität und Korruption in Europa ist, anerkannt, was Moskau und Serbien bis heute nicht getan haben. Auch von 109 der 193 UN-Mitgliedstaaten wird der Kosovo nicht als unabhängig anerkannt.

Die NATO hat zwar die Vertreibung der Kosovaren verhindert, aber nicht die darauffolgende bis heute andauernde Ver-

treibung der Serben aus dem Kosovo, wo sie heute nur noch knapp zehn Prozent der Bevölkerung stellen, und zwar konzentriert im Norden um die Stadt Mitrovica. Diese Minderheit wird von den Kosovaren mit immer neuen Maßnahmen schikaniert, um sie zur Ausreise zu bewei-

Bankverkehr mit Serbien gestoppt, die Kosovo-Serben können also keine Dinare mehr von den Banken abheben. Deshalb können die Senioren keine Renten mehr beziehen, und auch die Staatsbediensteten bekommen ihren serbischen Lohn nicht. All dies löste unter den örtlichen Serben Empörung aus. Auch die Europäische Kommission fürchtet eine Zunahme der Spannungen zwischen den Regierungen in Belgrad und Pristina.

Als die Kosovo-Serben im Mai 2022 die Kommunalwahlen in ihren Gemeinden boykottierten, wurden sie von albanischen Bürgermeistern abgelöst. Brüssel rief beide Seiten zur Deeskalation auf und drohte Pristina und Belgrad mit „negativen Konsequenzen“, während der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, den Kosovo gesondert aufforderte, von Polizeiaktionen abzusehen und in serbisch besiedelten Gebieten Neuwahlen abzuhalten.

Zu diesen Neuwahlen ist es bis heute nicht gekommen. Der Balkan bleibt ein Pulverfass auch 25 Jahre später, als die NATO versuchte, den Brand einseitig zugunsten der Kosovaren zu löschen.

## Der Balkan bleibt ein Pulverfass – auch nach dem NATO-Einsatz vor 25 Jahren

Die Zentralbank des Kosovo kündigte Anfang Januar an, dass das gesamte Kosovo ab dem 1. Februar ausschließlich in Euro zahlen darf. Alle anderen Währungen dürfen nur noch für Auslandsgeschäfte verwendet werden.

Im serbisch besiedelten Teil des Kosovo ist jedoch der serbische Dinar das allgemeine Zahlungsmittel. Jetzt wurde der

## PORTRÄT

## Lebensversicherung für Schottland

Auf der britischen Insel gehört multiethnisches Führungspersonal an der Regierungsspitze längst zum gewohnten Erscheinungsbild. Mit Rishi Sunak regiert ein Sohn indischstämmiger Eltern in der Downing Street; Vaughan Gething, der First Minister von Wales, wurde in Samibia geboren; und als Sohn pakistanischer Einwanderer regierte Humza Yousaf als First Minister die Schotten – jedenfalls bis zu seiner Rücktrittserklärung am 29. April (mehr dazu auf Seite 6).

Zumindest im Parlament von Edinburgh kann man sich auf frühere Verhältnisse einstellen. Denn mit dem 60-jährigen **John Swinney** soll ein Politiker die Verantwortung übernehmen, der durch und durch Schotte ist: geboren, aufgewachsen und ausgebildet in Edinburgh.

Wer in Schottland die Regierung lenkt, ist auch für Kontinentaleuropa nicht ganz unwichtig. Seit sich die Briten für den

„Brexit“ entschlossen hatten, sehnen sich viele Schotten nach einer Rückkehr in die EU. So trieb Swinneys Parteikollegin Nicola Sturgeon die schottische Unabhängigkeitsbewegung voran, als sie von 2014 bis 2023 Regierungschefin war.

Unter ihrem Nachfolger Yousaf lag das Projekt auch deshalb brach, weil ein Urteil des Obersten Gerichtshofs des Vereinigten Königreichs den Schotten die alleinige Entscheidung über eine Unabhängig-

keit nicht zubilligen wollte. Stattdessen beschäftigte man sich lieber mit einer linken Genderpolitik, mit der die sozialdemokratische Schottische Nationalpartei (SNP) bei den Wählerumfragen zuletzt regelrecht eingestürzt ist.

Als frischgewählter Vorsitzender der EU-freundlichen SNP will Swinney die Partei und zugleich als Regierungschef das Land wieder einen. Der Mann, der für eine Lebensversicherung tätig war, ehe er 1997 für die SNP ins britische Unterhaus einzog und zwischen 2007 und 2023 nacheinander mehrere Ministerposten bekleidete, muss sich entscheiden: entweder weiter eine unpopuläre liberale oder eine nationalistische Politik betreiben. Letztere könnte bei den Unterhauswahlen im Herbst vielleicht die Mehrheit der schottischen Sitze im britischen Parlament einbringen. So gestärkt kann er dann die Unabhängigkeit herbeiführen. **H. Tews**



Designierter First Minister: Swinney

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

# Pflegerin eines Heiligtums

Kluge Verwalterin des literarischen Nachlasses Goethes – Zwei Ausstellungen in Weimar über die Großherzogin Sophie von Sachsen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Als 1885 das Testament von Goethes Enkel Walther eröffnete wurde, war die Überraschung groß: Sophie, die am 8. April vor 200 Jahren geborene königliche Prinzessin der Niederlande und Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach, erbte den handschriftlichen Nachlass Johann Wolfgang von Goethes (siehe PAZ vom 12. April). Sie beschloss, dieses Privaterbe mit uns zu teilen: „Ich habe erbt, und Deutschland und die Welt soll mit mir erben.“

Am Ufer der Ilm ließ Sophie aus eigenen Mitteln das Goethe- und Schiller-Archiv erbauen. Das älteste Literaturarchiv Deutschlands ehrt seine vor 200 Jahren geborene Stifterin mit der Sonderausstellung „Sophie. Macht. Literatur – Eine Regentin erbt Goethe“. Wer darüber hinaus die ganze Sophie kennen lernen möchte, ist in der Sonderschau des Stadtmuseums von Weimar gut aufgehoben. Sie heißt „Mit Gott und Goethe“.

Wenn man die Treppen zur Beletage des Goethe- und Schiller-Archivs hinaufsteigt, begegnet man auf dem Treppenabsatz der Büste der Großherzogin, bevor man vor denen Goethes und Schillers steht. Sie flankieren den Eingang zum Ausstellungssaal. Dem Beispiel Walther von Goethes folgten auch die letzten Nachkommen Friedrich von Schillers. Das bewog Sophie, auch seinen Namen in die Benennung des Archivs aufzunehmen. Wie ein Magnet zog es 150 weitere Nachlässe von Schriftstellern, Gelehrten, Komponisten und Philosophen an. Zu ihnen gehören Herder und Wieland, Liszt und Nietzsche.

In vier pultartigen Vitrinen, die zur historischen Ausstattung des Archivs gehören, befinden sich die Exponate: Briefe, Denkschriften und Notizen, Manuskripte, Bücher sowie Einladungen, Zusagen und Absagen zur feierlichen Eröffnung des Archivs 1896. Das Bauwerk ist eine ge-

wichtige Erscheinung nach dem architektonischen Vorbild des frühklassizistischen Lustschlosses Petit Trianon im Park von Versailles. Seit seiner Einweihung hat das Archiv große Bedeutung für das Kulturleben im gesamten Deutschland. Aber wie Fontane blieb auch Kaiser Wilhelm II. der Eröffnungsfeier fern. In seiner eigenhändig unterzeichneten Absage teilte er der Großherzogin mit „aufrichtigem Bedauern“ mit, „verhindert zu sein“. Goethe und Schiller bezeichnet er als „unsere Geisteshelden“ und das Archiv „als deutsches Heiligtum“. Gleichwohl war dem Kaiser der Besuch der Kierl Woche wichtiger.

Ausgestellt ist auch die Abschrift des Testaments von Goethes letztem Nachkommen, dem Enkel Walther (1818–1885). Ihn und seine Geschwister Amalie und Wolfgang hatte Goethe zu seinen Alleinerben ernannt. Als Testamentsvollstrecker setzte er Kanzler Friedrich von Müller ein. Der durchstörte zum Missfallen der Geschwister und ihrer Mutter Ottilie wiederholt den Nachlass und geriet so in den Verdacht, Papiere Goethes heimlich an sich genommen zu haben. Das führte zu ernsthaften Verstimmungen mit der Familie, die nicht zuletzt deshalb den vom Testamentsvollstrecker eingefädelt Ankauf des am Frauenplan gelegenen Goethehauses mitsamt aller Sammlungen an den Deutschen Bund 1845 ablehnte.

## „Sophienausgabe“ nach ihr benannt

Und nicht nur das: Sie ließen von wenigen vorangemeldeten Besuchern abgesehen niemanden mehr ins Haus. So war Goethes Hinterlassenschaft bis zu Walthers Tod unzugänglich. Während er die Großherzogin zur Privaterbin des heute der Klassik Stiftung Weimar gehörenden schriftlichen Nachlasses machte, übereignete er das Goethehaus mit den Sammlungen dem Kleinstaat Sachsen-Weimar-Eisenach. Dessen Oberhaupt, Sophies Gatte Carl Alexander, ließ das baufällige



FOTO: THIEDE

Weimars bedeutende Literaturmäzenin: Sophie von Sachsen-Weimar-Eisenach

Anwesen unverzüglich renovieren und als Goethe Nationalmuseum eröffnen.

Im 1871 gegründeten Kaiserreich war Goethe eine gesamtdeutsche Identifikationsfigur. Mit ihm machte die königliche Prinzessin der Niederlande Weimar zum geistigen Zentrum des Deutschen Reichs. Sie verkündete: „Mein Bestreben geht, so viel an mir liegt, dahin, Weimar den Vor-

zug zu sichern, der Mittelpunkt aller Bestrebungen zu sein, welche den großen Namen Goethe betreffen.“ Dabei hielt sie die Zügel fest in der Hand. Sie schuf die notwendigen Bedingungen für die wissenschaftliche Auswertung des Erbes und berief die Gelehrten. Unter ihnen war der preußische Ministerialrat Gustav von Loeper, der „zur Erholung“, wie er sagte,

jahrzehntlang Studien zum Leben und Werk Goethes betrieben hatte, der engste Berater der Großherzogin. Wichtigste Aufgabe war in den ersten Jahrzehnten des Archivs die von Sophie initiierte und finanzierte Gesamtausgabe der Werke Goethes. Sie erfolgte von 1887 bis 1919 in 143 Bänden und ist als „Sophienausgabe“ oder „Weimarer Ausgabe“ berühmt. Erst nach Sophies Tod und gegen ihre Anweisung erschienen Gedichte Goethes, die sie als obszön oder gotteslästerlich zurückgehalten hatte.

Die „Sophienausgabe“ ist die bis heute vollständigste und wissenschaftlich genaueste Ausgabe der Werke Goethes. Der Gipsabguss der von Christian Daniel Rauch geschaffenen Büste Goethes steht in der Sonderschau neben einer Auswahl von Erstdrucken der Sophienausgabe.

Der Ausstellungstitel „Mit Gott und Goethe“ weist auf ein weiteres Betätigungsfeld hin, auf dem sich die Großherzogin große Verdienste erwarb. Sie prägte sowohl die Kulturpolitik als auch das Sozialwesen des Kleinstaats. Die reiche Erbin der Ländereien des schlesischen Guts Heinrichau förderte Liszt und Wagner. Ihren Gatten Carl Alexander unterstützte sie beim Ausbau und der künstlerischen Ausstattung der einst von der heiligen Elisabeth und später von Luther bewohnten Wartburg zum Nationaldenkmal.

Die Großherzogin war die Begründerin und Stifterin der für die Krankenpflege zuständigen Schwesternschaft des Sophienhauses Weimar. Alf Rößner, der Direktor des Stadtmuseums, erklärt: „Die bedeutende Mäzenin und überzeugte Christin wirkte wohlwütig im Sinne der heiligen Elisabeth von Thüringen.“

● Goethe- und Schiller-Archiv: „Sophie. Macht. Literatur – Eine Regentin erbt Goethe“, bis 15. Dezember, [www.klassik-stiftung.de](http://www.klassik-stiftung.de). Stadtmuseum Weimar: „Mit Gott und Goethe“, bis 1. September [stadtmuseum.weimar.de](http://stadtmuseum.weimar.de)

## AUSSTELLUNG

# So fühlt sich Kunst an

Bitte Anfassen! – Düsseldorfer Kunstpalast gestattet Besuchern das Berühren von Kunstwerken

Neulich im Düsseldorfer Museum Kunstpalast: Eine Familie aus Köln betrachtet die Plastiken des Bildhauers Tony Cragg. Das siebenjährige Kind läuft durch die Ausstellung und betastet neugierig und unbedarft in kindlicher Manier die Ausstellungsstücke. Den Eltern ist das sichtlich unangenehm, und sie fragen das Aufsichtspersonal in breitem kölschen Singang: Darf dat dat? Die Aufseherin, offensichtlich der kölschen Sprechweise mächtig, nickt zustimmend: Dat darf dat!

Daraufhin der Vater des Kindes ganz verwundert und kopfschüttelnd: Dat dat darf!? In Hochdeutsch übersetzt: Dass das (Kind) das (Berühren) darf!?

Eigentlich ist in allen Museen das Anfassen oder Berühren der Ausstellungsstücke nicht erlaubt. Verbotsschilder weisen mal dezent, mal unübersehbar darauf hin. In Düsseldorf hat der Kunstpalast dieses Berührungsverbot nicht nur aufgehoben, sondern fordert in der aktuellen Ausstellung „Please touch“ ausdrücklich zum Anfassen der Kunstobjekte auf.

Der in Wuppertal lebende deutsch-britische Künstler Tony Cragg nennt kon-

servatorische Gründe für das sonst in allen Museen geltende Anfassungsverbot. Schweiß, Fett oder auch Säuren auf Händen und Fingern könnten chemische Reaktionen auslösen und den Kunstwerken arg zusetzen. Cragg weiß aber auch, dass seine sinnlich geformten Skulpturen aus Holz, Textil, Stein, Metall oder Kunststoff die Betrachter geradezu animieren,

mit dem Tastsinn, das heißt, durch Berühren, das Material – im wahrsten Sinne des Wortes – zu erfassen.

Kunstpalast-Direktor Felix Krämer hat deshalb zusammen mit dem Künstler verschiedene Werke aus dem reichhaltigen Bestand der Craggschen Werkstätten ausgewählt. Da findet der Besucher die aus glatt poliertem Schichtholz meterhoch

gestapelten Säulen oder auch die glänzend verchromten Gebilde, die an aufgeblasene Luftballons erinnern.

Manche Skulptur ist erst aus der Nähe erkennbar: Was aus der Ferne wie ein braun gefärbter Riesen-Brokkoli erscheint, wird bei nahem Betrachten – und Berühren – als metallenes Wirrwarr aus Armen, Händen und Fingern erfassbar. Eine gepunktete weiße Skulptur entpuppt sich aus der Nähe als ein Gebilde, das komplett aus zigtausend zusammengeklebten weißen Würfeln mit schwarzen Punkten gebaut wurde.

Im Kunstpalast sind nun rund 30 Werke des Bildhauers sichtbar und spürbar. Am Ende der Ausstellung gewährt der Künstler einen Einblick in seine Werkstatt. Hier allerdings gilt die Museumsgrundregel „Bitte nicht berühren“.

Siegfried Schmidtke

● „Tony Cragg – Please touch“ im Kunstpalast Düsseldorf, Ehrenhof 4–5, läuft bis 26. Mai, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 18 Uhr. [www.kunstpalast.de](http://www.kunstpalast.de)



Weiche Formen: Eine Besucherin berührt die Skulptur „Outspan“ Foto: Anne Orthen

## MELDUNGEN

# Über Erichs Lampenladen

**Berlin** – Vom 17. Mai bis 16. Februar 2025 läuft im Humboldt-Forum des Berliner Stadtschlosses die Ausstellung „Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“. Die Schau ist Teil eines programmatischen Schwerpunkts, den das Humboldt-Forum aktuell auf den früheren Sitz der DDR-Volkskammer gesetzt hat. An der Stelle des abgerissenen Palasts der Republik befindet sich das wiedererrichtete Stadtschloss mit dem 2021 eröffneten Humboldt-Forum. Die Ausstellung „Hin und weg“ widmet sich den verschiedenen Phasen des Gebäudes und reflektiert die Bedeutung dieses Ortes bis heute. Präsentiert werden Objekte aus und zum Palast sowie Interviews des Projekts Erinnerungsarbeit im Humboldt-Forum. Mit „Bau auf! Bau ab!“ findet vom 17. bis 31. Mai zusätzlich ein Theaterspektakel zum Palast der Republik statt, den man wegen seiner Beleuchtungsanlagen im Volksmund auch als Erichs Lampenladen bezeichnet hat. Informationen: [www.humboldtforum.org](http://www.humboldtforum.org) *tws*

HANS JOACHIM VON ZIETEN

## „Ahnherr aller Husaren“

Der legendäre Kavalleriegeneral Friedrichs des Großen wurde vor 325 Jahren in Wustrau geboren

VON WOLFGANG REITH

Er gilt als einer der bedeutendsten Feldherren seiner Zeit und neben Friedrich Wilhelm von Seydlitz als der wichtigste Reitergeneral der preußischen Armee. Seinem König Friedrich dem Großen sicherte er in dessen Kriegen zahlreiche Siege. Seine Taktik bestand dabei häufig in Überraschungsangriffen, in denen kleine Einheiten den Feind plötzlich aus Verstecken heraus attackierten. Das brachte ihm bald den Beinamen „Zieten aus dem Busch“ ein, ein Ausdruck, den auch Theodor Fontane in einem Gedicht zu Ehren des Generals benutzte.

Geboren wurde Hans Joachim von Zieten vor 325 Jahren, am 14. Mai 1699, in Wustrau im Ruppiner Land. Er war das dritte von insgesamt sieben Kindern des Landadligen Joachim Matthias von Zieten und dessen Ehefrau Ilsabe Catharina geborene von Jürgas auf Gantzer (Herrschaft Ruppin). Schon im Alter von neun Jahren interessierte sich der Junge für das in Neuruppin stationierte Militär, und 1715 trat er als Freikorporal in das dortige Regiment der Gelben Kürassiere ein. Sieben Jahre später erfolgte die Beförderung zum Fähnrich, doch schon 1724 wurde er aufgrund von Disziplinsüßigkeiten aus der Armee entlassen.

Zieten zog sich auf sein Gut in Wustrau zurück, das er nach dem Tod des Vaters 1720 zusammen mit drei Schwestern geerbt hatte. Als 1725 das Dragonerregiment „von Wuthenow“ in Insterburg aufgestellt wurde, bewarb sich Zieten dafür und wurde tatsächlich als Oberleutnant angestellt. Doch schon ein Jahr darauf fiel er erneut durch Ungehorsam auf und wurde zu einer einjährigen Festungsstrafe verurteilt. Nach deren Verbüßung war es dann ein weiteres Mal, dass er wegen Disziplinsüßigkeiten aus dem Militärdienst entlassen wurde.

**Reorganisator der Kavallerie**

Aber Zieten gab nicht auf und bewarb sich 1730 um Eintritt in eine neu aufgestellte Ehrengarde des Königs. Auf Empfehlung eines Generals, der Zieten kannte und dessen Königstreue schätzte, wurde



Seine Taktik bestand häufig in Überraschungsangriffen: „Zieten aus dem Busch“

er schließlich bei den Husaren in Potsdam angestellt und schon im folgenden Jahr zum Rittmeister befördert. 1735 erfolgte die Ernennung zum Chef einer eigenen Eskadron und im Jahr darauf die Beförderung zum Major.

Als solcher zog er in den Ersten Schlesienschen Krieg, in dem er 1741 wegen einer

besonderen Heldentat die höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung, den Orden Pour le Mérite, verliehen bekam. Außerdem wurde er zum Oberstleutnant im Leibhusarenregiment befördert. Noch im selben Jahr erhielt er sein eigenes Husarenregiment Nr. 2 und dazu sogar die nächste Beförderung als Oberst.

In der Folge betätigte er sich als „Zuchtmeister“ der oft als disziplinlos geltenden Husarentruppe, wobei die Soldaten seine strenge, aber auch gerechte Führung würdigten. Eine Besonderheit spielte dabei, dass er die damals allgemein übliche Prügelstrafe grundsätzlich ablehnte. So wurde Zieten später als „Ahnherr aller Husaren“ gefeiert. Über die Husaren hinaus machte sich Zieten um die Reorganisation der Kavallerie insgesamt verdient, die unter Friedrich Wilhelm I. eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte.

1737 hatte Zieten Leopoldine Judith von Jürgas geheiratet. Der Ehe entstammten der Sohn Friedrich Carl, der allerdings schon im Kindesalter starb, sowie die Tochter Johanna.

**Vertrauter Friedrichs des Großen**

Auch am Zweiten Schlesienschen Krieg nahm Zieten teil. In ihm wurde er 1744 aufgrund mehrerer erfolgreicher Operationen zum Generalmajor befördert. Nach dem Ende des Krieges zog er sich auf sein Gut in Wustrau zurück, das er mit Hilfe von Geldern, die ihm der König zur Verfügung stellte, ausbauen ließ.

Bei Ausbruch des Siebenjährigen Krieges 1756 war Zieten zwar schon 57 Jahre alt, doch Friedrich der Große wurde persönlich bei seinem „väterlichen Freund“ in Wustrau vorstellig, um ihn zu bitten, erneut ein Kommando zu übernehmen. Zieten sagte zu, denn wenige Wochen zuvor war seine Ehefrau nach langer schwerer Krankheit gestorben, und so gab es für ihn keinen Grund mehr zu zögern, zumal das Gut verwaltet wurde. Mit der Beförderung zum Generalleutnant trat er wieder in die Armee ein und zeichnete sich in etlichen Schlachten aus. 1757 wurde ihm dafür der höchste Orden der Krone Preußens, der Schwarze Adlerorden, verliehen. 1760 erfolgte die Beförderung zum General der Kavallerie. Mehrfach führte Zieten während des Krieges den Oberbefehl über die gesamten preußischen Streitkräfte, wenn der Monarch gerade abwesend war, was wiederum die persönlichen Bande zwischen beiden stärkte.

Nach dem Krieg fungierte der General noch einige Jahre als Inspekteur der Kaval-

lerie und widmete sich besonders der Ausbildung seines Husarenregiments. 1764 ging er mit der 39 Jahre jüngeren Hedwig Albertine von Platen, einer Nichte seiner verstorbenen ersten Frau, eine zweite Ehe ein, der drei Kinder entsprossen, wobei das jüngste schon acht Wochen nach der Geburt starb. Zieten lebte nun mit seiner Familie abwechselnd auf seinem Gut in Wustrau und einem 1763 erworbenen Haus in Berlin, Kochstraße 61, Ecke Friedrichstraße. Das Vertrauensverhältnis des legendären Generals zum König festigte sich im Laufe dieser Jahre immer mehr, sodass Letzterer „seinen alten Vater Zieten“, der 13 Jahre älter war als Friedrich der Große, oft besuchte. Am 27. Januar 1786 starb Zieten in seinem Haus in Berlin. Vier Tage später wurde er auf dem Erbgrabnisplatz neben der Dorfkirche in Wustrau beigesetzt, in deren Innenraum sich sein Grabdenkmal befindet.

Ein erstes Denkmal für den populären Reiterführer ließ Friedrichs Bruder Prinz Heinrich von Preußen 1790 in Rheinsberg errichten. Außerdem ist ihm auf der Vorderseite des dortigen Obeliskens eine Gedenktafel gewidmet. Friedrich Wilhelm II. ließ 1794 auf dem Wilhelmsplatz in Berlin zwischen den Denkmälern für General Friedrich Wilhelm von Seydlitz und Generalfeldmarschall Jakob von Keith eine Zieten-Statue aufstellen. Ursprünglich ein marmornes Standbild, wurde es 1857 durch eines aus Bronze ersetzt. Im Zweiten Weltkrieg eingelagert, stellte man das Denkmal 1987 zur 750-Jahr-Feier der Stadt im Lustgarten auf, ehe 2003 die Wiederrichtung am historischen Ort erfolgte.

Eine Kopie der Statue steht seit dem 300. Geburtstag des Generals 1999 auf dem Gelände des Brandenburg-Preußen Museums in Wustrau. Am Haus Kochstraße Nr. 62 in Berlin erinnert eine Gedenktafel an Zieten, denn das Haus Nr. 61 wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Außerdem tragen in vielen deutschen Städten Straßen seinen Namen, und schließlich sind in Beelitz und Göttingen Kasernen nach ihm benannt. Im einstigen Herrenhaus in Wustrau („Zietenschloss“) ist seit 1993 die Deutsche Richterakademie untergebracht.

**GRUNDGESETZ**

## Doppelte Würdigung des 75. Jubiläums

Das Bundesfinanzministerium gibt sowohl ein 85-Cent-Sonderpostwertzeichen als auch eine 20-Euro-Sammlermünze heraus

Das Bundesministerium der Finanzen nimmt das Jubiläum „75 Jahre Grundgesetz“ zum Anlass sowohl für ein Sonderpostwertzeichen als auch für eine 20-Euro-Sammlermünze. Beide wurden am 29. April in Bonn durch Bundesfinanzminister Christian Lindner der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Gestaltung des Postwertzeichens und der Ersttagsstempel stammen von Andreas Ahrens aus Hannover. Die Briefmarke hat einen Wert von 85 Cent. Sie

wird in einer Auflage von rund 2,9 Millionen Exemplaren gedruckt und ist seit dem 2. Mai in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich.

Die Münze besteht aus Sterlingsilber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimetern und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt.

Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden mit einer Auflage

von rund 620.000 Stück zum Nennwert 20 Euro von der Deutschen Bundesbank in den Verkehr gebracht und sind dort, ab dem 23. Mai, aber auch bei einigen Banken und Sparkassen, erhältlich.

Die Gesamtauflage der Münze in der höherwertigen Sammlerqualität Spiegelglanz, beträgt maximal einhunderttausend Stück. Die Münzen können bei der Münze Deutschland online unter [www.muenze-deutschland.de](http://www.muenze-deutschland.de), bestellt werden. Die Münze Deutschland ist die offizielle Verkaufsstelle des Bundes für Sammlermünzen.

Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Detlef Behr aus Köln. Auf der Bildseite wird das am oberen rechten Rand geprägte Münzthema „75 Jahre Grundgesetz“ mittels einer Komposition aus der Jubiläumszahl „75“ und der geläufigen Bezeichnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland „GG“ im Zentrum der Münze repräsentiert. Im oberen Münzdrittel wird der erste Satz des ersten Artikels des Grund-

gesetzes wiedergegeben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Textzeilen werden durch ein radial angeordnetes Punktraster fortgesetzt und optisch zu einem Kreis verbunden. Diese abstrakte Andeutung der parlamentarischen Sitzordnung soll die Verbindung des Bekenntnisses zur Unantastbarkeit der Menschenwürde mit dem zum Parlamentarismus verbinden. Der plakative Entwurf soll die Modernität des Grundgesetzes zum Ausdruck bringen.

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „G“ der Staatlichen Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Karlsruhe, die Jahreszahl 2024 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ aufgeprägt.

Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „IM BEWUSSTSEIN SEINER VERANTWORTUNG“.

PAZ

Die Auflage beträgt rund 2,9 Millionen: 85-Cent-Sonderpostwertzeichen „75 Jahre Grundgesetz“

Foto: Bundesministerium der Finanzen



Die Gesamtauflage beträgt rund 720.000: 20-Euro-Sammlermünze „75 Jahre Grundgesetz“

Foto: BVA

## JUGENDHERBERGEN

# Unterkünfte für die „wandernde Schule“

Vor 150 Jahren wurde Richard Schirrmann geboren – Der Ostpreuße begründete das Deutsche Jugendherbergswerk

VON MANUEL RUOFF

**G**runenfeld [Gronówko] war ein großes Gut mit ein paar Höfen bei Braunsberg. Dort kam Richard Schirrmann vor 150 Jahren, am 15. Mai 1874, zur Welt. Bis zum 15. Lebensjahr besuchte er dort die von seinem Vater geleitete Dorfschule.

Grunenfeld gehörte zum Kirchspiel Eisenberg. Eisenbergs zweiklassige Schule wurde von Schirrmanns Großvater geführt, und der unterrichtete anschließend seinen Enkel.

Und Letzterem fiel auch nichts Originelleres ein, als Lehrer zu werden. 1895 legte er die erste Lehrprüfung ab und trat noch im selben Jahr seine erste Stelle an der Grundschule in Königshöhe, Kreis Lötzen an. Neben seinem Lehrerberuf war Schirrmann ein begeisterter Wanderer. Er versuchte, Beruf und Hobby zu verbinden. Es entstand die Idee der „wandernden Schule“. Bestärkt wurde er in seinem Vorhaben dadurch, dass er mit seinen Fähigkeiten zur verbalen Kommunikation in seiner ersten Stelle an Grenzen stieß. Von 60 Schülern sprachen nur vier Deutsch.

Nach seiner Versetzung vom Lande in den Ruhrpott nach Gelsenkirchen kam ein weiterer Aspekt und ein zusätzliches Argument hinzu: die Gesundheit. Mit Klassenausflügen in die Natur glaubte er dem „Kinderelend im Industriegebiet“ entgegenwirken zu können.

Ab 1900 war Schirrmann im Verband Deutscher Touristenvereine maßgeblich an der Schaffung eines Unterkunftsnetzes für Wanderer und Jugendgruppen beteiligt. Sein Ideal war ein Netz, das so dicht war, dass man sich bei mehrtägigen Wanderungen von Unterkunft zu Unterkunft hangeln konnte.

Schirrmanns Idee der „wandernden Schule“ stieß bei seinen Vorgesetzten auf geringe Begeisterung. Sie unterstellten ihm, dass unter dem Wandern das Unter-

richten der Kinder leiden würde. 1903 wurde er in die Kleinstadt Altena im Sauerland strafversetzt.

In Altena richtete Schirrmann 1907 die erste noch provisorische Jugendherberge ein, in der Netterschule, der späteren Richard-Schirrmann-Realschule, an der er seit 1905 unterrichtete.

1910 machte er seine Gedanken in der großen deutschen Tageszeitung „Kölnische Zeitung“ publik. Das Echo war positiv, die Unterstützung vielfältig. Insbesondere in dem Fabrikanten Wilhelm Mülker fand Schirrmann einen potenten wie engagierten Förderer und Mitstreiter.

## Erster Herbergsvater in Altena

Als Schirrmann erfuhr, dass die Burg Altena wiederaufgebaut werden sollte, erreichte er, dass 1912 die Jugendherberge aus den provisorischen Räumlichkeiten in der Netterschule in die Burg umziehen konnte. Schirrmann wurde der erste Herbergsvater einschließlich Dienstwohnung in dieser ersten eigenständigen Jugendherberge der Welt. Die Einrichtung erregte Aufmerksamkeit über die Landesgrenzen hinaus. Noch im selben Jahr besuchten Pressevertreter und andere Gäste nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem benachbarten Ausland bis hin nach England die Jugendherberge Burg Altena.

Weitere Jugendherbergen folgten. 1913 gab es bereits 83 Jugendherbergen mit 21.337 Übernachtungen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war die Zahl der Herbergen auf 372 angewachsen.

Nach dem Krieg, im Jahr 1919, wurde auf der Burg Altena der Zentrale Hauptausschuss für Jugendherbergen gegründet, aus dem faktisch das Deutsche Jugendherbergswerk – Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen (DJH) hervorging. Schirrmann übernahm den Vorsitz. 1922 ließ sich der Lehrer vom Schuldienst beurlauben, um sich nun ganz seinem Werk und dem Werben dafür zu widmen.

Dabei war Schirrmann Erfolg beschieden. Im letzten vollständigen Jahr der Weimarer Republik gab es in Deutschland 2124 Jugendherbergen mit über vier Millionen Übernachtungen. Dieses Jahr 1932 brachte einen großen internationalen Erfolg. Unter maßgeblicher Beteiligung Schirrmanns wurde in Amsterdam die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Jugendherbergen (IAJH) – ab 1946 Internationaler Jugendherbergverband (IYHF), seit 2006 Hosting Internatio-

nal (HI) – gegründet. Ein Jahr nach der Gründungsversammlung wurde Schirrmann auf der zweiten internationalen Jugendherbergskonferenz zum ersten Präsidenten dieses internationalen Dachverbandes der Jugendherbergen gewählt.

## Internationales Engagement

Das Jahr 1933 war auch das der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland. Obwohl Schirrmann – aus Überzeugung oder um sein

Werk zu retten – zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern bereit war, wurde er von diesen erst auf nationaler und dann auch auf internationaler Ebene entmachtet. 1934 wurde das Deutsche Jugendherbergswerk in die Hitlerjugend (HJ) integriert und Schirrmann an dessen Spitze durch einen Freund und Parteifreund des Reichsjugendführers Baldur von Schirach ersetzt, erhielt aber wenigstens einen Ehrentitel.

1936 kam es zu einer weiteren Zäsur. Wegen „schwerer Disziplinlosigkeit und HJ-schädigenden Verhaltens“ wurde er aus der HJ ausgeschlossen, der er seit 1933 angehörte, und in die „Warnkartei“ der NSDAP aufgenommen. Kurz darauf musste er auf Druck der Reichsjugendführung auch seinen Posten in der IAJH aufgeben. Mittlerweile Pensionär, zog sich Schirrmann aus der Mitarbeit beim Jugendherbergswerk ins Privatleben zurück und von Altena nach Grävenwiesbach um, wo er sich zur Aufbesserung seiner Pension als Obstbauer betätigte. Während der Kriegszeit wurde er in seinem neuen Wohnort dann noch einmal als Volksschullehrer reaktiviert.

Schirrmanns schlechte Behandlung durch die Nationalsozialisten, sein internationales Wirken und Renommee als Präsident der IAJH und der grenzüberschreitende Erfolg seiner Jugendherbergsidee führten dazu, dass er nach dem Krieg in der jungen Bundesrepublik und von dieser hofiert und gut behandelt wurde. Wenige Monate nach der Verkündung des Grundgesetzes wurde auf der Burg Altena das Deutsche Jugendherbergswerk neu gegründet und Schirrmann zu dessen Ehrenpräsidenten ernannt. An der offiziellen 50-Jahr-Feier des DJH auf der Burg Altena nahmen in der ersten Reihe Schirrmann und der damalige Bundespräsident teil. Wenige Jahre nach dieser Ehrung starb Richard Schirrmann am 14. Dezember 1961 in Grävenwiesbach.



Mit dem damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss auf der 50-Jahr-Feier des Deutschen Jugendherbergswerks auf der Burg Altena: Richard Schirrmann (l.) Foto: pa

## HUMANITÄRES VÖLKERRECHT

# Ein verzweifelter Versuch, die Kultur vor Kriegen zu schützen

Vor 70 Jahren signierten die Vertreter von 56 Staaten die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es Versuche, verbindliche Regeln für die Kriegsführung aufzustellen und in Form von völkerrechtlichen Verträgen festzuschreiben. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war die Verabschiedung der Haager Landkriegsordnung vor 125 Jahren, die in ihren Artikeln 27 und 56 auch Bestimmungen über den Schutz von Kulturgütern vor unnötiger Beschädigung oder Zerstörung enthielt.

Nach dem Ersten Weltkrieg gab der in die USA emigrierte russische Künstler und Archäologe Nicholas Roerich den Anstoß zu einer eigenständigen Konvention zum Zwecke der Bewahrung des kulturellen Erbes der Völker im Zuge kriegerischer Konflikte. Daraus resultierte der sogenannte Roerich-Pakt, der im April 1935 von 31 Staaten des amerikanischen Doppelkontinentes abgeschlossen wurde und unter anderem zur Einführung eines Schutzzeichens zur Markierung wertvoller Kulturgüter führte. Allerdings war sein Geltungsbereich regional beschränkt. Deshalb legte die niederländische Regierung Anfang 1939 den Entwurf für eine weltweit verbindliche Konvention vor. Dieser geriet dann aber durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Vergessenheit. Nach dem Krieg,

im Jahre 1948, schickten die Niederlande einen aktualisierten Vorschlag an die drei Jahre zuvor gegründete UNESCO. Und diesmal hatten sie Erfolg mit ihrer Initiative. Vor 70 Jahren, am 14. Mai 1954, signierten die Vertreter von 56 Staaten zum Abschluss einer internationalen Konferenz in Den Haag die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten.

In insgesamt 61 Artikeln wird eingangs geregelt, was alles unter den Begriff „Kulturgut“ fällt und präzise zwischen beweglichem und unbeweglichem Kulturgut unterschieden. Die Kennzeichnung des Letzteren soll mit einem wappenähnlichen blau-weißen Schild erfolgen. Des Weiteren schreibt die Konvention vor, dass feindselige Handlungen gegen Kulturgüter nur bei „zwingender militärischer Notwendigkeit“ zulässig seien. Ebenso verbietet sie Repräsentationen gegen Kulturgüter.

Bis heute wuchs die Zahl der Unterzeichnerstaaten auf über 130 an. 1967 und 1974 erklärten auch die Bundesrepublik und die DDR ihren Beitritt zu der Haager Konvention.

Im Laufe der Zeit gab es einige Erweiterungen beziehungsweise Modifikationen, die den Veränderungen in der Kriegsführung durch die Entwicklung neuer

Waffentechnologien sowie der zunehmenden Schärfe ethnisch-religiöser Auseinandersetzungen, bei denen es auch zu gezielten Angriffen auf das kulturelle Erbe der Gegenseite kam, Rechnung tragen sollten. Dabei war vor allem das zweite Zusatzprotokoll zur Haager Konvention vom März 1999 mit 47 neuen Artikeln von Bedeutung. Dieses besagt in Präzisierung der Regelungen von 1954, dass Kulturgut nur dann attackiert werden dürfe, wenn es aufgrund seiner Verwendung zu einem militärischen Ziel geworden sei.

Außerdem nennt das Protokoll konkrete Verstöße, die eine individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beteiligten begründen. Dazu zählen Angriffe auf besonders schützenswerte Kulturgüter, die Zerstörung von Kulturgut aller Art in großem Ausmaß sowie die systematische Plünderung oder böswillige Beschädigung von Kulturgut. Ebenso wurde aus gegebenem Anlass ein Passus eingefügt, der besagt, dass die Konvention auch im Falle von nicht-internationalen militärischen Konflikten wie Bürgerkriegen gelte. Darüber hinaus regeln die Artikel 11 und 27 des Zusatzprotokolls die Zuständigkeit des 1996 gegründeten Komitees Blue Shield International. Dieses solle zukünf-

tig in ebensolcher Weise auf die Einhaltung der Haager Konvention im Kriegsfall drängen, wie es die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung im Falle der Genfer Konventionen zum Schutz von Verwundeten, Gefangenen und Zivilpersonen bereits tue.

Ungeachtet all dieser Vorschriften wurde in den militärischen Konflikten seit 1954 vielfach gegen die Vereinbarungen zum Schutz von Kulturgut verstoßen. Typische Beispiele für kulturelle Barbarei im Krieg sind die Zerstörung der Alten Brücke von Mostar in Bosnien-Herzegowina durch kroatische Truppen im November 1993 und die Sprengung der monumentalen Buddha-Statuen im afghanischen Bamiyan-Tal durch die Taliban im März 2001. Großes Entsetzen erregten darüber hinaus die Plünderung des Irakischen Nationalmuseums in Bagdad während des Dritten Golfkrieges im April 2003, die Zerstörung etlicher zum UNESCO-Welterbe gehörender Bauten im malischen Timbuktu durch die Dschihadistenmiliz Ansar Dine im Mai 2012 sowie das Wüten des Islamischen Staates in der antiken Oasestadt Palmyra in Syrien im Mai 2015. Heute trifft es vor allem einzigartige archäologische Stätten in der Ukraine wie die

zahllosen bronze- und eisenzeitlichen Grabhügel in der Region Saporischschja.

Allerdings existieren mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) in Den Haag nun zwei Institutionen, die in der Lage sind, Verstöße gegen die Haager Konvention von 1954 und deren Zusatzprotokolle auf wirksame Weise zu sanktionieren. So verurteilte der IStGH im Mai 2013 mehrere politische und militärische Führer der Kroatischen Republik Hercegovina unter anderem auch aufgrund des Beschlusses der Brücke von Mostar zu Haftstrafen von bis zu 25 Jahren.

Ebenso schickte der IStGH den Ansar Dine-Anführer Ahmad Al Faqi Al Mahdi im September 2016 wegen der vorsätzlichen Zerstörung von neun Mausoleen und einer Moschee in Timbuktu für neun Jahre ins Gefängnis. Viele andere Täter, die sich in der Vergangenheit an Kulturgütern vergangen, sind jedoch weiterhin auf freiem Fuß. Und ob die Militärs, auf deren Konto die derzeitigen Verwüstungen von historischen Denkmälern in der Ukraine gehen, jemals von der nationalen oder internationalen Justiz belangt werden, steht in den Sternen. *Wolfgang Kaufmann*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Derzeit verfolgen sowohl die US-Raumfahrtbehörde NASA als auch das Privatunternehmen SpaceX Pläne für einen bemannten Flug zum Mars ab Mitte der 2030er Jahre; ebenso hat China den Roten Planeten im Visier. Mit den aktuell zur Verfügung stehenden Antrieben würde die Reise sechs bis neun Monate dauern – nicht mitgerechnet der Rückflug. Und solch ein langer Aufenthalt im All birgt erhebliche gesundheitliche Risiken.

Dazu zählen Zellschäden durch die kosmische Strahlung, Muskelschwund, Knochenerkrankungen und eine nachhaltige Schwächung des Immunsystems. Gleichermäßen gefordert wäre die Psyche. Beim 520 Tage dauernden Isolationsexperiment Mars-500 mit sechs Freiwilligen aus Russland, Frankreich, Italien und China kam es bei vier Teilnehmern zu Depressionen oder verstärkter Reizbarkeit. Deshalb steht zur Diskussion, die Marsreisenden während des Fluges in einen Dauerschlaf zu versetzen. Das würde im Übrigen auch Nahrung, Wasser und Energie sparen.

Aus der Science-Fiction kennt man den sogenannten Kryoschlaf, also das Einfrieren und Wiederauftauen der Astronauten. Dabei handelt es sich jedoch um ein unbrauchbares, weil letztlich zum Tode führendes Verfahren. Dahingegen ist der sogenannte Torpor, also der Zustand von Tieren während ihres Winterschlafs, eine deutlich realistischere Option.

#### Vorbild ist der Bär

Im Torpor wird der Stoffwechsel auf ein Mindestmaß reduziert – der Körper arbeitet quasi auf Sparflamme. Manchmal sinkt der Energieumsatz bis auf fünf Prozent des Normalwerts. Damit einher geht körperliche Inaktivität beziehungsweise Starre sowie ein Ruhen aller Verdauungsvorgänge. Außerdem fällt die Körpertemperatur deutlich. Bei Marmosetten, Streifenhörnchen und Siebenschläfern erreicht sie fast null Grad Celsius, was die absolute physiologische Untergrenze darstellt und für Menschen gleichfalls schon tödlich wäre. Im Gegensatz dazu könnten Bären im Winterschlaf ein geeignetes Vorbild für Astronauten sein, die den Marsflug im Ruhezustand absolvieren sollen.

Bären reduzieren ihre Körpertemperatur nur von 37 auf 32 Grad, was auch der Homo sapiens im Normalfall überlebt, wie Untersuchungen an Verschlüpferten zeigen, die länger unter Lawinen begraben lagen. Bei 32 Grad geht zwar die Herzfrequenz zurück, aber es kommt zu keinen Störungen der Rhythmik. Dennoch sinkt der Energieumsatz der Bären um drei Viertel, und sie müssen weder essen oder trinken noch Stoffwechselprodukte ausscheiden. Während der Zeit des Winterschlafs bauen die Tiere ihr Unterhautfettgewebe ab. Dies wäre dem Menschen



Die Idee fasziniert Wissenschaftler: In Dauerschlaf versetzte Astronauten im Sci-Fi-Film „Event Horizon – Am Rande des Universums“ von 1997

Foto: imago/Allstar

#### FORSCHUNG

## Im Tiefschlaf das Weltall erobern

In Science-Fiction-Filmen werden Astronauten für lange Raumfahrten einfach eingefroren. Da das in der Praxis zum Tode führt, experimentieren Wissenschaftler am „Winterschlaf“ für den Menschen

genauso möglich, weil er zu den wenigen Säugern gehört, die nicht im Wasser leben, aber dennoch Fettspeicher unter der Haut besitzen.

Wenn es gelänge, Astronauten in einen Torpor nach Art der Bären zu versetzen, hätte dies enorme Vorteile. Denn sie würden nicht nur Hunderte von ereignislosen Tagen im All verschlafen, sondern auch noch weniger strahlungsempfindlich sein, weil sich die Zellteilung verlangsamt und damit weniger schädliche Mutationen aufgrund des Bombardements kosmischer Teilchen auftreten. Außerdem könnten die Marsreisenden nach dem Erwachen ohne Probleme laufen, da es im Torpor zu keinem Muskelabbau kommt. Das sieht man an den Bären, die im Anschluss an ihren Winterschlaf sofort mobil und kampfbereit sind. Insofern bestehen hier keine Parallelen zum künstlichen Koma.

Allerdings müssen die Forscher herausfinden, was solch einen Torpor aus-

löst. Mit dieser Frage beschäftigen sich unter anderem die Mitglieder einer Expertengruppe der Europäischen Weltraumagentur (ESA), die bis 2023 von dem deutschen Zellbiologen und Neurowissenschaftler Jürgen Bereiter-Hahn geleitet wurde, sowie etliche Wissenschaftler des Luft- und Raumfahrtunternehmens SpaceWork Enterprises, welche für die NASA an einem Projekt namens Torpor Inducing Transfer Habitat For Human Stasis To Mars arbeiten.

#### Nutzen auch für die Medizin

Dabei steht mittlerweile fest, dass es möglich ist, den Torpor durch die Stimulation bestimmter Hirnareale künstlich zu erzeugen. So konnten die Forscher bereits Mäuse, die normalerweise keinen Winterschlaf halten, in einen solchen versetzen. Als praktikabel erwiesen sich dabei zwei Methoden, nämlich der Einsatz von genau fokussiertem Ultraschall und die Verabreichung von Medikamenten wie GABA-

Rezeptorantagonisten, also Proteinen, die an der Steuerung der Muskelspannung oder -entspannung mitwirken. Möglich sind außerdem verschiedene chemische Kombinationen mit dem Schlafhormon Melatonin.

Derartige Experimente wurden aus ethischen Gründen bislang nur an Kleintieren durchgeführt, und der nächste Schritt wäre dann zunächst der Einbezug von Schweinen, die dem Menschen physiologisch relativ ähnlich sind. Dann müsste auch untersucht werden, wie man den Restenergiebedarf der Astronauten im Torpor decken kann.

Die US-Amerikaner setzen hier auf künstliche Ernährung beziehungsweise einen Wechsel von Torpor- und Wachphasen im 14-Tage-Rhythmus, damit die Astronauten nicht langsam im Schlaf verhungern. Dahingegen wird bei der ESA das Bärenmodell favorisiert. Das läuft darauf hinaus, die Marsreisenden mit möglichst viel Unterhautfett loszuschicken.

In diesem Zusammenhang warf Bereiter-Hahn die Frage auf, ob Frauen nicht die besseren Kandidaten für die Eroberung des Roten Planeten wären, weil sie oftmals mehr Unterhautfettgewebe besitzen als Männer.

Um solchen und anderen Dingen nachzugehen, bedarf es erheblicher finanzieller Mittel. Laut Bereiter-Hahn würde eine angemessene Förderung dazu führen, dass man in etwa zehn Jahren über ausreichende Erkenntnisse über die bislang noch ungelösten Problemkomplexe verfügte.

In diesem Zusammenhang wies er auch auf den Nutzen der Torpor-Forschung für die irdische Medizin hin. Das Wissen über den „Winterschlaf“ beim Menschen sei dazu geeignet, die Intensiv- und Transplantationsmedizin sowie die Krebsbekämpfung in entscheidender Weise voranzubringen. Insofern wäre es grundfalsch, das Ganze als Geldverschwendung zu betrachten, von der nur die Raumfahrt profitiere.

#### GESUNDHEIT

## Wo man mit KI noch immer im Dunkeln tappt

Künstliche Intelligenz soll auch die Medizin revolutionieren – Doch bislang sind die Ergebnisse eher ernüchternd bis bizarr

Künstliche Intelligenz (KI) wird neuerdings als das Wundermittel schlechthin angepriesen, mit dem sich fast alle Probleme unserer Zeit lösen ließen. Das gilt auch für die Medizin. Immerhin fallen hier gigantische Datenmengen an, deren Verarbeitung zu den Schlüsselqualifikationen der KI gehört. Ein durchschnittlicher Patient generiert in seinem Leben Gesundheitsdaten im Umfang von rund einer Million Gigabyte, was dem Inhalt von 300 Millionen Büchern entspricht.

Allerdings hat die KI auf dem Gebiet der Medizin schon etliche spektakuläre Fehlleistungen vollbracht. So entwickelten Forscher des Internetriesen Google

ein Vorhersagesystem für Grippe-Epidemien namens Flu Trend. Das gab jedoch mehrmals hintereinander stark fehlerhafte Vorwarnungen ab. Der Grund lag in den Algorithmen von Google. Bestimmte Begriffe, welche die Nutzer in die Suchmaschine eingaben, sollte die KI als Hinweise für das Heraufziehen einer Grippewelle werten. Im Falle von „Fieber“ oder „Husten“ war dies natürlich sinnvoll.

Jedoch basierten die Prognosen von Flu Trend auch auf der gehäuften Suche unter dem Stichwort „Basketballspiel“. Und das war ein Fehlschluss der KI, der daraus resultierte, dass der Höhepunkt der Basketballsaison im Herbst zufälliger-

weise mit dem Beginn einiger Grippeausbrüche zusammenfiel.

Ebenso versagte die KI in der Vergangenheit auf dem Gebiet der Erkennung von Hautkrebs. Im Zuge des Trainings der Künstlichen Intelligenz hatte man Bilder von echtem Hautkrebs verwendet, bei denen ein mitfotografiertes Lineal die Größe des Tumors verdeutlichte. Daher produzierte die KI später massenhaft falsche Hautkrebsbefunde, weil sie Fotos, auf denen neben der verdächtigen Hautstelle Lineale zu sehen waren, in der Regel negativ interpretierte.

Ein weiteres Beispiel ist der Medizincomputer Watson der Firma IBM, der

ebenfalls automatisierte Krebsdiagnosen erstellen sollte. Er lieferte jedoch nur Ergebnisse, die dem Wissensstand eines Medizinstudenten im ersten Semester entsprachen, weswegen IBM Watson 2022 aus dem Verkehr zog. Als ähnlich unbrauchbar erweisen sich viele Gesundheitsapps auf KI-Basis zur Hilfe bei Schlaf- und Angststörungen sowie übermäßigem Stress. Im Vergleich zu menschlichen Therapeuten liegen die Abbruchquoten hier exorbitant höher.

Und auch die erhoffte Kostenersparnis bleibt oft aus. So stiegen die Gesundheitsausgaben in Großbritannien nach der Einführung des digitalen Programms

Connecting for Health um umgerechnet 800 Milliarden US-Dollar, weil die KI ständig Fehlalarme produzierte und den Ärzten zahllose überflüssige Tests verschlug.

Das Hauptübel beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Medizin ist die Erkennung von Mustern, welche zwar enorm schnell erfolgt, aber den Gesamtzusammenhang unberücksichtigt lässt, den ein menschlicher Arzt in seine Entscheidungen stets mit einbezieht. Außerdem ist selbst im Erfolgsfall meist nicht klar, auf welchem Wege die KI zu ihren Ergebnissen gelangte. Und das schürt logischerweise Misstrauen. W.K.

**KÖNIGSBERG**

## 300 Jahre Immanuel Kant

Ausstellungen, Rundwege und philosophische Diskussionen – Wie Russen den Geburtstag des deutschen Philosophen feiern

IM GESPRÄCH MIT  
NATALIA ROMANOVA

In Königsberg und im gesamten Königsberger Gebiet finden Veranstaltungen anlässlich des 300. Geburtstags des deutschen Philosophen Immanuel Kant statt. Angesichts der bestehenden Spannungen in Folge des Ukrainekriegs und der zahlreichen Sanktionen des Westens sowie Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes ist es derzeit kaum möglich, nach Russland zu reisen. Einer deutschen Gruppe ist es dennoch gelungen, an einem Teil der Feierlichkeiten teilzunehmen. Die Hamburger Reiseleiterin Natalia Romanova hatte eine Busfahrt ins Königsberger Gebiet organisiert.

**Frau Romanova, anlässlich des 300. Geburtstags Immanuel Kants haben Sie eine Gruppenreise ins nördliche Ostpreußen durchgeführt. Gab es angesichts der angespannten deutsch-russischen Beziehungen Schwierigkeiten?** Nein, definitiv nicht. Unsere Schwierigkeiten bestanden eher darin, dass wir auf kurzfristige organisatorische Änderungen reagieren mussten. Ein, zwei Mal musste ich das Programm zeitlich und örtlich anpassen, weil etwa Straßen oder Orte in und um Königsberg herum gesperrt waren oder wurden. So war zum Beispiel der Kneiphof am 22. April, Kants Geburtstag, kurzfristig ab 15 Uhr abgesperrt worden. Das hat natürlich unsere ursprüngliche Planung für diesen Tag über den Haufen geworfen. Aber ich könnte keine dieser Schwierigkeiten auf die angespannten russisch-deutschen Beziehungen zurückführen. Der Grenzübergang war zum Beispiel unproblematisch, und wir wurden überall sehr freundlich empfangen.

**Wie feiert die Stadt das Jubiläum? Es gab Meldungen, dass die angekündigte internationale Kant-Veranstaltung wegen Sicherheitsbedenken abgesagt worden sei. Hat der Vorfall in Pillau (Angriff auf die russische Korvette „Serpuchow“ im Pillauer Hafen, siehe PAZ Nr. 16 vom 19. April) etwas damit zu tun?**



Vorstellung der Freunde Kants und Königsbergs e.V.: Die Übersetzerin Swetlana Kolbanjowa stellt ihre Präsentation der vielen Veranstaltungen im Königsberger Gebiet vor

Die Stadt feiert das Jubiläum in vielfältiger Weise. Sie ist aber nur ein Akteur unter vielen. Andere sind die Gebietsverwaltung, die Universität und nicht zuletzt die Föderation. Sie arbeiten zusammen, um das ganze Jahr 2024 hindurch Veranstaltungen zum 300. Geburtstag des Philosophen zu ermöglichen. Die Internationale Kant-Konferenz wurde angeblich aus Sicherheitsgründen kurzfristig abgesagt, nicht aber der gleichzeitig stattfindende internationale Kant-Weltkongress mit Kant-Forschern und Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, zum Beispiel aus Indien, China oder Deutschland. Die Gründe hierfür kenne ich nicht.

**Gab es dennoch Feierlichkeiten? Welche haben Sie besucht?** Ja, es gab Feierlichkeiten (siehe Beitrag unten). Wir hatten aber unser eigenes Programm. Wir haben zum Beispiel am 21. April das neue Kant-Museum in Judtschen bei Gumbinnen besucht, wo Kant die Söhne des örtlichen Pfarrers als Hauslehrer

unterrichtet hat. Dort ist neben dem zauberhaften Museum zusätzlich eine Begegnungsstätte mit allem Drum und Dran für junge Kant-Forscher und junge Wissenschaftler aus der ganzen Welt entstanden. Am 22. April haben wir Blumen am Kant-Denkmal am ehemaligen Paradeplatz sowie am Kant-Grab am Dom niederlegt. Am 24. April haben wir das erst drei Tage zuvor eröffnete Kant-Museum im Königsberger Dom besucht. Das war sehr beeindruckend. Dort gibt es zum Beispiel ein Drei-D-Modell des Bohnenmahls oder die Original-Bibliotheksausstattung der Wallenrodt'schen Bibliothek. Außerdem hatten wir Vorträge von Kaliningrader und Moskauer Professoren zu Aspekten Kants, zum Beispiel zum Thema „Kant und die Gegenwart“ oder einen Vortrag „Zwei Wege zu Gott – Kant und Dostojewskij“.

**Von deutscher Seite wurde kritisiert, dass Präsident Wladimir Putin Kant als russischen Philosophen vereinnahmen wolle. Woran zeigt sich das?**

Ich glaube nicht, dass Präsident Putin Kant tatsächlich als russischen Philosophen ansieht. Er weiß, dass Kant Deutscher war, der übrigens von 1758 bis 1762 im russisch besetzten Königsberg lebte. Alle wissen das und niemand möchte Kant aus seiner historischen Einbindung in Preußen herausreißen.

**Wie setzt sich die Stadt Kaliningrad inhaltlich mit dem deutschen Philosophen und seinem Erbe auseinander?** Ich finde, ausgesprochen positiv und bejahend. Die Stadtverwaltung hat zum Beispiel einen Kant-Spazierweg eingerichtet, der an Kants täglichen Gang von seinem Wohnhaus in die Universität erinnert. Oder es ist, wie bereits erwähnt, ein neues Kant-Museum im Dom errichtet worden. Überhaupt ist Kant im Gebiet in diesem Jahr ein noch größeres Thema als sonst. Jede kulturelle Einrichtung, sei es die ehemalige Stadthalle, heute Museum für Kunst und Geschichte, sei es die ehemalige Börse, heute Museum für Bildende

Künste, oder seien es das Ozean-Museum oder das Königstor, bieten Ausstellungen zum Jubiläum an. Überall in der Stadt wehen „Kant 300“-Fahnen. Die private Wirtschaft, von den Chocolatiers bis zu den Souvenirhändlern, sind auch alle auf diesen Zug aufgesprungen.

**Welche Pläne gibt es für weitere Veranstaltungen zum Kant-Jahr?** Das ganze Jahr 2024 über finden im Gebiet noch Veranstaltungen zu Kant statt. Auch auf unserer Seite gibt es noch Vorhaben. So möchte ich im September noch eine Reise zu diesem Jahrhundertereignis durchführen. Sie soll ungefähr den gleichen Inhalt wie die soeben abgeschlossene Reise haben. Dafür habe ich bereits Anmeldungen. Ich freue mich schon sehr darauf.

Das Gespräch führte  
Manuela Rosenthal-Kappi

• Weiterführende Informationen unter <http://www.romanova-reisen.de>

**300. JAHRESTAG**

## Kant als „russische Trophäe“

Gebietsgouverneur Anton Alichanow erinnerte an die Stadt und den Philosophen während des Siebenjährigen Kriegs

Anlässlich des Jubiläums des berühmtesten Königsberger Bürgers am 22. April war die Stadt mit violetten Fahnen mit dem Bild des Philosophen und der Aufschrift „Kant 300“ geschmückt. An der Kant-Universität diskutierten Philosophen aus Russland und dem Ausland über „Immanuel Kants Erbe für die modernen internationalen Beziehungen“ und den „kantischen kategorischen Imperativ“.

Die Stadt eröffnete „Kants philosophischen Weg“ als Touristenroute, die von der Skulptur „Kants Bank“ am Peterder-Große-Ufer bis zum Friedrichsburger Tor führt. Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, und der stellvertretende Minister für Hochschulbildung, Konstantin Mogiljowskij, legten am 22. April um 17.24 Uhr Blumen an Kants Grab neben dem Dom

nieder – angeblich genau zu der Zeit, zu der Kant 1724 geboren wurde.

Auf dem Kneiphof, Kant-Insel genannt, überstieg die Zahl der Bilder des Philosophen pro Quadratmeter während des Jahrestages die zulässigen Grenzen. Dort gab es einen Jahrmarkt und einen großen Gastronomiebereich mit dem Namen „Mittagessen zu Kant“. Auf einem Kiosk, der Schmuck verkaufte, stand die Aufschrift: „Glück ist der Zustand eines vernünftigen Wesens in der Welt, wenn alles in seinem Dasein nach seinem Willen und Wunsch geschieht.“ Neben wurde Kantwein statt Glühwein ausgeschenkt und „Kants Lieblingskäse vom Grill“ verkauft – der sich als Halloumi-Grillkäse herausstellte.

Im Dom wurde anlässlich des Jubiläums des Philosophen ein renoviertes Kant-Museum eröffnet. In der Mitte eines

der Säle befindet sich ein Tisch für acht Personen. Teilnehmer des Dinners sind Bewohner des 18. Jahrhunderts, die zu Kants Abendessen eingeladen wurden, und sie sind alle interaktiv. Das Projekt „Dinner at Kant's“ wird wie folgt beschrieben: „Kants enge Freunde haben sich in Kants Haus in der Prinzessinnenstraße versammelt. Ein herzhaftes Mittagessen und entspannte Gespräche erwarten sie.“ Es stellt sich heraus, dass der unverheiratete Kant nicht gerne allein aß. In seinen „bescheidenen Zeiten“ pflegte er in einem Gasthaus zu speisen, wo es Gesprächspartner gab, und später, als er ein eigenes Haus kaufte, begann er, Gäste in sein Haus einzuladen.

Im benachbarten Saal werden für diejenigen, die des interaktiven Mittagessens überdrüssig sind, Sitzsäcke aufgestellt und ein Sternenhimmel an die Decke pro-

jiziert. Dabei liest eine Stimme aus den Lautsprechern Auszüge aus der „Kritik der reinen Vernunft“, darunter das berühmte Zitat des Philosophen: „Zwei Dinge erfüllen die Seele mit immer neuer und mächtigerer Überraschung und Ehrfurcht, je öfter und länger wir über sie nachdenken – der Sternenhimmel über mir und das Sittengesetz in mir.“ Die Interaktivität setzt sich auf dem Weg aus dem Dom fort, wo man Selfies mit Kant machen kann.

**Bescheidener als ursprünglich geplant**

Die Feierlichkeiten in der Stadt fielen bescheidener aus als vor einigen Jahren geplant. Wladimir Putin unterzeichnete im Mai 2021 einen Erlass, um den 300. Jahrestag von Kants Geburt gebührend zu feiern. „Diese Veranstaltungen werden viele

Menschen einbeziehen, die sich für Kants Erbe, die Geschichte der Wissenschaft und die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Welt interessieren“, sagte der Philosoph Alexander Fjodorow, Rektor der Baltischen Föderalen Universität, im Jahr 2021.

Während der Plenardiskussion beim „Internationalen Kant-Kongress“, mit der die Jubiläumsfeierlichkeiten am 22. April eröffnet wurden, bei der noch einmal die Tatsache betont wurde, dass Kant seinerzeit während der russischen Besetzung der Stadt auch der russischen Obrigkeit einen Eid geleistet hatte, sagte Alichanow: „Für uns ist Kant unsere russische Trophäe, so wie alles, was man im Königsberger Gebiet sieht. Jeder Besitzer sollte das, was er erbt hat, in Ordnung bringen.“ Das Zitat des Gouverneurs wurde zum Gesprächsthema in allen föderalen Medien. *B. Bost*

## Wir gratulieren...



Woggon, Ruth, geb. Palluck, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Rogge, Else, geb. Kannenberg, aus Billstein, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Tuma, Elli, geb. Rücklies, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai

Wotzke, Elisabeth, geb. Orginowski, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. Kolletzki, aus Pertelnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai

Benter, Margot, geb. Hoff, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Blum, Christa, geb. Wieczorrek, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai

Buttler, Gerda, geb. Demski, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 15. Mai

Christiansen, Doris, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 16. Mai

Füske, Elly, geb. Dohmann, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai

Ingmann, Lisbeth, geb. Grigo, aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai

Kempka, Gerda, geb. Nernheim, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Rentzsch, Hildegard, geb. Henseleit, aus Ebenrode, am 14. Mai

Wienefeld, Christel, geb. Kullik, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

Ziener, Dr. Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Brockmann, Edith, geb. Merchel, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai

Edler, Heinz, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 15. Mai

Herrmann, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai

Meinecke, Irma, geb. Dickmann, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai

Schrenke, Eva, geb. Gelhaar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai

Spannaus, Else, geb. Koschorrek, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 14. Mai

Ziemann, Hanni, geb. Roßmannek, aus Hügelswalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Dinges, Herta, geb. Gindler, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai

Gräfflich, Inge, geb. Meyer, aus Erhlen, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Auf'm Kamp, Erika, geb. Daniel, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Mai

Lokowandt, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Mai

Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Schröder, Ruth, geb. Richter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 15. Mai

Steinert, Horst, aus Schodehnen, Kreis Mohrunen, am 15. Mai

Wachtel, Gundola, aus Ebenrode, am 14. Mai

Tarrach, Kurt, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

Wasserberg, Helga, geb. Zeier, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Bernhard, Lydia, geb. Rattay, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai

Braam, Christel, geb. Gorska, aus Alt Petersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai

Braunsberg, Otto, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 15. Mai

Drewes, Ruth, geb. Lask, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. Mai

Klatt, Ingrid, geb. Seidler, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Koriath, Gerhard, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai

Paul, Anneliese, geb. Lindenau, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Radzuweit, Günther, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. Mai

Robl, Eva, geb. Kallweit, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Sczech, Inge, geb. Vockel, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 10. Mai

Seidensticker, Helmut, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 13. Mai

Simmat, Helmut, aus Ortelsburg, am 14. Mai

Stelling, Rainer, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 6. Mai

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Budischewski, Hans, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. Mai

Chucholowski, Richard, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 10. Mai

Fork, Eva, geb. Kröhnert, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 10. Mai

Frank, Gisela, geb. Killeit, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Gemmer, Ursula, geb. Siemund, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Grams, Lieselotte, geb. Krüger, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 13. Mai

Halsler, Ursula, geb. Neumann, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Mai

## Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

1. Juni: Ostpreußentreffen in Wolfsburg

22. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Heilsberg

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)

2. November: Mitglieder-

sammlung der LO-Bruderschaft e.V. in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4,

22087 Hamburg,

Telefon (040) 41400826,

E-Mail: info@ostpreussen.de



## ZUM 101. GEBURTSTAG

Deimann, Hanna, geb. Wiede, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Behnert, Margot, geb. Scheffler, aus Neidenburg, am 15. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai

Kovscek, Jutta, geb. Janz, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Burdina, Grete, geb. Grzanna, aus Wolhelmsthal, Kreis Ortelsburg und aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai

Christner, Edith, geb. Knoch, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai

Jösten, Brigitte, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai

Jordan, Gisela, geb. Menck, aus Wehlau, am 3. Mai

Michaelis, Ursula, geb. Berger, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Mai

Rosinski, Christel, geb. Meyer, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Fröhlich, Bruno, aus Ortelsburg, am 12. Mai

Klönner, Ingeborg, geb. Nitsch, aus Wehlau, am 4. Mai

Pantel, Anneliese, geb. Mahnke, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 14. Mai

Pasternak, Erika, geb. Weisflog, aus Wehlau, am 10. Mai

Pettenpaul, Karl-Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai

Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Walter, Irmgard, geb. Barkenings, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Steiner, Hanni, geb. Loeper, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Ostpreußentreffen

## der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg  
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg  
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Karten auch an der Tageskasse

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Daumann, Heinz, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 16. Mai

Deiwick, Erich, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 16. Mai

Fenschkowski, Ilse, geb. Meyrat, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 10. Mai

Hein, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Hochhäusl, Hannelore, geb. Kalweit, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Mai

Kallwitz, Helmut, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Mai

Preuss, Günther, aus Koltene, Kreis Mohrunen, am 12. Mai

Ring, Margaretha, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Mai

Rosenkranz, Doris, geb. Welz, aus Fischhausen, am 10. Mai

Seggern, Anneliese von, geb. Szepannek, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai

Sokollek, Günter, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. Mai

Wunsch, Werner, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 11. Mai

Zöllmer, Johann, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 5. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Aderholz, Sabine, geb. Bersick, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Breithaupt, Elfriede, geb. Fröhlich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Mai

Domke, Erika, geb. Kaulitzki, aus Liebenfelde, Kreis Labiau, am 14. Mai

Froese, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. Mai

Hahn, Werner, aus Lyck, am 13. Mai

Hiller, Heidemarie, geb. Dost, aus Lyck, am 10. Mai

Jüchems, Ursula, geb. Szameitat, aus Rewellen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Kadoch, Elfriede, geb. Horn, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Kloskowski, Gertrud, geb. Reuß, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Mai

Konrad, Erwin, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Mai

Kretschmar, Klaus, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Kuczewski, Armin, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 15. Mai

Müller, Renate, geb. Karrasch, aus Wehlau, am 6. Mai

Perrey, Herbert, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, am 10. Mai

Sachs, Elisabeth, geb. Hartwich, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 16. Mai

Schiller, Lore, geb. Fidorra, aus Neu-Werder, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai

Schmiedt, Hildegard, geb. Skischally, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai

Stichnote, Ingrid, geb. Czayko, aus Ortelsburg, am 16. Mai

Störp, Herbert, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Wehner, Sigrid, geb. Schmidt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. Mai

Welisch, Edeltraut, geb. Neumann, aus Wilmsdorf, Kreis Wehlau, am 15. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergmann, Irene, geb. Hasenbalg, aus Imten, Kreis Wehlau, am 8. Mai

Felgendreher, Klaus-Dieter, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 11. Mai

Friedrich, Renate, geb. Olschewski, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 14. Mai

Klein, Ingrid, geb. Sander, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai

Meffert-Deyda, Erika, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 14. Mai

Rehling, Dagmar, geb. Ernst, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai

Riek, Wolfgang, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 4. Mai

Röske, Gerhard, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Mai

Sziede, Ute, geb. Sprung, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 15. Mai

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Burdenksi, Friedrich, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai

Stadie, Reinhard, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 10. Mai

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Ansbach** - Am Samstag, 25. Mai besichtigen unsere Mitglieder der Landsmannschaft die Jägerndorfer - Heimatstuben im Markgrafen-Museum. Treffpunkt ist um 14. Uhr vor dem Museum am Kaspar-Hauser-Platz 1.

Die Patenschaft der Stadt Ansbach für die vertriebenen Deutschen aus dem schlesischen Jägerndorf besteht seit 1954. Die enge historische Verbundenheit der beiden Städte findet ihren Grund durch den Besitz der Markgrafen von Ansbach-Brandenburg, die auch Herzöge von Jägerndorf von 1523 bis 1622 waren.

Herr Lorenz-Justin Loserth vom „Freundeskreis der Jägerndorfer“ wird uns durch die Heimatstuben führen.

Anschließend werden wir uns in der Orangerie treffen.

**PAZ-Abo**  
vertrieb@paz.de

## Braucht es mehr Kant in der heutigen Zeit?

**Hof** - Mit dieser Fragestellung eröffnete Vorsitzender Christian Joachim seinen Vortrag zum 300. Jahrestag des Geburtstags des Königsberger Weltweisen Immanuel Kant.

Der Philosoph war ein „Kind seiner Zeit“. Seine Philosophie war damals bahnbrechend, ist aber zeitlos. Der Denker stellte die Vernunft in den Mittelpunkt des menschlichen Seins und revolutionierte so die Ethik seiner Zeit. Kant akzeptierte, dass es das Böse gibt, forderte jedoch vom vernunftbegabten Menschen: „Was du nicht willst, dass man dir tu...“ Kernpunkte seines Werkes sind unter anderem

- Der Mensch entscheidet über die Regeln der Dinge und handelt nach seinem Willen.

- Dieser Wille ist nur dann frei, wenn er von der Vernunft gelenkt wird.

- Pflicht ist es, nach denjenigen Maximen zu handeln, die ein allgemein gültiges Gesetz sein könnten.

- Dazu gehören geistige Freiheit und der Mut, sich des eigenen Verstands zu bedienen.

Zu Kants bekannten Arbeiten gehört auch das Werk „Zum ewigen

Frieden“. Der philosophische Entwurf aus dem Jahr 1795 bildet die Grundlage für die moderne Bedeutung des Begriffs Frieden und wird den liberalen Theorien zugeordnet. Auch die Charta der Vereinten Nationen wurde wesentlich von dieser Schrift beeinflusst.

Kant erklärt die Gewährung des Friedens zu einer Sache der Politik. Frieden kann seiner Meinung nach nur in einer republikanischen Rechtsordnung herrschen. Frieden ohne Lösung der bestehenden Konflikte ist nur ein Waffenstillstand und nicht dauerhaft.

Christian Joachim führte aus, dass auch im heutigen Kaliningrad Immanuel Kant sehr geschätzt und verehrt wird. Sein Grabmal am Dom zu Königsberg ist immer mit frischen Blumen geschmückt. Auch finden Vorträge und Veranstaltungen mit renommierten Referenten zu seinem Jubiläum statt. Am Ende seines Vortrages zog Christian Joachim folgendes Fazit: Auch nach 300 Jahren hat Kant nichts an Aktualität verloren. Der Applaus belohnte ihn für seine Mühe.

Die nächste Veranstaltung findet am 11. Mai um 15 Uhr statt. Die Volkstanzgruppe wird die Muttertagsveranstaltung mitgestalten.

**Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Nürnberg** - 28. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser, Ende der U1, gegenüber.

Stettin, die drei Kaiserbäder und weitere Schönheiten Usedom, mit Dank und Gruß Joachim Korth



## Bremen

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

**Landesgruppe** - Wir bitten alle, die mit dem eigenen Pkw zum Treffen in Wolfsburg am 1. Juni fahren und eine Mitfahrgelegenheit anbieten können, um eine Mitteilung an meine Handy-Nr. 01522 4025314.

Das gleiche gilt für Interessenten, die mitgenommen werden möchten. Ich würde gerne Mitfahrgelegenheiten vermitteln.

Heinrich Lohmann



## Hessen

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

**70 Jahre Insterburgergruppe Darmstadt/Dieburg** - Sonnabend, 11. Mai, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, Darmstadt-Wixhausen: Die Insterburger Heimatgruppe Darmstadt feiert ihr 70-jähriges Bestehen. Wir laden alle Mitglieder der Insterburger Heimatgruppe Darmstadt sowie der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg ein, mit uns zu feiern. Freunde und Bekannte sind ebenfalls herzlich

eingeladen. Es würde uns freuen, wenn wir zahlreiche Gäste begrüßen könnten.

Christian Keller

## Mathilde Stein

**Wetzlar** - Dienstag, 14. Mai, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Gerd-Helmut Schäfer informiert über die „Schwarzmeerdeutsche Mathilde Stein“, die von Odessa über das Wartheland und Sibirien nach Hamburg kam.

## Gemeinsames Mittagessen

**Wiesbaden** - Donnerstag, 16. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 10. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder bei Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



## Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Landesgruppe** - Aus Nordrhein-Westfalen ist eine Busreise zum Ostpreußentreffen in Wolfsburg vom 31. Mai bis 2. Juni geplant. Die Anreise soll ab Wuppertal mit Zustiegen entlang der A2 über Gütersloh, Bielefeld, erfolgen.

Je nach Verkehrslage ist ein Zwischenstopp in Bad Nenndorf mit Besuch des Agnes-Miegel-Hauses möglich. Weiter fährt der Bus zum Hotel im Raum Wolfsburg. Am 1. Juni geht es nach dem Frühstück zum Congress Park mit

Teilnahme am Ostpreußentreffen. Nach 17 Uhr ist eine Fahrt nach Lüneburg geplant. Am 2. Juni steht die Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseum mit der Sonderausstellung Kant auf dem Plan. Gegen 16 Uhr soll die Heimreise stattfinden.

Auskunft: Margitta. Romagno@gmx.de und Gerhard Scheer info@scheer-reisen.de



## Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

**Dresden** - Mittwoch, 15. Mai, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Der Ostpreußische Muttertag



## Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

## Monatstreff der Landsmannschaft

**Burg auf Fehmarn** - Dienstag, 14. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Karin Kleingarn aus Bisdorf hält in Burg bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ einen interessanten Vortrag über einen Streifzug durch die Fehmarnsche Geschichte. Gäste sind herzlich willkommen!

**Die PAZ**  
zum Probelesen  
Vier Wochen gratis  
Telefon (040) 41400842

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro**  
**Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Heimatkreisgemeinschaften



Der Vortrag von Annelies und Gerhard Trucewitz vom Patenschaftsmuseum der Kreisgemeinschaft Goldap zum Thema „Sommerreise durch Ostpreußen und die deutsche Geschichte“ fand großes Interesse beim Stammtisch der Senioren Union Buxtehude und Umgebung. Vor den Türen des Café Port begrüßten sich Gerhard Trucewitz, der CDU-Kandidat für die Bundestagswahl 2025 Alexander Krause, Brigitte Jürges vom Vorstand der Senioren Union, Annelies Trucewitz und der Vorsitzende der Senioren Union Wolfgang Kaulfuß (v.l.). Foto: A. Krause

### Angerapp

**Kreisvertreter:** Helmut Funder, Birkenweg 48, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 32410, www.angerapp.com

### Jahrestreffen

Das diesjährige Jahrestreffen der Angerapper findet wieder in Handeloh/Nordheide statt, und zwar am 22. Juni im Hotel Fuchs, Hauptstrasse 35. Beginn ist 10 Uhr.

Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte (im Heimatbrief vorhanden) oder telefonisch bei der stellvertretenden Kreisvertreterin E. Mai, damit die Teilnehmerzahl für das Mittagessen kalkuliert werden kann.

Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter der Telefon: 04188/414 mit dem Hinweis „Ostpreußen“ erfolgen.

Zu dem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, Enkelkinder und auch Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Funder  
Kreisvertreter

### Ebenrode

**Kreisvertreter:** Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

### Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) e.

V. lädt die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 15. Juni, um 14 Uhr, im Luhetreff, Deichstraße 30, 21423 Winsen/Luhe herzlich ein. Der Luhetreff ist vom Bahnhof nur wenig weiter als der Schloßplatz und zu Fuß zu erreichen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit
2. Protokoll
3. Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden
4. Bericht des Vorstands
5. Kassenbericht
6. Antrag auf Entlastung des Vorstands
7. Verschiedenes

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Prof. Dr. Heberer, Dr. Gerhard Kuebart, Maria Leonowski

Wichtige Mitteilung: Aus organisatorischen Gründen findet das Ostpreußentreffen vormittags nicht, wie im Heimatbrief ange-

kündigt, im Marstall, sondern in der ca. 100 m entfernten Brasserie am Schloß statt.

### Gerdauen

**Kreisvertreter:** Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

### Hauptkrestreffen

**Bad Nenndorf** – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkrestreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mitteldeutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkrestreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkrestreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie Ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 74 85 60, Internet: www.badnenndorf.de, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter

### Johannisburg

**Kreisvertreter:** Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

### Zum 100. Geburtstag

Eine treue Ostpreußin konnte ihren 100. Geburtstag feiern, wir gratulieren herzlich Frau Ruth E. Gottheiner geb. von Glasenapp zu diesem hohen Ehrentag. Frisch und mit guter Erinnerung erzählt Ruth E. Gottheiner aus der Zeit ihres Aufwachsens in Johannisburg, vom Freundeskreis, von Nachbarn und aus der Schulzeit.

Noch heute trifft sie in ihren Beschreibungen der ostpreußischen Heimat alle Punkte und Gegebenheiten sehr identisch, es ist immer eine Freude ihr bei den Erzählungen zuzuhören.

Bis heute informiert Ruth E. Gottheiner sich über das Geschehen in Stadt und Land Johannisburg, interessiert sich für die Menschen und nimmt den Erhalt von Kulturgütern sehr wichtig.

Ruth E. Gottheiner heiratete in die Familie des früheren Landrates in Johannisburg ein und war sicher mit ihrer Weltoffenheit am richtigen Platz.

Wir alle wünschen Frau Ruth E. Gottheimer die Kraft, die sie zur Bewältigung ihres Alltags benötigt und eine stabile Gesundheit, die es ihr ermöglicht trotz ihres hohen Alters am Weltgeschehen teilzunehmen.

Von Herzen alles, alles Gute.  
Vorstand und Mitglieder der  
Kreisgemeinschaft Johannisburg e.V.

### Lötzen

**Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnarnet.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

### Mitgliederversammlung

Anlässlich des Ostpreußentreffens am 1. Juni in Wolfsburg, werden wir in der Mittagspause eine Mitgliederversammlung durchführen.

Hauptthema wird die Kooption eines neuen Mitglieds in den Vorstand der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. sein. Durch Rücktritte und Trauerfall ist die, durch die Satzung bestimmte Anzahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr gegeben.

Wir möchten ein neues Mitglied vorstellen und durch Abstimmung der Mitglieder in den erweiterten Vorstand bestellen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen.

### Lyck

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

### Regionaltreffen Nord der Kreisgemeinschaft Lyck in Lübeck, am Sonntag, den 28. April

Wieder einmal trafen sich 27 Teilnehmer, die sich mit unserer „Lycker-Familie“ verbunden fühlen, in Lübeck zu einem persönlichen Zusammenkommen und Gedankenaustausch.

Die Organisatorin Heidi Mader begrüßte alle Anwesenden, wies auf den kleinen Buchstand, den ihr Ehemann Michael Mader aufgebaut hat, hin und eröffnete die Veranstaltung.

Der stellv. Kreisvertreter Dieter-J. Czudnochowski begann seine Ausführungen mit dem gemeinsamen Gedenken an die Verstorbenen.

Er überbrachte die Grüße der Kreisvertreterin Bärbel Wiesen-see mit ihrem Wunsch über einen guten Verlauf des Treffens.

Danach legte er einen Bericht, in kurzen Abrissen, über die geleistete Arbeit innerhalb der Kreisgemeinschaft vor.



### Ostpreußisches Landesmuseum

#### Was Sie schon immer über Immanuel Kant wissen wollten

Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Schönecker und Dr. Manfred Geier. **Dienstag, 14. Mai 2024 um 18:30 Uhr**  
Einführung und Moderation: Dr. Tim Kunze  
Eintritt: 5,00 €

Der Königsberger Gelehrte Immanuel Kant (1724-1804) gilt als einer der einflussreichsten Denker der europäischen Aufklärung und

der modernen Philosophie. Seine Fokussierung auf die Vernunft im Kontrast zur Bevormundung durch Staat und Religion hat Generationen von Denkern inspiriert. Doch die Werke Kants sind nicht immer leicht verständlich. In Kooperation mit dem „Digitalen Kant-Zentrum NRW“ haben wir in der YouTube-Reihe „Kant in 5 Minuten“ Autoren, Philosophen und Hochschulprofessoren eingeladen, zentrale Begriffe von Immanuel Kant prägnant und an-

schaulich in nur 5 Minuten zu erklären. Die Beiträge der Reihe führen Schritt für Schritt in die spezifische Terminologie Kants ein und ermutigen dazu, sich eigenständig mit seinen Werken auseinanderzusetzen.

Doch wir möchten mehr! Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer Veranstaltung „Was Sie schon immer über Kant wissen wollten“ zu sein! Haben Sie offene Fragen zu Immanuel Kant? Möchten Sie mehr über bestimmte Konzepte erfahren oder wollen Sie wissen, wie Kants Ideen in die heutige Zeit übertragen werden könnten? Stellen Sie uns Ihre Fragen vorab (per Mail, Facebook oder Instagram) oder direkt während der Veranstaltung. Unsere Experten freuen sich darauf, gemeinsam mit Ihnen die Welt von Immanuel Kant zu erkunden.

**Prof. Dr. Dieter Schönecker** ist seit 2006 Professor für Praktische Philosophie an der Universität Siegen. Als Kantexperte verfasste er zahlreiche Monographien und Aufsätze, insbesonde-

re zu Kants Ethik. Er ist der Sprecher des 2022 gegründeten Digitalen Kant Zentrums NRW, das die Grundprinzipien der Kantischen Philosophie für aktuelle gesellschaftliche Fragen fruchtbar machen will.

**Dr. Manfred Geier** war bis 1998 Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Hannover. Seitdem ist er freiberuflicher, wissenschaftlicher Publizist mit Schwerpunkt Philosophie und Autor zahlreicher Bücher, u. a. „Kants Welt. Eine Biographie“, „Aufklärung. Das Europäische Projekt“ und „Das Liebesleben der Philosophen“. Zuletzt erschien „Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant“.

**Dr. Tim Kunze** ist promovierter Philosoph und seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Immanuel Kant Abteilung am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Er ist Kurator der neuentstehenden Kant-Dauerausstellung des Museums.

Anmeldung erforderlich unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-ig.de



Kant und der bestirnte Himmel“ von Walentin Grigorjew (Grafik, 1979)  
Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

### Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Vertretung

Bis einschließlich Ausgabe 25 (Erstverkaufstag 21. Juni) wird Frau Rinser-Schrut durch Frau Renker vertreten. Bitte senden Sie in dieser Zeit Ihre Texte an: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Heimatkreisgemeinschaften

An vorderster Stelle erwähnte er den Ablauf und Ausgang der Kreistags-Wahl 2023.

Allen gebührt ein besonderer Dank für ihre zeitraubenden Arbeiten.

Das letzte Hauptkreistreffen in Hagen, zusammen mit der Kreisgemeinschaft Treuburg, war am Sonntag, den 27. August 2023 mit 85 Personen besucht.

Das Weiteren wies er auf die obligatorischen Sitzungstermine hin, zweimal Kreisausschuss und einmal Kreistag (jährlich).

Die Auszahlung der Bruderhilfe fand im Juni 2023 in Lyck statt.

Hingewiesen hat der stellvertretende Kreisvertreter auf den Ausgang der diesjährigen Kommunalwahl in Polen, der Stadtpräsident Tomasz Andrewkiewicz ist für weitere 5 Jahre bestätigt worden.

Über den weiteren Bereich der Seniorenkartei mit den Glückwünschen nannte er einige Zahlen, die über den Umfang Auskunft gaben.

Somit erhielten die Zuhörenden einen Einblick in die zeitaufwendigen Tätigkeiten der Kreisvertretung.

Abschließend hat er, stellvertretend für viele andere berührende Dankeschreiben, einen beson-

deren Brief einer Tochter eines verstorbenen Mitglieds, verlesen.

Es folgte durch Reinhard Donner ein kurzer Informationsbeitrag zum Thema: Ziegeleien, beziehungsweise Industriebeginn im Kreis Lyck.

Hingewiesen wurde auf folgende Termine: Samstag 1. Juni Ostpreußentreffen in Wolfsburg

Samstag / Sonntag 24./25. August Hauptkreistreffen in Hagen

Donnerstag 7. November Regionaltreffen Nord in Bremen

Das Singen des Ostpreußenliedes beendete den offiziellen Teil dieses Treffens.

Das Mittagessen und der Nachmittag wurden zu informativen, beeindruckenden und netten Gesprächen genutzt.

Die Mitteilung über ein erneutes Treffen im Jahr 2025 wurde von allen, sich nun auf die Heimreise Begebenden, positiv aufgenommen.

Neuer Heimatbrief zu Pfingsten

Liebe Neidenburger, Soldauer und Interessenten der Kreisgemeinschaft Neidenburg, ich freue mich, wieder mal etwas von und für die Neidenburger zu veröffentlichen.

Unser Schriftleiter Wilfried Brandt, hat mit Hilfe von vielen Unterstützern, den neuen Pfingstheimatbrief fertiggestellt.

Die bei Frau Merchel in der Mitgliederdatei eingetragenen Mitglieder, erhalten den Heimatbrief automatisch zugeschickt.

Solle ein Brief verlorengehen, oder der Wunsch nach einem Heimatbrief bestehen, lassen Sie es unseren Schriftführer Wilfried Brandt, Lünefeld 1, 27446 Selsingen, Tel. 04284-1527, wissen.

Weiter möchte ich auf einige Veranstaltungen in der Zukunft hinweisen.

Am 1. Juni findet das große Ostpreußentreffen in Wolfsburg statt. Die Kreisgemeinschaft Neidenburg ist dort auch mit einem Info-Stand vertreten.

Besonders erwähnen möchte ich das 30-jährige Jubiläum des Vereines der Deutschen Minderheit in Neidenburg (Nidzica), welches am 29. Juni in Kamionka gefeiert wird.

Das sind Termine, die man in einem Zug mitmachen kann. Wir würden uns auch hier über bekannte Gesichter freuen.

Für unser diesjähriges Neidenburger Heimattreffen, welches am 8. September in Lüneburg stattfindet, kann ich nur die Werbetrommel rühren.

Ostpreußisch behütet. Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschäufelwappen. Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

mit dem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseum verbinden. Es liegt direkt neben unserem Treffpunkt, der Kronendiele.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis. Telefon (040) 41400842

Ostpreußisches Landesmuseum. Lüneburg - Sonntag, 19. Mai 2024, Eintritt frei! Internationaler Museumstag im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'So ist's richtig' section with a 10x10 grid.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern.

Scrambled crossword puzzle grid with letters like HUU, AHIT, ALRU, AGIR, AEGHR, AFKU, EEHNS.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock.

Middle word puzzle grid with words like MAGNET, NADEL, MODE, STEIN, ZAHLEN, HAFT, MIT, VOLL, HAFER, HAUT, NERVEN, BALL, OPERN, BUND.

Magisch. Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 mager, mit wenig Kalorien; 2 sich wundern; 3 griechische Göttin der Jagd.

„KÖNIGSBERG“

# Aufklärer, Begleitkreuzer und Kriegsteilnehmer

Das Schicksal des ersten einer Baureihe von vier Kleinen Kreuzern der Kaiserlichen Marine

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das zweite deutsche Flottengesetz vom 14. Juni 1900 sah unter anderem die Indienststellung von 52 Kreuzern vor. Eine dieser Einheiten war der Kleine Kreuzer „Königsberg“, der am 12. Dezember 1905 in der Kaiserlichen Werft Kiel vom Stapel lief und von dem damaligen Oberbürgermeister der ostpreußischen Provinzhauptstadt, Siegfried Körte, getauft wurde. Das Kriegsschiff, dessen Bau 5,4 Millionen Reichsmark verschlang, hatte eine Länge von 115 Metern und besaß zehn Schnellfeuerkanonen vom Kaliber 10,5 Zentimeter. Mit seiner 14.000-PS-Maschine konnte es Geschwindigkeiten von bis zu 24 Knoten erreichen.

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gehörte die „Königsberg“ zur Aufklärungsflotte und unternahm Übungsfahrten in der Ost- und Nordsee sowie im Atlantik. Dabei kollidierte sie am 16. Februar 1910 in der Deutschen Bucht mit dem Kleinen Kreuzer „Dresden“. Außerdem fungierte das Schiff des Öfteren als Begleitkreuzer der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ auf deren Reisen zum Nordkap und nach Großbritannien sowie nach Venedig und Korfu. Danach wurde die „Königsberg“ zwischen 1911 und 1914 mehrmals überholt und umgebaut.

## Einsatz im Ersten Weltkrieg

Am 28. April 1914 verließ sie unter dem Kommando von Fregattenkapitän Max Loeff ihren Stützpunkt in Wilhelmshaven, um in Ostafrika Station zu machen. Nach dem Einlaufen in den Hafen von Daressalam im heutigen Tansania erfuhr die Besatzung des Schiffes vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dann erhielt der Kreuzer den Befehl, sich für Angriffe gegen die Handelswege des Gegners bereitzuhalten, wobei er bereits vor der formellen britischen Kriegserklärung von der Royal Navy attackiert wurde.



In Deutsch-Ostafrika: Der Kleine Kreuzer Königsberg

Foto: Bundesarchiv Bild 105\_DOA3002

Anfang August 1914 brachte die „Königsberg“ den englischen Frachter „City of Winchester“ im Golf von Aden auf und versenkte ihn nach Übernahme seiner Kohlevorräte. Anschließend beschoss die „Königsberg“ den im Hafen von Sansibar liegenden britischen Kreuzer „Pegasus“ und schickte diesen auf Grund.

Wegen mehrerer Maschinenschäden befahl Loeff Ende September, tief in das weitverzweigte Delta des Flusses Rufiji südlich von Daressalam vorzustoßen und dort im Schutze des schier undurchdringlichen Mangrovendschungels die nötigen Reparaturen durchzuführen. Parallel dazu setzte die Admiralität in London etliche

Einheiten unter dem Oberbefehlshaber der Marinestation am Kap der Guten Hoffnung, Vizeadmiral Herbert Goedenoogh King-Hall, in Marsch, welche die „Königsberg“ suchen und versenken sollten. An dieser Jagd waren am Ende ein Linienschiff, neun Kreuzer und diverse Hilfsschiffe sowie zehn Flugzeuge der Briten beteiligt.

## Jagd auf die „Königsberg“

Schließlich sichtete der südafrikanische Elefantenjäger Major Philip Jacobus Pretorius am 30. Oktober 1914 die Masten der „Königsberg“, woraufhin die Royal Navy alle Ausfahrten des Rufiji-Deltas

blockierte. Am selben Tag erhielt der Kreuzer die bestellten Ersatzteile aus Daressalam – 24 Stunden zu spät. Allerdings gelang es den Briten zunächst nicht, die „Königsberg“ wirksam zu beschießen, denn sie zog sich weiter flussaufwärts zurück. Daher fasste King-Hall den Entschluss, die besonders flachbodigen Kanonenboote „Mersey“ und „Severn“ aus dem Mittelmeer anzufordern. Diese griffen am 6. Juli 1915 im Schutz von vier Kreuzern an und landeten aufgrund ihrer leistungsstarken 15,2-Zentimeter-Geschütze sechs Treffer auf der „Königsberg“ aus immerhin neun Kilometern Entfernung.

Die nächste britische Attacke fand am 11. Juli statt und führte zum finalen Erfolg: Nach mehreren schweren Einschlägen mit erheblichen Personalverlusten ging der „Königsberg“ die Munition aus, woraufhin der verwundete Loeff befahl, den brennenden Kreuzer aufzugeben und zu sprengen. Die Selbstversenkung erfolgte durch die Zündung von zwei Torpedoköpfen im Vorschiff durch den Ersten Offizier, Kapitänleutnant Georg Koch.

## Untergang in Tansania

Die überlebenden Besatzungsmitglieder der „Königsberg“ wurden nach ihrer Flucht ans Ufer des Rufiji in die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika unter Oberstleutnant Paul von Lettow-Vorbeck eingegliedert. Diese kämpfte bis zum November 1918 gegen die Briten und nutzte dabei auch die später geborgenen Geschütze des Kreuzers, für deren Transport über Land teilweise bis zu 400 Träger nötig waren. Loeff fungierte dabei als Kommandeur der deutschen Marinetruppen in der Kolonie, bis er in britische Kriegsgefangenschaft geriet. Nach seiner triumphalen Rückkehr in die Heimat avancierte er später noch zum Vizeadmiral und Inspekteur des Torpedo- und Minenwesens der Reichsmarine. Außer Loeff trafen im März 1919 lediglich 31 weitere der einstmaligen 322 Besatzungsmitglieder der „Königsberg“ in Berlin ein.

Das Wrack des Kreuzers im Schlick der flachen Rufiji-Mündung ragte bei Ebbe aus dem Wasser des Flusses und wurde 1923 von der Regierung des nunmehrigen Mandatsgebietes Britisch-Tanganyika zur Verschrottung angeboten. Allerdings dauerte es dann noch genau 40 Jahre, ehe sich tatsächlich eine Bergungsfirma dieser Aufgabe annahm – diesmal dann schon im Auftrag der Staatsführung der unabhängigen Vereinigten Republik Tansania.

„GUSTLOFF“-TRAGÖDIE

## Drei erste Male zur Gedenkfeier

In Gdingen fand anlässlich des Jahrestags des Schiffsuntergangs wie seit Jahren eine Veranstaltung statt

Inzwischen ist es 79 Jahre her, dass Anfang 1945 die drei Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ torpediert und versenkt wurden, wobei insgesamt etwa 20.000 Menschen ums Leben kamen. Dieser Ereignisse und der Toten gedenkt jedes Jahr seit inzwischen 28 Jahren der Bund der deutschen Bevölkerung in Gdingen mit seinem Vorsitzenden Benedikt Reschke. In diesem Jahr wurde am 13. April an die Tragödie dieser Schiffe erinnert.

Die Veranstaltung, die Reschke und sein Team seit 1997 organisieren, hat ihren traditionellen Verlauf, der in der Seefahrerkirche in Gdingen mit ihren beeindruckenden Vitragen ihren Anfang nimmt. In der Kirche der Muttergottes der unaufhörlichen Hilfe und Petrus, des Fischers, so der offizielle Name, kümmert sich der Redemptoristenpater Edward Pracz um Seeleute aus aller Herren Länder und auch um die Deutschen und Polen, die der im Jahr 1945 versenkten Schiffe mit Flüchtlingen aus Ostdeutschland gedenken wollen.

Aus Allenstein waren zwei Gäste zum ersten Mal zur Gedenkfeier gekommen. Dariusz Preuss vom Vorstand der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minder-

heit wollte bereits seit Jahren die Feierlichkeit besuchen und hatte endlich Zeit dafür gefunden. Sein Vater Klaus war als Siebenjähriger mit Geschwistern und schwangerer Mutter bereits auf einer Schaluppe auf dem Weg zur „Wilhelm Gustloff“, als seine Schwester auf die Toilette musste und sie wieder ausstieg. Sehr viel mehr habe der Vater, so Preuss, aus jener traumatischen Zeit auch nicht erzählt.

## Vater beinahe an Bord, Mutter an der Zeitenwende

Mehr Familiengeschichte gesammelt hat Wiktor Marek Leyk. Er ist seit 30 Jahren Beauftragter für Minderheitenfragen, erst des Woiwoden von Allenstein, später des Marschalls von Ermland-Masuren, und mit allen nationalen und ethnischen Minderheiten der Region verbunden. „Jeder Krieg bringt Unglück und das größte trifft die Zivilbevölkerung. Diese Feier erinnert gerade an diese zivilen Opfer. Und die Lage kann sich schnell ändern. Meine Mutter, im Jahr 1939 Abiturientin in Warschau, sagte immer: ‚Zwischen Krieg und Frieden ist nur ein kleiner Moment‘“, erklärte er bei der Andacht am Hafen von Gdingen seine Motivation. Daher seien solche Be-



Am Gedenktage: Ein kurzes Gebet in der Petrus-Kapelle

Foto: U.H.

gegnungen zwischen Menschen und auch Ländern so wichtig.

Vor dem Anzünden der Grabkerzen und dem Werfen der Blumenkränze in die Ostsee ergriff auch der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Rafał Bartek, das Wort. Für ihn war es ebenfalls das erste Mal auf der Gedenk-

feier in Gdingen. „Wie Generalkonsulin Pieper halte ich die Erinnerung gerade in den Zeiten der gegenwärtigen Kriege für dringend nötig. Die Tragödie der Schiffe zeigt, dass es im Krieg keine sicheren Plätze gibt und geben wird und unser Einsatz in unserer Zeit um so wichtiger ist“, gab er den Gästen der Feier zu bedenken. Zwanzig Jahre Polen in der Eu-

ropäischen Union seien dabei ein gutes Zeichen.

Ähnlich hatte sich Cornelia Pieper, die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, in ihrer Ansprache nach dem Gottesdienst in der Seefahrerkirche geäußert, den Domherr Andre Schmeier aus Allenstein, Pastor Wojciech Fröhlich aus Stolz und Pastor Sebastian Niedzwiedziński aus Gdingen gewohnt souverän leiteten. Ebenso gekonnt und sehr hörensenswert begleitete der Gdingener Kammerchor unter der Leitung von Piotr Klemenski die Feier in der Kirche.

## Im Sturm der Zeit

Geradezu treffend war der Predigttext des Tages aus dem Johannesevangelium, in dem die Jünger Jesu in einen Sturm geraten, aus dem er sie errettet. Dem Sturm der Zeit, der die Menschen heute bedrängt, setzten die polnischen und deutschen Teilnehmer der Gedenkfeier für die Opfer der Flüchtlingsschiffe im Gottesdienst ihr Gebet, in der Petrus-Kapelle vor der Gedenktafel für die Schiffe ihr Gedenken und an der Gdingener Uferpromenade mit Blumenkränzen ihre Wünsche und Hoffnungen entgegen. Alle gemeinsam. Uwe Hahnkamp

## HINTERPOMMERN

## Kummerfrey – einst elitärer Treffpunkt

Bei Ernst Christoph von Manteuffel war auch Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. zu Gast

VON BRIGITTE STRAMM

Kerstin [Karścino] war ein Gutsdorf in Hinterpommern, es gehörte einst zum Landkreis Kolberg. Erstmals erwähnt wurde der Ort bereits 1276, und im 16. Jahrhundert wird der Besitz als Lehen der Familie von Manteuffel genannt. Seit 1764 gehörte es ohne Unterbrechung bis 1945 der Familie von Gaudecker. Wir widmen uns der Zeit Graf Ernst Christoph von Manteuffels, der am 22. Juli 1676 in Kerstin geboren wurde und am 30. Januar 1749 in Leipzig starb.

Seine berufliche Laufbahn kann man durchaus als vielseitig bezeichnen. Im März 1705 wurde er zum Hof- und Legationsrat ernannt und als Gesandter nach Kopenhagen geschickt. Seine Aufgabe war es, ein erneutes Bündnis Dänemarks mit Sachsen gegen Schweden im Großen Nordischen Krieg vorzubereiten, das 1709 zustande kam.

1708 erhielt Manteuffel den Titel eines Wirklichen Kammerherrn. 1709 wurde er von Kaiser Joseph I. in den Freiherrenstand erhoben. 1715/16 erfolgte seine Beförderung zum Kabinettsminister und Wirklichen Geheimen Rat. Er hielt sich sowohl am polnischen Hof in Warschau als auch am sächsischen Hof in Dresden auf. Ab 1728 leitete Manteuffel die sächsisch-polnische Außenpolitik und richtete sie sowohl pro-habsburgisch als auch pro-preußisch ein. Differenzen zwangen ihn 1730 zum Rücktritt.

## Beruflich erfolgreich

Manteuffel zog sich auf sein Stammgut Kerstin zurück. Um 1729 ließ er, nur wenige 100 Meter vom Gutshaus entfernt, ein Lustschlösschen mit dem Namen Kummerfrey errichten. Dank der Abbildung des Schlösschens auf einer Tabakdose ist erhalten, wie das Ensemble einmal ausgesehen hat. Eine heitere, beschwingte und elegante Architektur zeigt sich, Säulen zieren die eingeschossige Fassade. Der Grundriss zeigt einen Mitteltrakt und zwei seitliche Flügeltrakte, die kurz gehalten waren und jeweils in zwei Kammern, zwei Kabinette und ein Vestibül untergliedert waren.



Kupferstich nach einem Gemälde von David Mathieu: Ernst Christoph Reichsgraf von Manteuffel, vor ihm auf dem Tisch in der Mitte die Tabakdose mit der Abbildung Kummerfreys, auch Sanssouci genannt

In der weiteren Beschreibung liest man: „Das Walmdach wurde von figürlichen Darstellungen bekrönt und in der Mitte von einem Türmchen geteilt. Zentrales Element in der Mitte, der Corps de Logis, war ein länglich oktogonaler Salon mit insgesamt vier Zu- beziehungsweise

Ausgängen. Die beiden seitlichen Gebäudeflügel wurden von hier aus direkt betreten. Über jeweils zwei große Flügeltüren führten Vorder- und Hinterzugang auf die Freiflächen oder Esplanaden. Das Palais war umgeben von vier kleineren Pavillons, die sich an der zentralen Esplana-

de aufreichten. Hier befanden sich Kammern für Personal, Gäste, eine Küche mit Weinkeller und, zusätzlich zum Haupthaus, eine umfangreiche Bibliothek.“

Auch der Park wurde nach Gesichtspunkten angelegt, in die Lebensmotto und Lebenseinstellung seines Erbauers einflossen: „Eine Art Leben ... ohne Reue, ohne Wünsche und ohne andere Sorgen“.

## Illustre Gäste

Bald nannte er sich Junker von Kummerfrey, hier empfing er noble Gäste, es fanden zahlreiche philosophische Gespräche statt. Manteuffel selbst gründete die Gesellschaft „Orden von Kummerfrey“ auf den Idealen Horaz', Vorläufergesellschaft der „Gesellschaft der Wahrheitsliebenden“, und gab sich den Titel Grand-Prieur de Sanssouci.

Zwischen den Jahren 1732 und 1734 empfing Manteuffel viele illustre Gäste wie den russischen Gesandten in Berlin, Graf Pavel Ivan Jaguzinskij, und auch Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. mit seinen Vertrauten war 1731 zu Gast. Er bezeichnete Manteuffel später als seinen Freund und Chevaliers de Sanssouci. Gelehrte wie den Aufklärer Johann Christoph Gottsched und seine Frau empfing er 1744 auf Kummerfrey anlässlich deren Reise zum 200. Jubiläum der Universität Albertina in Königsberg. Von Gottsched stammt der Ausspruch: „Doch weist Dein schönes Kummerfrey, Dein Tusculum, wie wahr es sey, Daß Du der Weisheit Dich geschenkt. Wo Lustwald, Schloß und alles zeigt, Sein Herr sey jeder Kunst geneigt.“

Kummerfrey, das Friedrich II. die Anregung zum Bau des Schlosses Sanssouci in Potsdam gegeben haben soll, besteht leider nicht mehr. Bereits nach dem Tod Manteuffels begann der Verfall der Anlage, auch der Park wurde nicht mehr gepflegt. Ohnehin hatte sich Manteuffel 1748, kurz vor seinem Tod von seinen pommerschen Besitzungen getrennt. Ende des 19. Jahrhunderts waren nur noch Mauerreste vorhanden.

Auch dem Gutshaus Kerstin ist leider kein glückliches Schicksal beschieden. Von dem einst prächtigen Gebäude findet man heutzutage nur noch eine Ruine vor.

## SAKRALE KUNST

## Ein ganz besonderer Kirchenschatz

Dorfkirche Kunow: Herzdarstellungen mit passenden Worten aus der Bibel gaben früher Lebenshilfe

Kunow war einst der südlichste Punkt der Provinz Pommern, westlich der Oder gelegen, von 1817 bis 1939 zum Kreis Randow gehörend. Als dieser 1939 aufgelöst wurde, war der Landkreis Greifenhagen die politische Heimat. Die südliche und östliche Gemarkungsgrenze Kunows war lange Zeit die Grenze zwischen Pommern und Brandenburg-Preußen. Von 1950 bis 1993 war Kunow eine Gemeinde des Kreises Angermünde im Bezirk Frankfurt/Oder. Seit dem 6. Dezember 1993 gehört der Ort zur Stadt Schwedt an der Oder.

Urkundlich erstmalig erwähnt wird Kunow im Jahr 1281, als der pommersche Herzog Bogislaw IV. dem Gartzner Nonnenkloster das Patronat an der Kirche bestätigte. Diese Kirche, entstanden wohl in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, ist ein typischer uckermärkischer Feldsteinbau mit eingezogenem rechteckigen Chor und einem schiffbreiten Westturm. Der Turmaufsatz in Fachwerktechnik mit verbrettertem Aufsatz und einem charak-

teristischen Spitzhelm entstand bei einem Umbau 1737/38. Am Mauerwerk, speziell an der Südseite des Chores, blieben die mittelalterliche Fugengestaltung sowie Fragmente von Putzfriesen im Traufbereich erhalten.

Dass Dorfkirchen oft eine ganz besondere Ausstattung haben, findet man immer wieder, doch diese Kirche weist etwas ganz Besonderes auf. Herzdarstellungen bestimmen das Bild. In alten Dokumentationen findet man dazu folgende Angaben: Im 17. Jahrhundert wurden kleine Büchlein mit Darstellungen, die das menschliche Herz im Mittelpunkt hatten, geschaffen. Es waren kleine Bilderbüchlein versehen mit Bibeltexten, die Sünder zur Besserung aufrufen sollten.

Mit den Motiven aus solchen Büchlein wurde die Kirche geschmückt. Derartige Bilder waren in Pommern nicht selten, aber in keiner anderen Dorfkirche gibt es so viele verschiedene Motive, nämlich 61 an der Zahl. Die Darstellungen sind je-



In allen Bild Darstellungen stets im Mittelpunkt: Ein rotes Herz

weils mit einem passenden Wort aus der Bibel als Überschrift versehen.

Die Symbolik der Motive ist vielfältig, auf einem ist ein Herz mit einer schweren eisernen Kette an eine Kiste gekettet, aus der Goldstücke quellen. Das ist das Herz des Geizigen. Eine andere Darstellung zeigt eine Hand, die von oben einen Schlüssel hält, um ein schweres Schloss zu öffnen und das Herz zu befreien. Überschrift: Ich werde errettet. Ps. 62 V. 11. Viele spannende Motive erwarten den Betrachter, im Übrigen auch eine weitere sehenswerte Ausstattung mit reichem Schnitzwerk an Altar und Kanzel.

Inzwischen ist das Kirchengebäude teils innen und außen saniert worden, und der Bilderschatz befindet sich in der Restaurierung. Auch der Kunower Dorfverein kümmert sich aktiv um die Umsetzung der Pläne, um das Juwel des Dorfes mit der besonderen Ausstattung zu erhalten. Es gibt noch sehr viel zu tun.

Brigitte Stramm

## MELDUNGEN

## Riesenrad, Volkswerft und Leuchtturm

**Recklinghausen** – Der in Schwochow bei Pyritz geborene Schauspieler Wichart von Roëll ist am 16. April im Alter von 86 Jahren in Recklinghausen verstorben. Bekannt wurde er 1973 als „militaristischer Opa“ in der TV-Comedy-Serie „Klimbim“ im WDR. TS

**Swinemünde** – Die Standortentscheidung für das Container-Terminal ist gefallen. Der Umschlag von Containern soll demnach östlich des LNG-Terminals stattfinden soll. Die Baumaßnahmen erfolgen von 2025 bis 2027. Mecklenburg-Vorpommern verzichtete auf rechtliche Schritte. TS

**Stralsund** – Die MV-Werften Stralsund heißen ab 29. April wieder Volkswerft Stralsund. Mittels Spezial-Kränen werden von allen Seiten die neuen (alten) Firmenemblem angebracht. Am 4. Mai wurde der „Tag der offenen Volkswerft“ veranstaltet, der zahlreiche Besucher anzog. BS

**Stettin** – Festivals und Konzerte auf der Lastadie werden vom 16. bis 18. Mai mit verschiedenen Künstlern geboten. Ab Juni kann man hier von Polens größtem Riesenrad mit einer Höhe von 55 Metern einzigartige Ausblicke genießen. BS

**Torgelow** – Das Forstamt hat für das Kiefern- und Mischwaldgebiet zwischen Stettiner Haff, der Friedländer Großen Wiese, den Brohmer Bergen und Penkun seit dem 4. Mai die Waldbrandstufe 4 ausgerufen, wodurch auch das Befahren von Waldwegen untersagt ist. Grund: Trockenheit. TS

**Schneverdingen** – Die Interessengemeinschaft Rauhwillige Pommersche Landschaft e.V. trifft sich am 11. und 12. Mai zu ihrer Mitgliederversammlung. Die Vereinigung hat sich die bundesweite Erhaltung, Zucht und Verbreitung des pommerschen Landschafts zur Aufgabe gemacht. TS

**Kolberg** – Die Arbeiten am Kolberger Leuchtturm haben begonnen. Trotz der laufenden Sanierung des See- und Wahrzeichens an der Persante, welches nach dem Zweiten Weltkrieg auf das Gewölbe von Fort Münde gesetzt wurde, sollen Aufstieg und Rundblick gewährleistet bleiben. TS

**Stettin** – Mit einem Aktionstag wurde am vergangenen Sonnabend die Kampagne für eine „Saubere Oder“ gestartet. Die in Warnwesten gekleideten Teilnehmer begannen am Wochenende, Netze, Müll und Schrott aus der Oder zu „angeln“. Etwaige Erlöse sollen an Tierschützer gehen. TS

**Demmin** – Der „Tag der pommerschen Landesgeschichte“ findet am 22. Juni von 9 bis 17 Uhr im Demminer Rathaus statt. Geplant sind: die Verleihung des Dr.-Dagobert-Nitz-Forschungspreises, Vorträge und ein Ausflug. Anmeldungen bis 10. Juni per E-Mail erbeten unter: henning-rischer@t-online.de TS

**Horst** – Unweit des am 1. Dezember 1866 in Betrieb genommenen Leuchtturms ist ein Freilichtmuseum mit Fischerhäusern und einer Räuherei entstanden. Äußerlich im Stil von Sachsenhäusern errichtet, soll hier regionale Geschichte präsentiert werden. Die Idee dazu gab es bereits seit den 1990er Jahren. TS

# „Vertreibung aus der Geschichte und Erinnerung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich hoffe, dass ich die Vorzüge der PAZ genießen kann, so lange es geht“

Peter Karstens,  
Eckernförde



Ausgabe Nr. 17

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## GESCHICHTSVERGESSENHEIT

ZU: DIE VERTREIBUNG GEHT WEITER (NR. 17)

Auch wenn meine Familie aus dem Rheinland stammt, erschüttert es mich sehr, wie mehr und mehr versucht wird, mit Blick auf die Geschichte Ostdeutschlands die Tatsachen zu verdrängen und zu leugnen. Ich frage mich dann immer: Warum? Denn die außergewöhnliche Friedensleistung der gut zwölf Millionen Vertriebenen nach 1945 hätte meines Erachtens längst den Friedensnobelpreis verdient.

Gerne erinnere ich mich an die vielen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, denen ich hier im Rheinland begegnen durfte: So viel an Güte, Dankbarkeit, Glaubensstiefe, Engagement und Lebensfreude habe ich in der Begegnung gerade mit ihnen gefunden. Wie sehr hatte mich das Buch „Hiob“ von Joseph Roth (geboren in Czernowitz, damals Österreich-Ungarn, heute Ukraine) berührt.

Es war dann wohl ein Fehler, das historische „Mitteldeutschland“ nach 1960 mehr und mehr zu einem „Ostdeutschland“ zu erklären. Für das tatsächliche Ostdeutschland, das bis 1945 für jeden sichtbar bestand, war dann wohl kein Platz mehr. Wer weiß denn noch, dass das bedeutendste deutsche (katholische) Bistum das Erzbistum Breslau in Schlesien war, dessen Erzbischof nicht nur Kardinal, sondern auch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war?

Und wer stützt nicht im Kölner Käthe-Kollwitz-Museum, wenn er das berühmte Plakat „Nie wieder Krieg!“ mit dem Zusatz: „Mitteldeutscher Jugendtag, Leipzig, 2.-4. August 1924“ betrachtet. Die Liste der deutschen Schriftsteller, Philosophen und Künstler aus Ostdeutschland und dem darüber weit hinausgehenden Osten Europas ist schier endlos. Allein aus Ostpreußen kommen mir spontan neben Käthe Kollwitz (geboren in Königsberg), auch Immanuel Kant (geboren und gestorben in Königsberg), Hannah Arendt (aufgewachsen in Königsberg) und Siegfried Lenz (geboren in Lyck) in den Sinn.

In diesen Tagen wird der Geschichtsvergessenheit geradezu die Krone aufgesetzt, wenn im Ukrainekrieg argumentiert wird, dass die Ukraine eben auch darum nicht geteilt werden dürfe, weil man doch auch die Teilung Deutschlands in West- und Ostdeutschland überwunden und Deutschland wiedervereinigt habe.

Und genau hier versagt die deutsche Außenpolitik so sehr, weil sie im Konflikt um die Ostukraine so viele Lösungsmöglichkeiten (mit Blick auf die eigene Geschichte im 20. Jahrhundert) anbieten könnte. *Ottfried Wallau, Siegburg*

## EIN IDENTITÄTSPROBLEM

ZU: DIE VERTREIBUNG GEHT WEITER (NR. 17)

Bestimmte Kreise in Deutschland wollen uns der nationalen Identität berauben. Die Geschichte der Vertreibung, der deutschen Ostgebiete und die der von Preußen ist zu einem roten Tuch geworden. Dieser anmaßende Hang zur Volksverachtung ist einfach nur abstoßend, aber keiner kann sich von dem Volk ausnehmen, dem er angehört.

Was sagte John C. Kornblum, der ehemalige US-Botschafter in Deutschland, dessen Großeltern aus Ostpreußen stammen, in einem Interview im Jahr 2016 dazu? „Was mich seit Jahren stört, ist, dass man in Deutschland die deutsche Identität geradezu leugnet.“ Er kannte die Deutschen wohl besser als viele von uns selbst. Und dem ist nichts hinzuzufügen.

*Dr. Hans-Dieter Seul Berlin*

## HERZ- UND GEDANKENLOS

ZU: SCHOLZ' WÜRDIGENDES GEDENKEN UND ROTH'S FATALE GEDANKEN (NR. 16)

Die Streichung des Begriffs „Deutsch“ aus dem Namen des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte im östlichen Europa sowie die lediglich zehn Zeilen umfassende Darstellung der Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen mit zwei

Millionen Vertreibungstoten in einem von der Kulturstatsministerin Claudia Roth zu verantwortenden „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ kommt nach der realen Vertreibung 1945/46 und nach der Vertreibung aus der deutschen Politik seit den 1960er Jahren einer dritten Vertreibung gleich: der Vertreibung aus der Geschichte und der Erinnerung.

Herz- und gedankenlos kann man mit diesen Menschen, die in Form von Entrechtung, Enteignung, Heimatverlust, Zwangsarbeit, Lagerhaft, Verschleppung und Massakern – beispielhaft sei hier nur auf die schrecklichen Geschehnisse in Königsberg, Prag und Brünn verwiesen – die Hauptlast für die Verbrechen der NS-Herrschaft zu tragen hatten, nicht umgehen. *Dr. Walter Kreul, Germering*

## UNDEMOKRATISCHER VORGANG

ZU: SCHOLZ' WÜRDIGENDES GEDENKEN UND ROTH'S FATALE GEDANKEN (NR. 16)

Demokratie und Einwanderungsgesellschaft (extrem komische Wortbildung) – wie passt das zusammen? Erstens sind Einwanderer zunächst einmal Staatsbürger eines anderen Staats. Nach unserem Demokratieverständnis sind sie für jenen Staat und dessen Staatsangehörige verantwortlich. Diesen einfach zu verlassen, um sich in einem anderen Staat niederzulassen, ist demzufolge kein demokratischer Vorgang.

Zweitens spielt bei diesem Vorgang die hiesige einheimische Bevölkerung eine rein passive Rolle – sie wird gewissermaßen eingewandert (oder wie soll man das sonst formulieren?). Staatsbürger anderer Staaten spielen dagegen die aktive Rolle.

Nach unserem Demokratieverständnis müsste es aber genau umgekehrt sein. Denn umgekehrt dürfen wir auch nicht einfach in fremde Staaten einwandern, dagegen steht eindeutig der Artikel 11 des Grundgesetzes (findet komischerweise statt, ist eindeutig verfassungswidrig). Man muss wohl davon ausgehen, dass

Kulturstatsministerin Claudia Roth und andere im Grunde noch in der Vorstellungswelt des alten Obrigkeitsstaates leben, in dem der Bürger nur Untertan und damit auswechselbar war.

*Wolfgang Beck, Coswig (Anhalt)*

## KÖNIGSBERGER RAUMZEIT

ZU: EIN WELTBÜRGER UND SEINE HEIMAT (PAZ-ONLINE, 22. APRIL)

Der Philosoph Immanuel Kant war ein Weltenbürger. Und es war ein buntes Völkergemisch in Ostpreußen. Menschen aus vielen Ländern haben sich dort angesiedelt: Hugenotten, Österreicher evangelischen Glaubens, konvertierte Juden, auch die erste Frau, die sich über die Rolle der Frauen und die Probleme der Frauen ohne Ausbildung Gedanken machte, Fanny Lewald.

Die bedeutenden Frauen werden in der Geschichte meist übergangen. Auch Luise von Preußen, die sich Napoleon anbieten musste, um den Friedensvertrag von Tilsit zu ermöglichen, wird gerne vergessen.

Der Mathematiker und Physiker Hermann Minkowski wird hier am Rande erwähnt und seine Theorie der Raumzeit. Ich habe den Eindruck, jetzt in einer Raumzeit aufzuwachen, wo der ganze Erdball von Satelliten umstellt ist.

Wie kommt man denn da nun bloß wieder heraus? Einige versuchen, mit einem weltweiten Sozialismusprojekt die Machtgierigen einzufangen, aber von diesen Sozialisten scheint jeder ein Napoleon sein zu wollen. Da bräuchte man jetzt aber viele bedeutende Frauen, um das zu stoppen und die Politiker aller Länder für einen Friedensvertrag an einen Tisch zu bringen.

Das Alphatier-Verhalten bringt keinen Frieden. Die bekämpfen sich so lange gegenseitig, bis ein unangefochtenes Alphatier feststeht. Wollen wir wirklich bei diesem Affenzirkus zuschauen? Oder finden sich Frauen, die wenigstens ihre von KI ferngesteuerten Männer zurückholen auf die Erde? *Valentina Selge, Jork*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

Dieses Buch ist **GOLD** wert!

Mit einem  
Vorwort von  
Dr. Markus  
Krall

»Antony C. Suttons *Der Krieg gegen das Gold* ist ein echter Klassiker, der begeistert. Ich empfehle Ihnen dieses Buch wärmstens!«

Prof. Dr. Thorsten Polleit

Professor Antony C. Suttons Klassiker der Wirtschaftsliteratur ist ein legendäres Standardwerk, das hier erstmals in deutscher Sprache vorliegt und auch nach fast 50 Jahren nichts von seiner Brisanz verloren hat. Es stellt sich vielmehr die drängende Frage, warum es so lange dauern musste, bis dieses auch heute noch überraschend wichtige und gute Buch seinen Weg zu den deutschsprachigen Lesern fand. *Der Krieg gegen das Gold* ist eine wahre Fundgrube an bislang nicht oder kaum bekannten Hintergrundinformationen zum Thema Gold.

Suttons Erforschung von Gold und Goldgeld ist von fesselndem und anhaltendem Interesse, weil er immer das »große Ganze« im Auge behält. Der Autor beginnt sein Buch mit wichtigen und klugen Einblicken in die Geldgeschichte.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftshistoriker hebt die inhärenten wirtschaftlichen Vorzüge des Goldes hervor: Gold hat einen disziplinierenden Einfluss; Goldgeld schränkt die Möglichkeiten

der Machthaber ein, das Geld zu ihrem eigenen Vorteil zu missbrauchen.

Genau aus diesem Grund bekämpfen Herrscher und Regierungen bis heute Gold als Geld, was Sutton als »totalitären Angriff auf Gold« bezeichnet.

Er scheut sich nicht, die wahre Motivation für den »Krieg gegen das Gold« zu benennen: den heimtückischen Wunsch bestimmter Personen und Organisationen, andere zu beherrschen, zu unterdrücken und auszubeuten.

»Privater Goldbesitz ist unvereinbar mit den Zielen der Diktatur; ein Krieg gegen das Gold ist eine notwendige Begleiterscheinung zentralisierter politischer Macht.«

In dem Maße, in dem sich autoritäre Ideen weltweit ausbreiten, und in dem Maße, in dem bürgerliche und unternehmerische Freiheiten immer weiter zurückgedrängt werden, wird die Vorstellung eines militanten Krieges gegen Gold immer denkbarer.

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Antony C. Sutton: *Der Krieg gegen das Gold* • gebunden • 288 Seiten • Best.-Nr. 991 010 • 18,- €



## STADTJUBILÄUM

## Wo der Meistertrunk milde stimmt

Vor 750 Jahren wurde Rothenburg ob der Tauber zur Reichsstadt erhoben – Große Jubiläumsfeierlichkeiten ab Pfingsten

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 15. Mai 1274 bestätigte König Rudolf dem Ort Rothenburg ob der Tauber die Reichsstadtprivilegien: „Wissen soll das gegenwärtige Geschlecht und die Nachwelt: ... dass alle, die füglich Einwohner dieser Stadt sind, sich unseres und des Reiches ewigen Schirmes und besonderen Schutzes erfreuen sollen.“ Damit war Rothenburg ein nur dem jeweiligen König oder Kaiser verpflichtetes Territorium innerhalb des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Das 750 Jahre zurückliegende Ereignis feiern die Rothenburger mit „reichsstädtischer Herrlichkeit“, wie sie ankündigen. Auf dem Programm stehen Konzerte, am Pfingstwochenende das historische Festspiel „Der Meistertrunk“, im September die Reichsstadtfesttage und ab Juni die große Sonderausstellung „Die Waffen einer Reichsstadt“. Sie wird von Stadtarchivar Florian Huggenberger kuratiert und findet im RothenburgMuseum statt, das im ehemaligen Dominikanerinnenkloster residiert. In ihm befindet sich eine der größten historischen Waffensammlungen Deutschlands, die für die Sonderschau neu geordnet wird.

Die aber wird weit mehr bieten. Huggenberger erklärt: „Waffen wird im doppelten Sinne verstanden: als tatsächliche Waffen und im übertragenen Sinn als Mittel der Durchsetzung eigener Interessen im politischen, juristischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.“ Etwa durch Verträge und Urkunden. Für die Entwaffnung Rothenburgs sorgte Bayern, das sich 1802 die nunmehr ehemalige Reichsstadt einverleibte.

Eine herausragende Rolle spielt in der Sonderschau der 1616 in den städtischen Dienst gestellte „Kurfürstenhumpen“. An ihn knüpft sich die Legende vom „Meistertrunk“. Den 3,25 Liter fassenden Glashumpen reichten die Stadträte bedeutenden Gästen zum Willkommenstrunk.

Ein unliebsamer Gast bekam ihn laut der 1826 verfassten „Geschichte der Stadt Rothenburg“ im Dreißigjährigen Krieg vorgesetzt: der kaiserliche Heerführer Tilly. Er nahm das protestantische Rothenburg 1631 ein und soll die Hinrich-



Architektonisches Erbe aus dem 16. Jahrhundert: Durch die Röderbastei gelangt man in die Altstadt von Rothenburg ob der Tauber

tung von Ratsmitgliedern befohlen haben. Während alle auf den Henker warteten, trank Tilly Wein aus dem Humpen. Der stimmte ihn milde und so bot er an, Gnade walten zu lassen – falls es einem der Räte gelänge, den Humpen auf einen Zug zu leeren. Altbürgermeister Georg Nusch, so die Überlieferung, schaffte das. Stadtarchivar Huggenberger aber sagt: „Zeitgenössische Berichte kennen keinen ‚Meistertrunk‘ zur Rettung Rothenburgs.“ Richtig ist, dass Tilly die Stadt zur Plünderung freigab, aber von ihrer Brandschatzung absah.

**Inspiration für Disneys „Pinocchio“**

Im Laufe des 19. Jahrhunderts erwarb sich Rothenburg bei Künstlern und Kunsthistorikern den Ruf, „Inbegriff eines typisch deutschen Mittelalters zu sein“, wie es Huggenberger formuliert. Dieser gute Ruf zog erste Kulturreisende an. Um den Fremdenverkehr anzukurbeln, beschlossen einige Bürger die Aufführung eines

Historienspiels. Verfassen ließen sie es vom Glasermeister und Gelegenheitsdichter Adam Hörber, der die Legende vom Meistertrunk aufgriff. Aufgeführt wird es seit 1881 am Pfingstwochenende von Laienschauspielern im Kaisersaal des gotischen Rathaustraktes. Das Historienspiel, inzwischen um einen Festzug durch die Altstadt und ein Feldlager im Garten der bis auf wenige Reste verschwundenen „roten Burg“ bereichert, ist ins Deutsche Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes eingetragen.

Das auf einem Bergsporn hoch über dem Taubertal gelegene, als romantische Sehenswürdigkeit verehrte Rothenburg zieht alljährlich unzählige Besucher aus aller Welt an. Es ist mit zahlreichen Anziehungspunkten gesegnet: 46 Türmen, den markanten Bürgerhäusern in Fachwerk- oder Steinbauweise, gotischen Kirchen und altherwürdigen öffentlichen Bauten, umgürtet von der mittelalterlichen Stadtmauer. Die mehr als drei Kilo-

meter lange Wehranlage weist sechs Haupttore auf. Absoluter Besucherliebling aber ist das „Plönlein“, ein kleiner Platz mit Brunnen und spitz zulaufendem Fachwerkhäuser, hinter dem in einiger Entfernung der Sieberturm und der Kobolzelerturm aufragen. Das malerische Plätzchen fand Eingang in Walt Disneys Zeichentrickfilm „Pinocchio“ (1940).

Schaurig geht es im Mittelalterlichen Kriminalmuseum zu. Deutschlands bedeutendste rechtshistorische Sammlung umfasst 2000 Exponate aus den letzten 1000 Jahren. Zu ihnen gehören Daumenschrauben und Streckbänke, Schandmasken und ein Richtschwert, Gesetzestexte und eine Druckgraphik mit so einfallreichen wie fürchterlichen historischen Körperstrafen und Hinrichtungsarten.

Ein außergewöhnliches architektonisches Detail zeichnet die Jakobskirche aus: Der Westchor überbrückt eine Straße. In diesem befindet sich der größte Kunstschatz Rothenburgs: Tilman Rie-

menschneiders „Heilig-Blut-Altar“ (1500–1505). Bekrönt wird er von einem Kreuz, in dessen Zentrum die Bergkristallkapsel mit der Heilig-Blut-Reliquie funkelt. Im Mittelschrein zeigt der Bildschnitzer die beim Abendmahl sitzenden Jünger. Die beiden Hauptfiguren haben sich erhoben: Zwischen den beiden Bänken im Vordergrund steht der Apostel Judas, dem sich Jesus zuwendet.

**Vorbildlicher „Rothenburger Weg“**

Erstaunlicherweise wirken im Stadtzentrum etliche Häuser weit älter als sie sind. Im März 1945 warfen US-Piloten neun Tonnen Bomben über Rothenburg ab. Mit „gutem Erfolg“, wie sie meldeten: 40 Prozent der Altstadt lagen in Schutt und Asche. 306 Häuser gingen völlig unter, 52 Gebäude waren teilweise zerstört, 750 Meter der Stadtmauer beschädigt. Der Wiederaufbau der Altstadt gelang jedoch so gut, dass er gar nicht auffällt. Sein wesentliches Ziel war die Wiederherstellung des alten Stadtbildes mit seinen verwinkelten Straßenzügen, Erkern und steilen Dächern, an denen Gauben die absolute Ausnahme sind.

Statt wie andernorts die Gelegenheit zum autogerechten Umbau der Stadt zu nutzen, sah der von Stadtführung und Denkmalpflege nicht zuletzt in Hinblick auf den Fremdenverkehr eingeschlagene „Rothenburger Weg“ vor, ausgebrannte Gebäude, bei denen die Umfassungsmauern noch standen, zu rekonstruieren. Das betraf etwa die zum Markt gelegenen Teile des imposanten Rathauses.

Völlig zerstörte Häuser aber sollten nicht rekonstruiert, sondern durch als solche klar erkennbaren Neubauten ersetzt werden, die sich unter Verwendung ortsüblicher Baumaterialien maßstabsgerecht in das überlieferte Stadtbild einfügen. Das vermögen sie so gut, dass sie entgegen der Richtlinie nur schwer oder überhaupt nicht als Nachkriegsbauten zu erkennen sind. Einige stehen inzwischen sogar unter Denkmalschutz.

● Die Ausstellung „Die Waffen einer Reichsstadt“ läuft im RothenburgMuseum, Klosterhof 5, vom 1. Juni 2024 bis zum 31. Dezember 2025. Eintritt: 5 Euro.

[www.rothenburgmuseum.de](http://www.rothenburgmuseum.de)

## ARCHÄOLOGIE

## König des Ziegen-Palastes

Ein „Fenster in die Welt Alexanders des Großen“ – Das von der Fläche her riesenhafte Polycentrische Museum in Nordgriechenland

Griechenland wartet mit einem weiteren klassischen Glanzstück auf: Das antike Aigai in der abgelegenen, 1200-Seelen-Gemeinde Vergina im Norden des Landes, einst Hauptstadt des antiken Makedonien, hat hart daran gearbeitet, seine Bekanntheit zu steigern. Schon die Entdeckung der königlichen Prunkgräber mit der Grablege von Philipp II. (um 382 bis 336 v. Chr.), dem Vater von Alexander dem Großen, war 1977 eine Weltsensation.

Im Dezember 2022 wurde ein neues und größeres Zentralmuseum eröffnet, und in diesem Januar die jahrzehntelange Arbeit zur Sicherung der Fundamente und teilweisen Rekonstruktion des antiken Palastes von Philipp II., in dem Alexander der Große zum König der Makedonen gekrönt wurde, abgeschlossen.

Allein die an ihrem Fundort in situ sorgfältig unter einem großen Tumulus bewahrten Königsgräber bilden ein Museum, das seinesgleichen sucht. Verschie-

denen Quellen zufolge hatte man den Erdhügel von 110 Metern Durchmesser und 13 Metern Höhe schon im antiken Kö-

nigreich aufschütten lassen, um die Königsgräber vor Plünderern zu schützen. Und das mit Erfolg.



Einst das größte Gebäude im klassischen Griechenland: Der Palast von Aigai

Seit Ende der 1990er Jahre birgt der große Tumulus außer den Gräbern Vitruvialen, in denen die Grabfunde museal präsentiert werden: luxuriöse Gold-, Silber-, Elfenbein-, Bronze- und Eisengegenstände für persönliche, zeremonielle oder militärische Zwecke, Spuren von reich verzierten Textilien und verbrannten Opferspeisen, vor allem aber zwei kleine goldene Truhen, von Archäologen Larnax genannt, mit eingäscherten menschlichen Überresten, die Philipp II. und seiner in der Vorkammer bestatteten Ehefrau zugeschrieben werden. Womöglich handelt es sich dabei um Medea, die sechste Frau des Königs.

Die Ausstattung der Gräber zeigt deutlich, wie reich die Elite der makedonischen Gesellschaft im 4. Jahrhundert v. Chr. geworden war. Dass der nahe gelegene, 8200 Quadratmeter große Palast ebenso prunkvoll war, verwundert daher nicht, auch wenn sich zur gleichen Zeit

Pella zur neuen Hauptstadt entwickelte und Aigai, was übrigens auf Altgriechisch Ziegen bedeutet, nur noch als Nekropole diente und der „Ziegen-Palast“ allein bedarfsweise als politisches und zeremonielles Zentrum und seine Bibliothek als philosophischer Treffpunkt diente.

Das insgesamt 146.000 Quadratmeter umfassende Polycentrische Museum von Aigai mit seinem Archäologischen Park und den Königsgräbern integriert und verbindet das neue Zentralmuseum. Die Einführungsausstellung öffnet ein digitales „Fenster in die Welt Alexanders des Großen“. Die fünf weiteren Ausstellungen zeigen unter anderem einen 30 Meter langen restaurierten Abschnitt aus der Palast-Fassade, weitere archäologische Funde aus Aigai, darunter Skulpturen und Alltagsgegenstände, sowie eine wechselnde Münz-Ausstellung, welche die Ausdehnung des Hellenismus und die Macht der Hellenen verdeutlicht. Helga Schmechagen

## ● FÜR SIE GELESEN

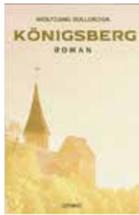
## Rettende Erinnerung

Als der Kleinkriminelle Boris sich bei einem Freigang in die Buchabteilung eines Kaufhauses begibt, lässt er ein Buch über Königsberg, das ihn fesselt, mitgehen. Dieses Vergehen verhindert seine vorzeitige Haftentlassung. Als diese endlich erfolgt, lebt der entwurzelte Mann zunächst orientierungslos vor sich hin. Lediglich die Faszination für Bücher über Königsberg bleibt ihm.

Zu Beginn der Flucht war er als sechsjähriges Kind im Chaos in Königsberg von seiner Mutter getrennt worden. Dieses traumatische Erlebnis gibt Boris als Begründung für seine kriminellen Handlungen an. Erst die Begegnung mit dem Buchhändler Herrn Fischer ändert sein Leben. Der ebenfalls aus Ostpreußen stammende Mann erkennt das Talent des aus der Bahn Geratenen und stellt ihn in seiner Buchhandlung als Gehilfen an. Bald entdecken beide ihr gemeinsames Interesse an der Heimat und beschließen, zusammen nach Königsberg zu reisen. Die Beschäftigung mit den Heimatbüchern haben die längst verschütteten Erinnerungen des alternden Boris zurückgeholt.

Die Reise in die Heimat erlebt er als verstörend und beglückend zugleich, nicht zuletzt dank der Begegnung mit der geheimnisvollen Russin Swetlana, die sich um ihn kümmert und dank deren Engagement sich sein Leben zum Positiven verändert.

Der Autor Wolfgang Bullerdiek war Professor für Soziologie und beschäftigte sich in den Jahren 1971 bis 2002 mit Praxisprojekten im Strafvollzug und in der Altenarbeit. Vieles von dem, was er in seinem sehr lesenswerten Roman „Königsberg“ beschreibt, dürfte PAZ-Lesern, die selbst einmal im nördlichen Ostpreußen gewesen sind, bekannt vorkommen, wie etwa die Orte an der Ostsee oder auch der „Königsberger Express“, für den Boris am Ende arbeiten wird. **MRK**



**Wolfgang Bullerdiek: „Königsberg. Roman“**, Omnino Verlag, Berlin 2024, broschiert, 243 Seiten, 16 Euro

## Hellers letzter Fall

Kommissar Max Heller wird bei den Ermittlungen eines grausamen Doppelmordes in Dresden durch die Stasi gegängelt. Er muss sich mit seinen Äußerungen vorsehen, damit er nichts Falsches sagt. Zwei Jahre vor der Rente muss er sich zusammenreißen.

Der letzte Fall der Krimireihe um Kommissar Heller spielt im Dresden Anfang der 1960er Jahre. Er beschreibt neben den Ermittlungen auch die Schwierigkeiten, die man in der DDR hatte. Wer nicht spurte, konnte seine Karriere und die Laufbahn der Kinder abschreiben. Ein spannender Krimi mit einer leider zu langen und verwirrenden Aufklärung. **Angela Selke**



**Frank Goldammer: „Feind des Volkes“**, dtv, München 2024, Taschenbuch, 413 Seiten, 12 Euro



## Möbel selbst bauen

Etwas Eigenes aus dem Naturmaterial Holz herzustellen, ist für den Laien nicht nur eine Herausforderung, sondern stellt bei gutem Gelingen auch etwas ganz Besonderes dar

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Holz** ist ein Naturmaterial, das sich auf vielfältige Art und Weise bearbeiten lässt. In dem neuen Ratgeber „Mit Holz arbeiten“ aus der Dummies-Reihe erklärt Jeff Strong zunächst, welche Holzarten es gibt und wie sie sich für den

Möbelbau eignen. In weiteren Kapiteln geht er auf Werkzeuge ein und zeigt mit Schritt-für-Schritt-Anleitungen, wie man praktische Möbel selber bauen kann. Bilder veranschaulichen die informativen Texte. **MRK**



**Jeff Strong: „Mit Holz arbeiten für Dummies“**, Wiley VCH GmbH, Weinheim 2024, kartoniert, 334 Seiten, 23,40 Euro

## GESELLSCHAFT

## Deprimierende Erfahrungen

Die Frankfurter Islamforscherin Susanne Schröter schildert, wie sie ins Kreuzfeuer der Kritik intoleranter und aggressiver Gegner geriet

VON DIRK KLOSE

**S**usanne Schröter ist Professorin in Frankfurt und leitet das „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“. Sie wurde bundesweit bekannt, als sie nach mehreren Tagungen, insbesondere einer zum Thema Kopftuch für islamische Mädchen, ins Kreuzfeuer der Kritik islamischer Verbände und woker Aktivisten geriet, das sich zu Denunziationen, Verleumdungen und tätlichen Bedrohungen steigerte. Bislang hat sie allen Anfeindungen widerstanden.

Woke und zugleich linke Aktivisten – diese meist von den Universitäten kommenden Menschen haben, so sagt es die Autorin, einen absoluten Wahrheitsanspruch und eine vermeintlich höhere Moral, mit der gegen jede andere Meinung intolerant und aggressiv agitiert wird. In Verbindung mit einem ebenfalls paternalistischen und frauenverachtenden radikalen Islam versuchen sie, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzuformen. Dabei haben sie, folgt man Schröter, bereits beträchtliche Erfolge erzielt, im Bildungsbereich, in Verwaltungen, in den Medien, ja sogar schon in Unternehmen.

Das Buch ist in drei größere Abschnitte unterteilt: Im ersten resümiert die Autorin ihre wahrlich deprimierenden Erfahrungen mit intoleranten und aggressiven Gegnern in der Universität und Aktivistenszene. An den Hochschulen, sagt sie, sei mittlerweile ein „intellektuelles Paralleluniversum entstanden, dessen Protagonisten weitgehend um sich selbst kreisen“. Darü-

ber informiert sie ausführlich im zweiten Abschnitt, den sie ausweitet auf die Zusammenarbeit von woken Aktivismus, radikalem Islam, radikalem Feminismus und postkolonialen Theorien. Insbesondere wird die Szene der Befürworter einer ungebremsten Einwanderung geschildert, eine Szene, die anstelle von Nationalstaaten eine postmigrantische Gesellschaft schaffen will, in der sich die Deutschen anzupassen hätten. Der dritte Abschnitt zeigt den Einfluss derartiger Vorstellungen im Bildungs- und Medienbereich. Nur zu rasch werden hier nicht genehme Vorstellungen massiv gebrandmarkt: „Wer woken Stereotypen nicht zustimmt, erhält schnell den Stempel des Rechtsradikalen, Demokratie- und Menschenfeindlichen.“

Man muss nicht allen Schlussfolgerungen zustimmen, manche Urteile wirken etwas pauschal, hier hätte man sich präzisere Details gewünscht. Gleichwohl: die „Diskursshoheit“ des woken Linksaktivismus bei Themen wie Migration, Islam, Israelfeindlichkeit oder Gender ist kaum zu leugnen, blickt man auf die täglichen Aufregungen darüber. Ein alarmierendes Buch.



**Susanne Schröter: „Der neue Kulturkampf. Wie eine woke Linke Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bedroht“**, Herder Verlag, Freiburg 2024, gebunden, 272 Seiten, 20 Euro

## VERFOLGUNG

## Geheimnis um die sorbische Oma

Thomas Hartwig erzählt anhand der Geschichte eines Heimatrückkehrers dessen Suche nach der eigenen Identität

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

**M**it dem Roman „Hoywoj“ hat der Schriftsteller und Regisseur Thomas Hartwig einmal mehr sein Engagement gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zum Ausdruck gebracht. Der Titel des Buches bezieht sich auf das Kürzel Hoywoj für Hoyerswerda, gebildet aus den Anfangsilben des deutschen Ortsnamens und des sorbischen Ortsnamens Wojerecy. Zu trauriger Berühmtheit kam die Stadt im Braunkohlrevier der Oberlausitz durch die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von 1990/91, die im September 1991 in dem Pogrom gegen Flüchtlinge in einem Asylheim kulminierten. Die Tatsache, dass die feindselige Gesinnung der damaligen Täter heute noch ihre Blüten treibt, bildet den immanenten Rahmen dieser Familiengeschichte über drei Generationen.

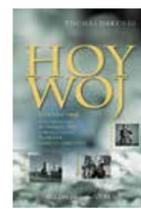
Protagonist ist der Cellist Patrick Scado, ein Musiker aus Köln, der nach 20 Jahren erstmals wieder nach Hoyerswerda reist, wo er aufgewachsen ist, um seinen schwerkranken Großvater zu besuchen. Dort erhält er die erschütternde Mitteilung, dass seine sorbische Großmutter Waltraud geborene Schiebschick 1993 von einem rechtsradikalen Jugendlichen erschlagen wurde. Weder seine Mutter und noch sein Großvater hatten den damals Sechsjährigen über die schreckliche Ursache des Todes der geliebten Großmutter aufgeklärt.

Von seinen Verwandten Schiebschick im sorbischen Dorf Sollschwitz erfährt

Scado, dass die katholische sorbische Minderheit in der sächsischen Oberlausitz nach wie vor mit Einschüchterungsversuchen rechtsradikaler Jugendgruppen konfrontiert ist. In der NS-Zeit war die Sprache der sorbischen Minderheit in der Lausitz verboten und es kam zu Strafaktionen.

Die junge Marja Schiebschick aus Sollschwitz war 1942 als Hauswirtschafterin auf Schloss Steinort in Masuren dienstverpflichtet. In einem Flügel des als kriegswichtig eingestuftes Schlosses wohnte Heinrich Graf von Lehndorff mit seiner Familie, der Mitverschwörer des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944. In der anderen Hälfte war das Feldquartier von Reichsaußenminister Ribbentrop eingerichtet. Marja wird ein Jahr später die Mutter von Waltraud, Patrick Scados Großmutter. Der Vater, ein Soldat, bleibt im Krieg verschollen.

Ein paar Fehler in dem unterhaltsam geschriebenen Roman fallen auf. So kann Scado, der mit einer Französin verheiratet ist, mit dem Begriff „Croissant“ nichts anfangen. Schwerer wiegt die Panne des für den Klappentext verantwortlichen Lektors, das Schloss Steinort „in den Masuren“ verortet hat.



**Thomas Hartwig: „Hoywoj“**, LiteraturVERLAG, München 2023, gebunden, 578 Seiten, 25,50 Euro

## KANT-JUBILÄUM IM MEMELGEBIET

## Die Ursprünge der Familie Kant

Die Vorfahren des großen deutschen Philosophen kamen aus Kantweinen und Memel

VON BODO BOST

Immanuel Kants Großvater Hans lebte die meiste Zeit seines Lebens in Memel und starb dort 1715. Kants Vater Johann Georg wurde 1683 ebenfalls in Memel geboren. Beide waren Sattler. In der Stadt sind heute eine Bibliothek, eine Grundschule, ein Platz und eine Straße nach ihm benannt, auch wenn der Denker den Geburtsort seines Vaters nie besucht hat.

Das Andenken an Immanuel Kant wird auch in Memel immer mehr gepflegt. Vor dem Ukrainekrieg gab es im Grenzgebiet zwischen dem Memel- und dem Königsberger Gebiet das von der EU bezuschusste Projekt „KantoMannia“, das Russen und Litauer näherbringen sollte. Seit Jahren veranstaltet die Lokalhistorikerin und Schriftstellerin Jovita Saulėnienė, die einst auch im Simon-Dach-Haus der Deutschen Minderheit gearbeitet hatte, in Memel eine Kulturerbe-Tour „Die Geschichte der Vorfahren von Immanuel Kant“, die sich großer Beliebtheit erfreut. Der Stadtrundgang im Auftrag der Stadtverwaltung Memel ist ein Projekt der öffentlichen Bibliothek, die seit 2018 den Namen des Königsberger Philosophen trägt.

Aus Anlass des 300. Geburtstages von Immanuel Kant lud auch die Universität Memel zu einer Reihe von Begegnungen und Gesprächen ein, die dieser historischen Figur gewidmet sind. Ort der beiden wichtigsten Veranstaltungen war die bei einem breiten Publikum beliebte Kult-Bar „Herkus Kantas“ in der Nähe der Alten Fähre am Hafen. Auch der Name dieser Kneipe erinnert an Kant. Die erste Veranstaltung vom 18. April von den Philosophen Aldis Gedutis (Universität Memel) und Kęstas Kirtiklis (Universität Wilna) interpretierte die komplexen Theorien Immanuel Kants und aktualisieren sie, um ihre Relevanz für die heutige Welt aufzuzeigen. Die zweite Veranstaltung vom 26. April befasste sich mit der Familie und Herkunft des Philosophen. Die Organisatoren versuchten zu klären, wann und warum Memel mit Kant identifiziert wurde. Die Journalistin Agnė Bukartaitė interviewte Vasilijus Safronovas, Historiker an der Universität Memel, während dieser Veranstaltung. Nach beiden Vorträgen fand in der Bar „Herkus Kantas“, wie fast jeden Tag in diesem Lokal, ein Konzert statt.

Es dauerte bis ins frühe 19. Jahrhundert, dass Kants Wurzeln im Memelgebiet ent-



Memel: Blick auf die Johanniskirche

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

deckt und erforscht wurden. Vor allem der Ort Kantweinen [Kantvainiai], 24 Kilometer südöstlich von Memel, spielt dabei eine wichtige Rolle. Das Dorf, das zur Gemeinde Prökuls gehört, 500 Meter westlich von Agluonėnai [Agluonėnai], wurde erstmals im Jahr 1515 als Kantwain erwähnt. In dem Ort lebte Richard, der Urgroßvater Immanuel Kants. Richard sprach kein Deutsch, ein Übersetzer half ihm, sein Testament zu verfassen.

## Von Litauern assimilierte Kuren

Der Historiker Hans Mortensen ist der Meinung, dass es sich bei dieser Sprache um den kurischen Dialekt handelte, denn die alten Kantweiner waren von Litauern assimilierte Kuren. Da litauische Ortsnamen in der Regel mit Personennamen verbunden sind, wird das Dorf Kantvainiai mit Kants Nachnamen in Verbindung gebracht. Der Urgroßvater Richard besaß in Kantweinen ein Gasthaus „Verdenė“ und war Dorfschultheiß. In Rusnė pachtete er 1650 eine Posthalterei in der Nähe des Pfarrhauses. Vielleicht war das der Grund der Berufswahl seines Sohnes und seines Enkels, die Riemenmacher/Sattler wurden. Im 17. Jahrhundert ließen sich hier Schotten nieder, die vor religiöser

Verfolgung in ihrer Heimat geflohen waren. Hans Kant, der Großvater des Philosophen, zog 1698 von Kantweinen nach Werden [Verdaine] bei Heydekrug.

Obwohl Kants Vater aus Memel stammte, hat der Philosoph selbst Memel mit Tilsit verwechselt. Diese waren etwa gleich große Städte mit vielen Handwerkern, beide 100 bis 140 Kilometer nördlich von Königsberg gelegen. In einem seiner Briefe an einen Freund vermutete Kant, dass seine Wurzeln schottisch seien. Doch Mortensen sagt, der Philosoph habe sich geirrt: Er sei mit den Schotten nur „verwandt“, weil sie die Pubs seines Urgroßvaters mochten und die beiden Töchter seines Großvaters Schotten geheiratet hatten. Die Behauptungen des Philosophen über seine familiäre Herkunft wurden seit dem 19. Jahrhundert in Frage gestellt, als 1823 die Aufzeichnungen von Kants Mutter veröffentlicht wurden. Die Zweifel wurden durch die Veröffentlichung der Auszüge aus den Büchern der evangelisch-lutherischen Johanniskirche in Memel im Jahr 1881 verstärkt, die der Pfarrer der Johanniskirche in der Stadt Memel über die Eheschließungen, die Geburt, die Taufe und den Tod von Immanuel Kants Großvater, sei-

nem Vater, seinen Onkeln und seinen Schwiegervätern herausgab.

In den Jahren 1899 bis 1903 veröffentlichte der Apotheker und Historiker Johannes Sembritzky die Dokumente der Familie Kant, die in den Archiven der Stadt Memel sowie der Reformierten Kirche Memel aufbewahrt wurden. Ermutigt durch das wachsende Interesse, veröffentlichte der Historiker die gefundenen Quellen zunächst in der Tageszeitung „Memeler Dampfboot“ und dann in der fortlaufenden wissenschaftlichen Publikation „Altpreußische Monatsschrift neue Folge“.

Beim Vergleich der Angaben im Feldbuch und im späteren Katasterbuch stellte Sembritzky im Jahr 1900 fest, dass die Katasternummer des Hauses, das Hans Kant als Mitgift seiner Frau erhalten hatte, 3-5 Thomas Straße lautete. Heute ist es die Kreuzung der Thomas- und der Mésininkų-Straße, wo archäologische Untersuchungen durchgeführt wurden und ein Hotel geplant ist. Hans Kant besaß noch ein zweites Haus in der Odinkai-Straße, beide liegen in der Altstadt. Drei Urgroßeltern und zwei Großeltern sowie sein Vater waren in der Sattel- und Geschirrmacherei tätig. Pferde waren das

wichtigste Fortbewegungsmittel, sodass die Sattlerei sehr gefragt gewesen ist.

Kants Eltern waren Johann Georg (\*1683 in Memel; † 1746 in Königsberg) und dessen Ehefrau Anna Regina Kant, geborene Reuter (\* 1697 in Königsberg; † 1737 ebenda). Sie hatten 1715 in Königsberg geheiratet. Johann Georg Kant führte das Geschäft der Sattlerei seines Großvaters, Vaters und Schwiegervaters, der aus Nürnberg stammte, in Königsberg weiter. Das Paar hatte neun Kinder. Eines von ihnen wurde der berühmte Philosoph Kant. Mit Johann Abraham Schmidt, Bürger und Kupferschmied, kam auch einer der acht Taufpaten aus Memel.

## Mit der Johanniskirche in Memel am engsten verbunden

Sembritzky gibt an, wo der Großvater von Immanuel Kant begraben ist. Er zitiert einen Eintrag in den Kirchenbüchern vom 22. Mai 1715, der besagt, dass Hans Kant vor oder unter der Kirchentür von St. Johannes begraben wurde. Die Kirche wurde zwischen 1947 und 1949 abgerissen. Einige archäologische Untersuchungen ergaben, dass die Fundamente unter der Erde verblieben sind und dass die Gräber möglicherweise noch existieren. Trotz des gesetzlichen Schutzes und trotz der Proteste der Öffentlichkeit wurde vor einigen Jahren die Genehmigung für den Bau von Wohnungen auf den Fundamenten der ältesten evangelisch-lutherischen Kirche auf dem Territorium der Republik Litauen erteilt, obwohl es Pläne gibt, sie wieder zu errichten. In den mittlerweile dort neu errichteten Wohnungen erinnert absolut nichts mehr an den Friedhof, der dort lag, und an die Gräber, die noch vorhanden sind und wo auch Immanuel Kants Großvater Hans begraben ist, in der Umgebung der Johanniskirche in der Turgausstraße.

Der große Denker selbst hat sich übrigens wenig um seine Herkunft und Verwandtschaft gekümmert. Er kommunizierte nicht einmal mit seinen engsten Verwandten (abgesehen von geschäftsmäßigen Briefen), obwohl er seinen Bruder und seine Schwestern, wenn nötig, unterstützte. Sein jüngerer Bruder Johann Hendrick Kant wurde Pfarrer und lebte in Alt-Rahden [Vecsaule], heute Lettland, nahe Bauska, Kurland. Er hatte fünf Kinder und wurde 65 Jahre alt. Die kantische Familie war religiös und gehörte den Pietisten an. Preußen und Königsberg waren Hochburgen des Pietismus.

## FIKTIVES UM KANT

## Ein reizvoller Einblick ins Königsberg des 18. Jahrhunderts

Der Mediziner Michael Lichtwarck-Aschoff nähert sich unserem bedeutendsten Denker über einen Perückenmacher

Sich Immanuel Kant über einen Kunsthaar-Stylisten zu nähern ist etwas gewagt. Michael Lichtwarck-Aschoff, Autor des Buches „Der Perückenmacher von Königsberg. Eine schwierige Freundschaft mit Immanuel Kant“, hat viele Jahre als Intensivmediziner in Augsburg gearbeitet und in München, Basel, Freiburg und Uppsala geforscht. Vielleicht haben ihn seine Tätigkeiten, unter anderem als außerplanmäßiger Professor für Anästhesiologie und Intensivmedizin, auf die Idee gebracht, den großen Denkern und Wissenschaftlern des Landes, wie schon bei einem Buch zu Robert Koch, einmal gänzlich anders in die Köpfe zu schauen.

Zum 300. Geburtstag Immanuel Kants erschien sein neues Werk im Hirzel Verlag, und das verlangt der Leserschaft einiges an Aufmerksamkeit ab. Nicht nur, dass am Ende des Buchs die berühmte Vorlesung Kants über „Physische Geographie“ angefügt ist, nein, auch die romanhafte Erzählung bedient sich einer blumigen, beinahe altertümlichen, doch sehr reizvollen Sprache, die sich vom Alltags-Deutsch abhebt und manchmal etwas gewöhnungsbedürftig ist.

Da weiß jemand gut mit unserer Sprache umzugehen und setzt diese ein, um eine Geschichte zu erfinden, die sehr spekulativ ist, aber nicht uninteressant. Der „Perückenmacher aus Königsberg“

hasst Perücken. Er möchte den Köpfen seiner Zeitgenossen lieber raten, sich einen Fassonschnitt machen zu lassen, den er selbst erfunden hat, denn der Schädel müsse frei atmen können. Niemand könne frei denken, sich aus der Unmündigkeit befreien, wie es sein Freund Kant propagiert, mit diesen staubigen, dreckigen, verschwitzten Dingen auf den Köpfen.

Dennoch trägt Kant selbst eine Perücke wie Robespierre. Der Autor gewährt einen Einblick ins 18. Jahrhundert in einer Stadt, in der Immanuel Kant lebte und wirk-

te, und die er Zeit seines Lebens nicht verließ. Doch der bedeutendste Denker unserer Geschichte hatte auch eine andere Seite, die vielleicht nur im Kontext der damaligen Zeit zu verstehen ist, eine abstoßende rassistische nämlich.

Wie rassistisch der große Kant war, diese Frage zu beantworten bleibt jedem Leser selbst überlassen. Der Autor weist gleich zu Beginn darauf hin, dass das, was Kant über „Race“ geschrieben hat, sich nur schwer mit dem Vordenker der universellen Menschenrechte vereinbaren lässt.

Im Spätwerk Kants gibt es, wie man weiß, eine geläuterte Abwendung von rassistischen Vorurteilen. Somit ist das Buch, ganz im Sinne Kants, eine Aufforderung, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Silvia Friedrich

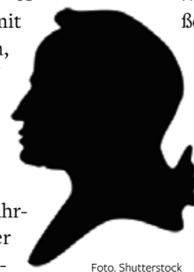


Foto: Shutterstock



Michael Lichtwarck-Aschoff: „Der Perückenmacher von Königsberg. Eine schwierige Freundschaft mit Immanuel Kant“, Hirzel Verlag, Stuttgart 2024, gebunden,

200 Seiten, 24 Euro

## ● AUFGESCHNAPPT

„Wäre Habeck damit durchgekommen, hätte man damit das Tor zur Hölle geöffnet. Man hätte damit die Jagd auf Journalisten eröffnet“, so der „Welt“-Kolumnist Rainer Meyer, der unter dem Namen Don Alphonso schreibt, gegenüber „Nius.de“. Was war vorgefallen? Im Februar 2023 hatte Meyer zu Habecks äußerem Auftreten getwittert: „Ein Wirtschaftsminister, der mit seiner äußeren Erscheinung in einer Ansammlung von Bahnhofsalkoholikern nicht negativ auffallen würde.“ Daraufhin hatte der Grünen-Politiker Strafantrag gestellt, den er persönlich unterschrieb. In erster Instanz verurteilte das Amtsgericht Miesbach den Kolumnisten zu 3200 Euro Strafe. Dagegen ging Meyer an und bekam vor dem Münchener Landgericht recht: Die Äußerung sei keine Beleidigung, sondern von der Meinungsfreiheit gedeckt. Das Urteil ist zwar noch nicht rechtskräftig, doch Meyer ist zuversichtlich, dass der Staatsanwalt das Urteil nicht mehr anfechten werde. Er sieht in dem Urteil einen wichtigen Sieg für die Meinungsfreiheit. **H.H.**



## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Alles wohlsortiert

Wann politische Gewalt zu verurteilen ist, und warum das Vertrauen in den Staat schwindet

VON HANS HECKEL

Das war aber nicht sonderlich beeindruckend. Gerade einmal tausend Männchen fanden sich vor dem Brandenburger Tor ein, um am 5. Mai gemeinsam „gegen Rechts“ zu demonstrieren. Dabei war reichlich Prominenz angereist, um die Kämpfer in Stimmung zu bringen. Die beiden Grünen-Chefs Lang und Nouripour, SPD-Chef Klingbeil mit seinem Generalsekretär Kühnert, die CDU-Ministerpräsidenten Wüst und Günther und, und, und. Außerdem hatte das breite Bündnis staatlich bezuschusster linker Organisationen zur Teilnahme aufgerufen, das zusammen mehr hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt, als Leute auf den Pariser Platz gekommen waren.

Na gut, das ist wohl erst der Anfang, war ja auch sehr kurzfristig. Und der Wahlmarathon dieses Jahres, von den Kommunalwahlen in etlichen Ländern über die EU-Wahl am 9. Juni bis zu den mit besonderer Spannung erwarteten Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im September, der beginnt ja gerade erst. Da muss man sich seine Energie ein bisschen einteilen.

Trotzdem, im Januar hat das schon auf Anhieb deutlich besser funktioniert. Damals ging es darum, die von den Bauern angeführten Bürgerproteste aus den Topnachrichten zu verdrängen, indem man sie durch groß aufgemachte Meldungen über regierungskonforme Kundgebungen „gegen Rechts“ ersetzt. Mit gewaltigen Aufmärschen und dem Telefonanruf einer Regierungspartei-Politikerin bei der Nachrichtenredaktion eines Staatssenders mit der „Bitte“, die Berichterstattung doch im Ampelsinne zu verschieben (weniger Bauerndemos, mehr „gegen Rechts“), gelang das wunderbar.

Allerdings sickerte dann allmählich durch, dass der Anlass für die Kundgebungen, jenes Treffen in Potsdam, erst durch seine überaus phantasievolle „Nachinszenierung“ zum Skandalstoff reifen konnte, da das Treffen selbst ziemlich zum Gähnen war. Vielleicht hat das bei der neuerlichen Aufwallung unserer Tage auf die Stimmung geschlagen.

Zudem bleibt fraglich, ob die Januar-Aufmärsche überhaupt Wirkung erzielt haben. Gut, die Umfragergebnisse der AfD gingen seither leicht zurück. Das geschah jedoch gleichzeitig mit dem Aufstieg der Wagenknecht-Truppe BSW, der man im Berliner Es-

tablishment ebenfalls eher mit Missvergnügen begegnet. Außerdem fand ausgerechnet im Januar und Februar jene Befragung statt, bei der herauskam, dass die AfD die Grünen als führende Partei bei den 14- bis 19-Jährigen abgelöst hat.

Ist die Potsdam-Inszenierung also verpufft? Egal, dann wird eben nachgelegt. Damit die Schau in die gewünschte Richtung geht, muss alles exakt durchkomponiert sein, darauf achten die Regisseure sehr penibel. Das beginnt mit der Auswahl der Nachrichten. Was war passiert? Am 3. Mai wurde ein Grünen-Politiker in Essen von Unbekannten attackiert, am selben Tag traf es einen SPD-Europapolitiker und einen Grünen-Wahlkampfshelfer in Dresden. Tags darauf schlug ein Linksradikaler einem AfD-Mann im niedersächsischen Nordhorn ins Gesicht, und drei Leute überfielen einen Wahlkampfstand der AfD wiederum in Dresden.

Nordhorn fand kurze Erwähnung in den Nachrichten, immerhin. Die Sache in Essen gebar sogar eine kurze allgemeine Aufregung, allerdings nur, bis sich herausstellte, dass die Täter von Zeugen als mutmaßlich „arabischstämmig“ beschrieben wurden. Ende der Aufregung: die falschen Täter. Ganz groß wurde dagegen die feige Attacke auf den Europapolitiker in Dresden gefahren, nachdem sich zu nächst zumindest bei einem der Angreifer ein rechtsradikaler Hintergrund zu zeigen schien.

## Was die „Tagesschau“ weglässt

Wir sehen, die Aufbereitung der Nachrichtenlage ist wohlsortiert. Bei der sorgfältigen Auswahl dessen, was groß gemeldet wird und was lieber gar nicht, steht besonders die „Tagesschau“ hervor. Sie berichtete am 6. Mai ausführlich über den „Marsch der Lebenden“ in Auschwitz. Alljährlich erinnern dort Juden, diesmal dabei auch Überlebende des Hamas-Pogroms vom 7. Oktober, an den Judenmord der Nationalsozialisten.

Dieses Jahr aber wurden sie von an der Gedenkstätte versammelten „Aktivisten“ angeschrien, die anti-israelische Parolen brüllten. Eigentlich ein Skandal erster Ordnung. Doch das war der „Tagesschau“ in ihrem langen Beitrag kein Bild und keine einzige Silbe wert. Handelte es sich möglicherweise um die „falschen“ Antisemiten?

Man stelle sich vor, ein paar echte Neonazis, ob aus Deutschland, Polen oder sonst wo, hätte die unglaubliche Frechheit besessen, zum Tag des „Marsches der Lebenden“

einen solch abscheulichen Auftritt hinzulegen. Die „Tagesschau“ hätte sich vermutlich gar nicht mehr eingekriegt. Aber, wie gesagt, so passte das einfach nicht in die ideologische Linie, auch „ausgewogene Berichterstattung“ genannt, also weg damit aus der Sendung!

Was wir bei der „Tagesschau“ hingegen, wenn auch unkommentiert, sehen konnten, war ein Transparent auf der Berliner Demo gegen Rechts, ganz vorn vor dem Podium, auf dem „Nazis töten“ zu lesen war. Henrik Wüst müsste es eigentlich erblickt haben, als er die AfD als „Nazi-Partei“ aburteilte. Sieht so ein Aufruf gegen politische Gewalt aus?

Nun, so umfassend ist die Verurteilung von Gewalt offenbar gar nicht. Innenministerin Faeser differenziert sehr präzise, gegen welche Gewalt man sich wendet, nämlich gegen solche gegen „demokratische Politikerinnen und Politiker“, wozu nach der in gewissen Kreisen gängigen Definition die AfDler nicht zählen. Ihr Kabinettskollege von der FDP, Justizminister Buschmann, spitzt es sogar noch etwas weiter zu, wenn er warnt, politische Gewalt müsse „uns alle umtreiben, denn jeder seriöse Demokrat könnte der nächste sein“. Fallen Demokraten, die der Liberale für „unseriös“ erachtet, also aus dem Kreis der dringend zu Schützenden heraus?

Wer ist überhaupt „Demokrat“? Und wer darf obendrein die Veredelung „seriös“ für sich beanspruchen? Wer bestimmt das? Die jeweils amtierende Regierung?

Eigentlich ist es nur in Bananenrepubliken und anderen Scheindemokratien üblich, dass tatsächlich die Regierung solche Prädikate verteilen oder vorenthalten darf – wobei ihr andere Parteien hilfreich assistieren dürfen, die vom kritischen Bürger als „Loyale Opposition“ verspottet werden. In einer echten Demokratie ist politische Gewalt dagegen politische Gewalt und wird verurteilt, egal, gegen wen sie sich richtet. Der Großteil der politisch motivierten Gewalt richtet sich gegen die AfD, wie die Zahlen zeigen. Dass das in den Reaktionen nicht nur keine Rolle spielt, sondern die Attacken gegen die Blauen sogar – und zwar mit Hinweis auf die Gewalt! – noch einmal drastisch verschärft werden, könnte den einen oder anderen Deutschen misstrauisch stimmen.

Regelmäßig werden Umfragen danach durchgeführt, wie zufrieden die Deutschen mit dem Funktionieren ihrer Demokratie (noch) sind. Die Resultate dürften sich in diesen Tagen nicht verbessert haben.

—  
Als sich die Täter von Essen als die „falschen“ erwiesen, schwand das Interesse sogleich dramatisch



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Sebastian Nötzel, Jurastudent und Mitglied der Jungen Union, erklärt in der „Welt“ (2. Mai), warum sich die Jugend neuerdings deutlich nach rechts wendet, wie eine Studie unter 14- bis 29-Jährigen ergab:

„Vielen jungen Menschen geht das weinerlich-woke, moralisch aufmunternde und beinahe religiöse Spießbürgertum der linken Elite auf die Nerven. Sie verdrehen die Augen, wenn Ricarda Lang ihre Floskeln aufsagt und Nancy Faeser wieder einmal die Demokratie am Scheideweg stehen sieht. Sie wünschen sich eine Zukunft in Freiheit und Sicherheit – und erkennen, dass sie beides mit linker Politik nicht bekommen werden.“

Star-Anwalt Joachim Steinhöfel analysiert im Gespräch mit der „Jungen Freiheit“ (3. Mai) die Ursache für die zahlreichen sprachlichen Fehlleistungen von Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock:

„Es handelt sich ja um ein Muster, das jeden mit gewisser Sprachkenntnis peinlich berührt: ‚Desinfektionsmittel‘, ‚Schewegewara‘, ‚Ostkokaine‘, ‚Fressfreiheit‘, ‚Bacon of Hope‘ etc. Das sind keine Versehen, das ist Inkompetenz, unabhängig davon, wie ein Logopäde das medizinisch einordnet.“

Jan Fleischhauer wundert sich im „Focus“ (4. Mai) über die verbissene Einseitigkeit im Umgang mit den politischen Rändern:

„Warum fällt es uns so schwer, die Feinde unserer Demokratie zu erkennen? Es sind ja nicht nur der Verfassungsschutzpräsident und die Bundesinnenministerin, die glauben, dass der verrückte Reichsbürger-Prinz hundertmal gefährlicher ist als jeder Islamisten-Anführer ... Wenn wir nicht aufpassen, haben wir so lange nach rechts gestarrt, dass wir verpasst haben, dass die Feinde auch von ganz woanders herkommen können.“

Björn Harms wirft den Initiatoren der jüngsten Mobilisierung „gegen Gewalt“ Verlogenheit vor, weil es ihnen in Wahrheit um ein durchsichtiges Propaganda-Manöver gehe. Auf „Nius.de“ (7. Mai) schreibt er:

„Niemand könnte etwas dagegen einwenden, wenn die Anwesenden gegen Gewalt aus allen Richtungen demonstrieren würden. Wenn aber eine Hierarchisierung der Opfer vorgenommen wird, um Gewalttaten politisch zu instrumentalisieren, dann bleiben die Verkündungen pure Propaganda. Und diese verliert an Wirkmacht. Vor dem Brandenburger Tor zeigten sich am Sonntag kaum mehr als 1000 Personen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Demonstrationen sind die Waffe der Machtlosen gegen die Mächtigen. In den Händen der Mächtigen pervertieren sie zum Propagandawerkzeug, das autoritäre Regime einsetzen ... gegen Kritiker der Regierung.“

Wolfgang Koydl wird mulmig bei den von der Regierung gestützten Demos gegen die AfD, wie er in der Schweizer „Weltwoche“ am 7. Mai schreibt